



HESSISCHER LANDTAG

20. 04. 2016

70. Sitzung

Wiesbaden, den 20. April 2016

- Amtliche Mitteilungen** 4871
Entgegengenommen 4871
Vizepräsidentin Heike Habermann 4871, 4905
- 37. Große Anfrage der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Situation des Handwerks in Hessen – Bedeutung des Meisterbriefs für die Qualität und die Ausbildungsleistung**
– Drucks. **19/3267** zu Drucks. **19/2309** – 4871
Antwort besprochen 4881
Michael Boddenberg 4872, 4873
Elke Barth 4874
Karin Müller (Kassel) 4875
Jürgen Lenders 4877
Janine Wissler 4878
Minister Tarek Al-Wazir 4879
- 41. Antrag der Fraktion der SPD betreffend gute Arbeit auch in Hessen durchsetzen: Mindestlohn wirkt – Ordnung bei Leiharbeit und Werkverträgen herstellen – Tariftreue wirksam gestalten**
– Drucks. **19/3279** – 4881
Dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, beteiligt, überwiesen 4893
- 30. Antrag der Abg. Barth, Eckert, Faeser, Frankenberger, Gremmels, Grüger, Weiß (SPD) und Fraktion betreffend wirksame Kontrolle des Hessischen Vergabe- und Tariftreugesetzes**
– Drucks. **19/3154** – 4881
Dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, beteiligt, überwiesen 4893
- 58. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Vergabegesetz stärkt fairen Wettbewerb – Bund muss Finanzkontrolle Schwarzarbeit angemessen ausstatten und Mindestlohn kontrollieren**
– Drucks. **19/3304** – 4881
Dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, beteiligt, überwiesen 4893
Wolfgang Decker 4881, 4885
Dr. Walter Arnold 4883
Marcus Bocklet 4885
René Rock 4887
Janine Wissler 4889
Minister Tarek Al-Wazir 4890
Elke Barth 4892

5. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes
– Drucks. 19/3228 zu Drucks. 19/2484 – 4893

In zweiter Lesung abgelehnt 4904

Armin Schwarz 4893, 4895, 4897

Gerhard Merz 4894, 4896, 4903

Barbara Cárdenas 4897

Daniel May 4899

Wolfgang Greilich 4900, 4904

Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz 4901, 4904

42. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Konsequenzen aus den „Panama Papers“ ziehen – Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit herstellen
– Drucks. 19/3280 – 4905

Dem Haushaltsausschuss überwiesen 4915

59. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „Panama Papers“ belegen Notwendigkeit weiterer nationaler und internationaler Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung
– Drucks. 19/3306 – 4905

Dem Haushaltsausschuss überwiesen 4915

Vizepräsidentin Heike Habermann 4904

Willi van Ooyen 4905

Lena Arnoldt 4906

Torsten Warnecke 4908

Sigrid Erfurth 4910

Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn 4912

Minister Dr. Thomas Schäfer 4913

7. Große Anfrage der Abg. Löber, Gremmels, Lotz, Müller (Schwalmstadt), Schmitt, Siebel, Warnecke (SPD) und Fraktion betreffend Gefahren durch Lebensmittelverpackungen aus Kunststoff
– Drucks. 19/2664 zu Drucks. 19/2083 – 4915

Antwort besprochen 4923

Angelika Löber 4915

Petra Müller-Klepper 4916

Marjana Schott 4918

Martina Feldmayer 4919

Jürgen Lenders 4920

Ministerin Priska Hinz 4922

8. Große Anfrage der Abg. Löber, Schmitt, Decker, Hofmeyer, Kummer, Warnecke, Weiß und Geis (SPD) betreffend Green IT
– Drucks. 19/2929 zu Drucks. 19/2290 – 4923

Antwort besprochen 4930

Angelika Löber 4923

Günter Rudolph 4925

Holger Bellino 4925

Klaus Dietz 4925

Jürgen Lenders 4926

Angela Dorn 4927

Hermann Schaus 4929

Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland 4930

51. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen
– Drucks. 19/3274 – 4930

Beschlussempfehlungen angenommen; ausgenommen Petitionen Nr. 2061/19 und 2236/19 4931

35. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Entlastung der Landesregierung wegen der Haushaltsrechnung des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2013
– Drucks. 19/3167 zu Drucks. 19/2304 zu Drucks. 19/1809 – 4931

Beschlussempfehlung angenommen 4931

44. Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtspolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend alle nicht einvernehmlichen Handlungen müssen unter Strafe stehen – Hilfen für Opfer von Sexualstraftaten in Hessen verbessern
– Drucks. 19/3223 zu Drucks. 19/3175 – 4931

Beschlussempfehlung angenommen 4931

45. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Kürzungen in der Oberstufe und Grundschule zurücknehmen – garantierte Unterrichtsversorgung wieder sicherstellen
– Drucks. 19/3229 zu Drucks. 19/3165 – 4931

Beschlussempfehlung angenommen 4931

46. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend schwarzgrüner Bildungsabbau durch die Hintertür I – Kürzungen an Grundschulen, beruflichen Gymnasien und gymnasialen Oberstufen zurücknehmen
– Drucks. 19/3230 zu Drucks. 19/3181 – 4931

Beschlussempfehlung angenommen 4931

47. **Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen investiert so viel Geld und so viele Lehrerstellen wie nie zuvor in den Unterricht an den Schulen im Land und sichert ausgezeichnete Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler**
– Drucks. 19/3231 zu Drucks. 19/3206 –4931
Beschlussempfehlung angenommen4931
48. **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Arbeitsplätze im Kalirevier sichern – Übergangsregelung für die Fortführung der Kaliproduktion ermöglichen**
– Drucks. 19/3232 zu Drucks. 19/2818 –4931
Beschlussempfehlung angenommen4931
49. **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Abfallentsorgung in der Kaliindustrie: Nur sofortiges Umsteuern kann Arbeitsplätze retten**
– Drucks. 19/3233 zu Drucks. 19/2903 –4931
Beschlussempfehlung angenommen4931
50. **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kalistandort: Masterplan Salz sichert Arbeitsplätze und dient der Umwelt**
– Drucks. 19/3234 zu Drucks. 19/2988 –4931
Beschlussempfehlung angenommen4931

Im Präsidium:

Vizepräsidentin Heike Habermann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsidentin Ursula Hammann

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund Lucia Puttrich
Minister des Innern und für Sport Peter Beuth
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Minister für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Mark Weinmeister
Staatssekretär Mathias Samson
Staatssekretär Werner Koch
Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland
Staatssekretär Thomas Metz
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
Staatssekretär Ingmar Jung
Staatssekretär Jo Dreiseitel
Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel

Abwesende Abgeordnete:

Jürgen Banzer
Brigitte Hofmeyer
Klaus Peter Möller
Ernst-Ewald Roth

(Beginn: 9:01 Uhr)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe Ihnen ein herzliches „Guten Morgen“ zu. Ich eröffne die 70. Plenarsitzung am Mittwoch, dem 20. April 2016.

Meine Damen und Herren, die Landtagself hat gestern ihre Saison in Idstein-Wörsdorf eröffnet. Es scheint so zu sein, dass zu Beginn der Saison noch einige Trainingseinheiten gefehlt haben. Die erste Hälfte des Spiels wurde verloren, die Hälfte gefühlt gewonnen, und am Ende schien ein Unentschieden möglich. Es kam aber anders.

Ein junges Integrationsteam der Feuerwehr des Idsteiner Landes, dem auch Flüchtlinge angehören, war am gestrigen Abend der Gegner der Landtagself zum Saisonauftakt. In der ersten Spielhälfte unterlag Deckers Team knapp, die zweite Spielhälfte ging deutlich an das Parlamentsteam, und am Ende hätte eigentlich ein Unentschieden stehen müssen, doch die Chancenauswertung war zu gering. Da gibt es also noch etwas zu tun, Herr Trainer.

Zum Spielgeschehen: Der junge und schnelle Gegner machte es der Landtagself nicht leicht, der man die siebenmonatige Spielpause anmerkte. So führten Abstimmungsschwierigkeiten in der Abwehr dazu, dass das Idsteiner Team bereits nach sechs Minuten das 0 : 1 erzielte und kurz darauf nach einem Abwehrfehler auf 0 : 2 erhöhen konnte. Chancen für die Landtagself gab es, doch erst Marcus Bocklet konnte Mitte der ersten Hälfte den Anschlusstreffer zum 1 : 2 erzielen.

(Allgemeiner Beifall)

Die Feuerwehr nutzte ihre Schnelligkeit aus und stellte kurz darauf den alten Abstand von zwei Toren zum 1 : 3 wieder her. Glück des Gegners führte kurz vor der Pause sogar zum 1 : 4.

Die Ansprache von Coach Decker in der Pause war eindeutig: sicherer spielen, weniger Ballverluste und den Torwart mit Distanzschüssen überwinden. Dies setzte das Team auch um, wurde nach der Pause aber gleich wieder bestraft, als den Idsteinern mit einem unhaltbaren Distanzschuss das 1 : 5 gelang. Die Landtagself hatte nun deutlich mehr vom Spiel und zahlreiche gute Torchancen, machte jedoch zu wenig daraus.

Mitte der zweiten Hälfte wurde man endlich für den Einsatz belohnt, als Simon Bruhn das 2 : 5 gelang. Das Spiel stand auf der Kippe, ein Unentschieden war möglich, jedoch hatte der Gegner das notwendige Glück beim Abschluss, das der Landtagself fehlte. Trotz tollem Kampf und einer Abwehr, die nun besser stand, kam der Gegner zum 2 : 6, ehe Christian Losch mit einem sehenswerten Konter das 3 : 6 – aus Landtagssicht – erzielte. Etliche hochkarätige Chancen konnten nicht verwertet werden, während die Integrationsmannschaft eine ihrer wenigen Chancen in der zweiten Spielhälfte zum unhaltbaren 3 : 7 Endstand nutzte.

Fazit des Spiels: eine deutliche Leistungssteigerung in der zweiten Spielhälfte, die für die Saison gute Spiele erwarten lässt. Bei diesem Gegner kann man sagen: Auch die Integrationsleistung innerhalb der Mannschaft muss wahrscheinlich noch erhöht werden.

Nach dem Spiel wurde der Scheck des Landtagspräsidenten für die Jugendarbeit der TSG Wörsdorf an den Vereins-

vorsitzenden Matthias Moxter überreicht. Beide Teams saßen noch gemütlich zusammen, und Norbert Schmitt feierte im kleinen Kreise ein Jubiläum: 25 Jahre Landtagself.

(Allgemeiner Beifall)

Das nächste Spiel bestreitet die Landtagself – hoffentlich erfolgreich – am 17. Mai 2016 in Bischofsheim gegen eine Mannschaft aus Politik und Vorstand des SV Bischofsheim.

Inzwischen kann ich ganz beruhigt die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen, und wir können in die Tagesordnung eintreten.

Kolleginnen und Kollegen, erledigt sind die Punkte 1 bis 4, 22 und 57.

Noch eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Vergabegesetz stärkt fairen Wettbewerb – Bund muss Finanzkontrolle Schwarzarbeit angemessen ausstatten und Mindestlohn kontrollieren, Drucks. 19/3304. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 58 und kann mit den Tagesordnungspunkten 41 und 30 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Das ist der Fall.

Zum Ablauf der Sitzung. Vereinbarungsgemäß tagen wir heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 37, der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Situation des Handwerks in Hessen – Bedeutung des Meisterbriefs für die Qualität und die Ausbildungsleistung, Drucks. 19/3267 zu 19/2309. Es folgt Tagesordnungspunkt 41, Antrag der Fraktion der SPD betreffend gute Arbeit auch in Hessen durchsetzen: Mindestlohn wirkt – Ordnung bei Leiharbeit und Werkverträgen herstellen – Tariftreue wirksam gestalten, Drucks. 19/3279. Zusammen mit dem Antrag werden die Tagesordnungspunkte 30 und 58 aufgerufen. Nach der Mittagspause beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 42, Drucks. 19/3280.

Heute fehlen entschuldigt Frau Staatsministerin Puttrich ab 11:45 Uhr, Herr Staatsminister Beuth von 9:30 bis 12:30 Uhr und die Abg. Hofmeyer und Roth ganztägig.

Heute Abend, nach der Plenarsitzung, gegen 18 Uhr, kommt der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Sitzungsraum 501 A zusammen.

Zum Schluss habe ich noch einen Geburtstagsglückwunsch auszusprechen. Einen runden Geburtstag begeht heute Herr Abg. Jürgen Lenders. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall – Vizepräsidentin Heike Habermann überreicht ein Präsent.)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 37** auf:

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Situation des Handwerks in Hessen – Bedeutung des Meisterbriefs für die Qualität und die Ausbildungsleistung – Drucks. 19/3267 zu Drucks. 19/2309 –

Redezeit: zehn Minuten je Fraktion. Als Erster hat Kollege Boddenberg, CDU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Michael Boddenberg (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst erlaube ich mir, mit Ihrem Einverständnis die Kollegen des Handwerks auf der Tribüne zu begrüßen, Herrn Präsidenten Ehinger und Herrn Hauptgeschäftsführer Dr. Riess.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße aber auch alle anderen Zuschauer auf der Tribüne, die vielen jungen, interessierten Menschen, die heute einer Debatte beiwohnen, in der wir über die Zukunft reden wollen. Wenn wir über die Zukunft reden, reden wir in Hessen selbstverständlich insbesondere über das hessische Handwerk.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

74.500 Betriebe, 343.000 Beschäftigte, 25.000 Ausbildungsverhältnisse und 33 Milliarden € Umsatz – das sind die stabilen Säulen, auf die wir uns in Hessen seit vielen, vielen Jahren verlassen können. Insbesondere mit Blick auf unsere gesellschaftliche, aber auch ökonomische Verantwortung, jungen Menschen eine Ausbildung zu bieten, leistet das Handwerk Herausragendes.

Die CDU-Fraktion hat gemeinsam mit der Fraktion der GRÜNEN eine Große Anfrage gestellt, um uns über die aktuelle Situation des Handwerks in Hessen unterrichten zu lassen. Wir wollten aber nicht nur viele Informationen zur Situation des Handwerks haben, sondern wir wollen auch unsere Wertschätzung für das Handwerk zum Ausdruck bringen, was wir mit unserem heutigen Setzpunkt getan haben. Ich glaube, das kann gar nicht oft genug geschehen. Ich bin dankbar, dass das von den Vertretern des Handwerks auch so aufgenommen worden ist und sie heute hier sind.

Die konjunkturelle Lage des Handwerks ist sehr ordentlich. Wir hatten, wie viele Wirtschaftsbereiche, in der Wirtschaftskrise 2008/2009 eine kleine Delle. Aber ich glaube, wir als Landespolitik dürfen diesen Erfolg zu Recht für uns reklamieren: Wir haben seinerzeit mit dem Konjunkturprogramm dafür gesorgt, dass insbesondere die Bauwirtschaft wenig gelitten hat. Das waren Konjunkturprogramme, die genau dem entgegengewirkt haben, was die Wirtschaftskrise an Begleiterscheinungen mit sich gebracht hat, nämlich den drohenden Beschäftigungsrückgang wie auch den Umsatzrückgang, insbesondere in sehr konjunkturabhängigen Branchen wie der Kfz- und der Bauwirtschaft. Ich glaube, wir dürfen heute mit Fug und Recht sagen, dass die Politik in diesem Zusammenhang gewirkt hat, und darauf sollten wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz der aktuell durchaus sehr erfreulichen konjunkturellen Lage des Handwerks gilt es, über Probleme zu reden. Es gilt, darüber zu reden, dass wir in unserem Land nach wie vor eine große Herausforderung haben, wenn es um die Gleichwertigkeit der Ausbildungen im Handwerk – der dualen Ausbildung – mit der akademischen Ausbildung geht.

Damit geht auch eine gesellschaftspolitisch notwendige Debatte einher, die wir weiter führen müssen, nämlich darüber, dass derjenige, der eine Berufsausbildung macht, genauso viel wert ist wie derjenige, der eine akademische

Ausbildung durchläuft. Es gilt dann auch, hin und wieder Tacheles zu reden – wenn ich das so sagen darf.

Wir haben eine Entwicklung bei der Abiturientenquote sowie bei der Studierendenquote, die einerseits erfreulich ist und andererseits dazu führt, dass das Handwerk vor einer enormen Herausforderung steht. Wir müssen bis zum Jahr 2020 – das ist eines der Ergebnisse dieses Berichts – mit einem Fachkräftemangel rechnen: Weit über 60.000 Stellen können nicht mehr besetzt werden. In dem Zusammenhang – das meine ich mit „Tacheles reden“ – muss man dann auch sagen, dass manche Aussagen noch einmal kritisch hinterfragt werden müssen, vielleicht auch die des Frankfurter Oberbürgermeisters. Dieser hat in den letzten Monaten verlaublich lassen: Wir müssen die Abiturientenquote steigern, bis es kracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann mit einer solchen Aussage nichts anfangen. Wir müssen dafür sorgen, dass möglichst alle eine Perspektive haben, und wir müssen uns vor allem um diejenigen kümmern, die schwächere Schulabschlüsse oder möglicherweise gar keine Schulabschlüsse haben. Das ist die Politik dieser Landesregierung, und das wollen wir auch heute zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben bei der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung einiges erreicht. Ich will zwei wesentliche Punkte ansprechen und schicke vorweg, dass das kein Widerspruch zu dem ist, was ich gerade gesagt habe. Wenn ich sage, wir brauchen mehr Menschen in der dualen Ausbildung, meine ich damit, wir müssen ganz von vorne anfangen. Beispielsweise sollten wir Eltern von Viertklässlern in den Grundschulen sagen: Neben dem Weg des Abiturs gibt es auch einen anderen Erfolgsweg.

Wir haben bereits 2005 in das Hessische Hochschulgesetz geschrieben, dass derjenige in Hessen studieren kann, der ein Abitur hat, dass aber auch derjenige hier studieren kann – und zwar an allen Hochschulen und alle Studiengänge –, der eine Meisterprüfung absolviert hat. Das haben wir nicht etwa gemacht, damit auch die alle auf die Universitäten rennen, sondern um Eltern zu zeigen, dass es keine Stopp- und Sackgassenschilder mehr beim Berufsweg und der Schullaufbahn ihrer Kinder gibt.

Ich nutze jede Gelegenheit, darüber zu reden: Wir hatten in den letzten drei Jahren ungefähr 1.500 Menschen, die sich über diesen Weg an staatlichen und nicht staatlichen Hochschulen eingeschrieben haben – das ist ein Erfolg. Aber es sind eben auch nur 2 oder 3 % derjenigen, die eine Meisterprüfung machen. Der Rest geht andere Wege: Sie werden selbstständig oder Fachkräfte und verdienen übrigens auch so ordentlich Geld.

Ich glaube, dies ist ein wichtiges Zeichen in Richtung Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung einerseits und akademischer Bildung andererseits. Das geht übrigens damit einher, dass mittlerweile selbst in der Europäischen Union die Abschlussqualifikation zum Meister auf einer Ebene mit dem Bachelorabschluss steht.

All das sind ganz wichtige Schritte, um den Menschen, die auf der Zuschauertribüne des Plenarsaals sitzen, und den Menschen draußen, die über ihre Zukunft und ihre Ausbildung nachdenken, ein deutliches Signal zu geben: Die Anerkennung der Politik und die Anerkennung der Parlamen-

te ist ihnen sicher, wenn sie den Weg der Berufsbildung gehen. Woran wir noch arbeiten müssen, ist die Anerkennung in unserer Gesellschaft. Aber ich glaube, wir kommen dort millimeterweise voran.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade angesichts der aktuellen Herausforderungen sagen wir ein herzliches Dankeschön dafür, dass wir im hessischen Handwerk, insbesondere mit Ihnen, Herr Kollege Ehinger, und mit Herrn Dr. Riess, Kollegen und Mitstreiter haben, wenn es um die Frage geht, welche Perspektiven wir jungen Menschen bieten können, die Sprachdefizite haben und mit hohen Erwartungen zu uns gekommen sind, nämlich dass sie in Deutschland eine Lebensperspektive haben.

Ich will gleich eine Antwort geben: Was sie – die IHK, die Wirtschaft insgesamt, aber ganz besonders das Handwerk – leisten, ist herausragend. Sie stellen Tausende von Ausbildungsplätzen zur Verfügung und fordern mit Recht, dass damit das Erteilen von Bleibe- und Duldungsgenehmigungen einhergeht, sodass Menschen, die eine Ausbildung machen, auch hierbleiben können – unabhängig von der aktuellen Entscheidung ihres generellen Aufenthaltsstatus.

Wir sorgen gemeinsam mit der Großen Koalition in Berlin dafür – ich denke, das wird überparteilich von allen demokratischen Fraktionen dieses Landes getragen –, dass es auch im Anschluss an die Ausbildung eine Bleibeperspektive gibt. Das alles sind wichtige Gemeinsamkeiten, die wir aktuell mehr denn je brauchen. Ich will dem Handwerk ausdrücklich dafür danken, dass es uns konstruktiv und konkret – wie es in diesem Bericht mit Zahlen belegt wird – bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass es insgesamt weniger Auszubildende gibt. Neben dieser Herausforderung haben wir eine weitere. Diese war einer der Anlässe dafür, dass wir uns seit langer Zeit wieder mit dem Handwerk insgesamt, auch in der Politik der Europäischen Union, beschäftigen. Es gibt aufgrund der Transparenzrichtlinie eine Prüfung in der Europäischen Union – Stichwort: zulassungspflichtige Handwerke, Meisterprüfung als Voraussetzung für die Selbstständigkeit –, ob die heutigen Regelungen bleiben können oder ob man grundsätzlich infrage stellen muss, dass wir in Deutschland nach wie vor 41 Bereiche und Berufe haben, in denen es notwendig ist, eine Meisterprüfung abzulegen, wenn man sich selbstständig machen will.

Ich will vorwegnehmen: Wir sind zu 100 % davon überzeugt – das teilen wir mit der Landesregierung; in diesem Bericht gibt es sehr klare Aussage –, dass das Beibehalten der Meisterprüfung eine volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch dringend notwendige Maßnahme ist. Wir werden mit allem, was uns zur Verfügung steht, für den Erhalt dieser Situation kämpfen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben nach der Novelle im Jahr 2004, wonach in der Anlage B1 der Handwerksordnung 53 Berufe als nicht mehr meisterprüfungspflichtige Berufe deklariert worden sind, die Situation erlebt, dass es in diesen Betrieben zum

Teil zu regelrechten Einbrüchen kam – in jedweder Hinsicht.

Wenn wir uns überlegen, dass wir in den 41 zulassungspflichtigen Handwerksberufen von 2004 bis 2014 einen leichten Rückgang an Auszubildenden hatten – von ca. 64 auf 55 Auszubildende pro 100 Betriebe – und es zu dramatischen Einbrüchen der Ausbildungszahlen bei den nicht zulassungspflichtigen Berufen kam – von 20 auf 5 Auszubildende pro 100 Betriebe –, stellen wir fest, das ist ein Rückgang von 75 %.

Ich sage es ganz deutlich: Das ist eine katastrophale Entwicklung, die wir dort leider hinnehmen und verzeichnen müssen. Dem gilt es entgegenzutreten, indem wir sagen: Wir bleiben dabei, dass diese jetzt noch 41 Berufe, bei denen eine Meisterprüfung verpflichtend ist, in jeder Hinsicht – das betrifft nicht nur die Ausbildungsleistung dieser Unternehmen, sondern auch die ökonomischen Leistungen – in der Anlage A der Handwerksordnung verzeichnet bleiben müssen. Es ist auch dadurch begründet, dass wir bei diesen Unternehmen eine sehr viel höhere Stabilität haben.

Wenn Sie sich die Verbleibedauer auf dem Markt anschauen, stellen Sie fest, wir haben fünf Jahre nach der Existenzgründung die Situation, dass immerhin 70 % der Betriebe, die mit Anlage-A-Berufen – das sind diese 41 – in Zusammenhang stehen, noch existieren. Wir wissen, dass eine Existenzgründung immer mit einem Risiko verbunden ist und dass die eine oder andere auch nicht funktioniert. Aber ich glaube, man darf sagen, dass es eine sehr erfreuliche Entwicklung ist, dass 70 % der Betriebe nach fünf Jahren noch existieren. Ich meine, sie existieren dann auch auf Dauer.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Boddenberg, Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen.

Michael Boddenberg (CDU):

Ich bin gleich fertig. – Das genaue Gegenteil haben wir bei den Berufen, die in der Anlage B aufgeführt sind und die ich eben beschrieben habe. Dort haben wir einen Rückgang von 70 % innerhalb der ersten fünf Jahre bzw. eine Nichtmehr-Existenz von 75 %. Meine Damen und Herren, das soll heißen: Die wirtschaftliche und ökonomische Stabilität der Betriebe mit Meisterprüfung ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass sich dieser Kampf lohnt.

Eine letzte Bemerkung. Meine sehr geehrten Damen und Herren und liebe Frau Präsidentin, ich will ausdrücklich Dank sagen: Was im Handwerk geschieht, ist, was die Strukturen anbelangt, in allererster Linie Ehrenamt. Wir reden hier im hessischen Handwerk häufig über das Ehrenamt. Ich glaube, es bedarf einer besonderen Würdigung derjenigen, die sich im Handwerk ehrenamtlich engagieren – an der Spitze der Kammern, in den Prüfungsausschüssen und überall dort, wo es nötig ist, damit das Handwerk funktioniert.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Kollege Boddenberg, bitte ein letzter Satz.

Michael Boddenberg (CDU):

Dafür sage ich am Schluss ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Barth für die SPD-Fraktion.

Elke Barth (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir die Beantwortung Ihrer Großen Anfrage aufmerksam durchgelesen. Insgesamt ist das eine sehr informative und ausführliche Situations- und Marktbetrachtung, für die ich mich bedanken möchte. Das will ich auch gleich zu Beginn sagen, damit die SPD hier klar verstanden wird: Die Inhalte der Pressemitteilung von Herrn Boddenberg, die das Handwerk als zentralen Motor für die hessische Wirtschaft beschreibt, mit einem uneingeschränkten Bekenntnis zum Meisterbrief als Garant für Qualität und Ausbildung sehen wir genauso und können das 1 : 1 unterschreiben.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber die Ausführungen der Landesregierung enthalten auch Erkenntnisse, die uns aufhorchen lassen. Wenn wir nur das Positive sehen, dann hätte sich die Landesregierung mit ihrer 49-seitigen Beantwortung umsonst bemüht. Insofern ist auch eine konstruktiv-kritische Lektüre angebracht.

Schon auf Seite 3 und 4 wird man stutzig. Während das Handwerk im Zeitraum von 2010 bis 2014 einen Umsatzzuwachs von insgesamt 5,3 % aufweist – zu Zeiten einer normalen Inflation würde man hier fast von Stagnation reden –, entwickelt sich das hessische Bruttoinlandsprodukt doppelt so stark, nämlich mit einer Steigerung von 10,4 %. Während im Handwerk der Beschäftigtenzuwachs in diesem Zeitraum, in diesen fünf Jahren, mit 1,1 % zu verzeichnen war, nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen insgesamt um 4,1 % zu.

Meine Damen und Herren, ich will das nicht schlechtreden, aber so rosig sieht das nicht aus. Zitat: „Beide gesamtwirtschaftlichen Kenngrößen“ – also BIP und Gesamterwerbstätigenzahl in Hessen – „zeigen für den Betrachtungszeitraum einen günstigeren Verlauf als die entsprechenden Daten beim Handwerk.“

Es scheint also Faktoren zu geben, die für das Handwerk Wachstumshemmnisse sind – obwohl die Binnenkonjunktur angezogen hat, obwohl die Auftragslage hervorragend ist, obwohl die Kaufkraft steigt und auch die Zuwanderung dem Handwerk neue Aufträge sichert und hoffentlich auch neue Mitarbeiter.

Zum Stichwort Mitarbeiter: Ausdrücklich dankbar sind wir an dieser Stelle für die Initiative des Handwerks – Herr Ehinger, ich meine, das ging auf Sie zurück –, nämlich die jetzt in das Asylpaket II eingeflossene Initiative, dass Asylbewerber, die eine Ausbildung begonnen haben, diese auch zu Ende bringen dürfen und darüber hinaus zwei Jahre in ihrem Beruf weiter arbeiten dürfen, unabhängig vom Stand des Asylverfahrens. Das ist eine Win-win-Situation für das Handwerk und diese jungen Menschen.

Das Thema passt aber auch zu dem, was ich jetzt als einen der Gründe nennen möchte, weshalb es dem hessischen Handwerk vielleicht doch nicht so gut geht, wie es ihm gehen könnte. Sie schreiben in der Beantwortung: „Bis zum Stichtag 31.12.2014 konnten 9.515 neue Lehrverträge ... eingetragen werden.“ Es fehlt aber die Auskunft: Zum Stichtag 30.09.2015 – das ist traditionell der Stichtag, zu dem die eingetragenen Ausbildungsverträge und offenen Lehrstellen erstmals gemeldet werden – waren hessenweit etwa 2.000 Lehrstellen im Handwerk unbesetzt. Gleichzeitig gab es auch viele unversorgte Schulabgänger – deutschlandweit 81.200. Das sind Zahlen, die nachdenklich machen. Angebot und Nachfrage scheinen hier nicht gut zusammenzukommen. 65 % der Neuverträge im hessischen Handwerk konzentrieren sich zudem auf die zehn am stärksten besetzten Handwerksberufe – das ist in Ihrer Beantwortung zu lesen –, und das bei über 100 Ausbildungsberufen im Handwerk. Ich zitiere erneut: „Jugendliche orientieren sich sehr stark an Vorbildern und greifen auf bekannte Berufs- und Rollenbilder zurück.“ Das heißt: Hier hat das Handwerk einen Einfluss. Ich denke, dass wir diesen Einfluss stärker nutzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade MINT-Projekte an den Schulen werden von der Landesregierung hier hervorgehoben. Fast eine ganze Seite widmen Sie diesem Thema. Das finde ich jetzt aber geradezu zynisch. Denn solche Projekte leiden besonders unter Ihren derzeitigen Stellenkürzungen an den Oberstufen. Es hängt eben alles mit allem zusammen. Wenn wir die Berufsorientierung verbessern möchten, was gerade im Sinne des Handwerks dringend erforderlich ist, dürfen wir eben nicht bei der Bildung sparen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sorge machen muss uns auch die große Zahl an Handwerksbetrieben, bei denen in den Jahren bis 2018 eine Unternehmensübergabe ansteht. Das sind 10.600 Betriebe in Hessen. Jeder vierte Inhaber plant, in den nächsten fünf Jahren seinen Betrieb zu übergeben oder zu schließen. Die größte Hürde dabei ist die Suche nach einem geeigneten Nachfolger. Zu 26,8 % wird das als Grund genannt. Machen wir uns nichts vor: Ein Teil davon – wobei 6,6 % bereits explizit die Schließung angeben – wird den Markt verlassen. Hier kann man zwar beraten und unterstützen, wenn ein Nachfolger gefunden ist. Aber meist hängt es daran, dass keiner in Sicht ist. Hier müssen wir unbedingt mit dem Handwerk im Dialog bleiben.

In diesem Zusammenhang ist auch bedenklich, dass die Existenzgründungen im Handwerk schwächeln. Nur im Bereich – das haben Sie, Herr Boddenberg, auch erwähnt – der zulassungsfreien Gewerke, den B1-Handwerken ist das zugehen. Dort ist aber leider die Überlebensrate auch am geringsten. Über die Gründe sind wir uns einig.

Acht Förder- und Beratungsmöglichkeiten werden hier aufgeführt. Oft ist es aber auch die Unübersichtlichkeit – ich nenne es einmal „Förderdschungel“, und das gilt auch an anderen Stellen der Ausführungen der Landesregierung –, die Unternehmen abschrecken, gerade wenn es um kombinierte Förderungen mit Förderungen von der EU geht.

(Beifall bei der SPD)

Interessant sind auch die Ausführungen zum Sektor öffentlicher Aufträge. Normalerweise sind die Aufträge im Handwerk gedrittelt: ein Drittel gewerblich, ein Drittel privat und ein Drittel öffentliche Aufträge. Das letzte Drittel aber schwächelt. Die Kommunen, so der Hessische Handwerkstag in seinen Forderungen zur Kommunalwahl, sind wichtige Auftraggeber für das Handwerk. Da ist doch klar, dass das Fehlen öffentlicher Investitionen durch die schlechte Finanzlage der Kommunen auch das Handwerk schwächt.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was ist denn mit dem Konjunkturprogramm?)

– Ja, das hilft sehr viel, vor allem denen, die unter dem Schutzschirm stehen.

Die Ausschreibungen nach Fach- und Teillosen zur Sicherung einer angemessenen Beteiligung kleiner und mittlerer Betriebe – auch dies ist eine Forderung der hessischen Handwerksbetriebe – scheitert oft daran, dass in den Kommunen die Fachabteilungen so ausgedünnt sind, dass man dann doch auf Generalunternehmer ausweicht. Ihre kommunalfeindliche Politik, meine Damen und Herren von CDU und GRÜNEN, ist mittelstandsfeindlich und damit auch handwerksfeindlich.

(Beifall bei der SPD)

Es sind der starke gewerbliche und der private Bereich, die viel herausreißen. So viel zu Ihrer mittelstandsfreundlichen Handwerkspolitik. Auch die Verkehrsinfrastruktur spielt eine Rolle – zum einen natürlich, weil sich das Handwerk hier Aufträge erhofft, aber auch weil eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur wichtig ist, damit das Handwerk seine Kunden schnell erreichen kann und erreichbar ist. Das ist ein Zitat aus den Forderungen zur Kommunalwahl.

Hierzu ist es erforderlich, den Investitionsstau in der kommunalen Infrastruktur konsequent abzubauen und ausreichende Haushaltsmittel für Verkehrsinvestitionen in Instandhaltung und einen bedarfsge rechten Ausbau des Straßennetzes sicherzustellen.

Meine Damen und Herren von CDU und GRÜNEN, einen Investitionsstau sehen Sie ja derzeit nicht. Aber seien wir doch einmal ehrlich: Diesem Arbeitsauftrag des Handwerks kommt die Landesregierung derzeit leider kaum nach.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse zusammen: Die SPD steht voll hinter dem hessischen Handwerk als Antriebsmotor der Wirtschaft und für den Mittelstand. In Richtung Brüssel sagen wir: Hände weg vom Meisterbrief. – Aber wir lesen aus der Beantwortung der Landesregierung auf die Große Anfrage, dass wir uns mitnichten zurücklehnen dürfen und dass es noch eine Menge Handlungsbedarf gibt: Fachkräfte- und Nachwuchsmangel, der schwächelnde öffentliche Auftragssektor und das nach wie vor verbesserungswürdige Vergabegesetz.

Nicht nachlassen dürfen wir vor allem bei der Berufsorientierung junger Menschen, die immer noch meinen – meine Damen und Herren oben auf der Besuchertribüne, das auch an Sie –, mit Studium, egal welchem, hätte man mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt als mit einer soliden Ausbildung im Handwerk, was falsch ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos) – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Kollegin Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich grüße das Handwerk und freue mich, dass Sie heute zu unserer Plenardebatte gekommen sind. Vielen Dank, dass Sie da sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Ich dachte, wir reden am Mittwochmorgen über ein positives Thema. Jetzt höre ich, dass es durchaus auch Kritik gibt, an vielen Stellen auch berechtigte. Aber insgesamt können wir doch sagen, das Handwerk ist auf einem guten Weg, das Handwerk hat goldenen Boden, und – wie wir sagen – das Handwerk hat auch einen grünen Boden; es deckt nämlich viele Zukunftsbereiche ab, die auch für uns wichtig sind. Ich nenne nur die Themen erneuerbare Energien, Frauenförderung, Integration von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt – alles grüne Themen, die auch Zukunft haben. Mit grünen Ideen kann man schwarze Zahlen schreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Das Handwerk ist als ältester Wirtschaftsbereich mit eigener kultureller Entwicklung das Kernstück der mittelständischen Wirtschaft in Hessen. Ich denke, das ist uns allen – auch der Hessischen Landesregierung – sehr bewusst. Das Handwerk ist im fünften Jahr in Folge in ungetrübter Stimmung. Ich habe gerade heute in der „HNA“ vernommen, dass die Betriebe das auch so sehen: 82,5 % der Betriebe in Hessen sind zuversichtlich. Das liegt im Moment auch an der Stimmung. Es gibt geringe Zinsen, es wird in das sogenannte Betongold investiert und der Sanierungsstau wird aufzuarbeiten versucht.

Im Handwerk haben wir 25.000 Auszubildende. Es ist schon genannt worden: Das Handwerk macht einen Umsatz von 33 Milliarden € im Jahr – das sind Zahlen von 2015 –, also eine Menge Geld. Das liegt zum einen an der Konsumfreude, an dem Betongold – ich habe es eben schon gesagt –, aber zum anderen auch an neuen Trends. Es gibt immer mehr eine Rückbesinnung auf das gute Handwerk und auf die gute Handwerksarbeit. Es gibt immer mehr Handwerksmärkte, die den Bürgerinnen und Bürgern auch eine hohe Qualität anbieten. Es gibt viele Projekte zum Thema Handwerk und Tourismus – gerade in Nordhessen gibt es dazu ein Projekt, bei dem man an bestimmten Tagen Handwerksbetriebe besichtigen kann. Es gibt Aktionswochen zum Thema Handwerk und Tourismus. In dem Bereich tut sich also ganz viel. Dafür ist natürlich in erster Linie das Handwerk verantwortlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Aber Politik muss und kann dafür auch die Rahmenbedingungen setzen. Ich denke, das tut diese Landesregierung. Ich habe es schon gesagt, das Handwerk ist immer ein verlässlicher Partner für uns, wenn es um die Energiewende geht oder darum, die Menschen in Ausbildung zu bringen, oder um die Integration von Flüchtlingen. Dafür an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an das Handwerk.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Das Handwerk ist eigentlich die tragende Säule in der Energiewende. Der Anteil der Betriebe im Energiesektor, die ausbilden, ist sehr hoch einzustufen. Dafür sind insbesondere die Handwerksbetriebe dieses Sektors verantwortlich. Aber dabei gibt es natürlich – Frau Barth hat es schon gesagt – auch Probleme, diese Stellen zu besetzen. Deswegen engagiert sich die Landesregierung auch besonders dabei, den Jugendlichen die Fähigkeiten zu vermitteln, die sie vielleicht noch nicht vollständig haben, damit sie den Anforderungen entsprechen. Dafür werden besondere Unterstützungs- und Beratungsstrukturen aufgebaut.

Die Energiewende ist also eine Win-win-Situation, sowohl für das Handwerk als auch für die jungen Menschen, die eine Chance bekommen, eine Ausbildung zu absolvieren; für das Handwerk besteht die Chance, diese jungen Menschen mit interessanten Ausbildungsberufen gewinnen. Das ausgeschöpfte Potenzial in diesem Bereich ist aber auch sehr groß, wenn wir sehen, dass weniger als 20 % der Heizungsanlagen in Hessen auf einem aktuellen Stand der Technik sind. Da gibt es also noch enormen Nachholbedarf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Bei 75 % der 1,3 Millionen Wohngebäude besteht noch energetischer Modernisierungsbedarf. Auch beim Thema Energieeinsparung im Gebäudebestand und bei der Begrenzung der klimarelevanten Emissionen gibt es noch viel zu tun. Das Investitionsvolumen, das bis 2020 berechnet wurde, liegt bei 2,2 Milliarden € – ein großer Markt. Die Hessische Landesregierung fördert dies auf der Grundlage des Hessischen Energiegesetzes mit Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und dem Einsatz erneuerbarer Energien und von Kraft-Wärme-Kopplung.

Aber auch das Handwerk ist ständig dabei, zu lernen und die Qualität zu verbessern. Ich weiß, am Anfang gab es Gespräche darüber, ob unsere Handwerker gut genug ausgebildet sind, um die Solaranlagen aufs Dach zu bringen, und ob man dem vertrauen kann. Das hat sich verändert. Mittlerweile gibt es sogar einen Gebäudeenergieberater, der bezüglich Effizienzmaßnahmen an Gebäuden berät.

Die Gebäudeberater, die die Effizienz von baulichen Maßnahmen für Fördermittel des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle oder der KfW beurteilen, brauchen eine Bescheinigung und müssen in der Energieeffizienzexpertenliste der Deutschen Energie-Agentur eingetragen werden. Das ist freiwillig. Aber es ist ein Qualitätskriterium, damit man weiß, diejenigen, die Fördermittel bekommen, haben auch nachgewiesen, dass sie in ihrem Bereich gut sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Das Handwerk widmet sich aber auch der gesellschaftlichen Aufgabe, mehr Frauen in Männerberufe zu bringen.

Wir haben schon gehört, es gibt zehn beliebteste Berufe. Da ist leider der Metzgermeister nicht dabei. Aber ich weiß, Herr Boddenberg, dass Sie stets bemüht sind, dass auch dieser Beruf auf die Liste der zehn beliebtesten Ausbildungsberufe kommt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Aber es ist immer noch wie schon seit Jahrzehnten, dass Männer Kfz-Mechatroniker werden wollen und Frauen Friseurinnen und Fachverkäuferinnen im Lebensmittelbereich. Diese Konzentration auf wenige Berufe verändert sich nur ganz langsam. Auch dafür wird aber etwas getan.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ein Fünftel der Ausbildungsplätze ist mit Frauen besetzt. Das ist erheblich zu wenig. Deswegen gibt es zum einen das Thema Vorbilder. So werden Meisterinnen immer mehr in den Blick genommen. Aber auch die Hessische Landesregierung hat eine MINT-Aktionslinie 2011 aufgelegt. In Kooperation mit der Regionaldirektion Hessen gibt es verschiedene Projekte. Das können Sie in der Antwort auf Frage 7 nachlesen. Ich will Sie damit jetzt nicht langweilen, weil Sie das sowieso vorher gelesen haben. Ich will Ihnen aber ein Beispiel sagen, wie das funktioniert.

Wir haben in Kassel ein Projekt zum Übergang Schule-Beruf, in dem Mittel der Bundesagentur für Arbeit, Mittel des Landes, aber auch die kommunalen Mittel stecken und durch das Mädchen gezielt mit Betrieben zusammengeführt werden. Man sieht, dass gerade Mädchen mit Migrationshintergrund es ganz toll finden, in Männerberufen ihre starke Frau zu stehen. Ich denke, das ist ein lohnender Bereich, einmal zum Thema Integration, aber auch zur Stärkung der Frauen. Es sind gute Sachen, die mit dem Handwerk vorangebracht werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Der zentrale Baustein für eine gelungene Integration ist natürlich die berufliche Erstausbildung. Da stellt die Landesregierung zusätzliche Mittel bereit, um die vorhandenen Programme zu ergänzen – das ist auch schon genannt worden –: die landesweite Strategie OloV zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit zwischen Schule und Betrieb, die Initiative ProAbschluss und das neue Förderprogramm „gut ausbilden“. Dort werden insbesondere finanzielle Anreize für Kleinunternehmen, also für Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten, gesetzt, die dann auch ausbilden können, und die Ausbildungsqualität wird erhöht. Dafür ist dieses neue Förderprogramm.

Aber auch in dem Bereich ist es so: Vorbilder wirken. Da gibt es gute und viele. 22 % der inhabergeführten Einzelbetriebe werden bereits von Menschen mit anderer als deutscher Staatsangehörigkeit geführt, und ich denke, das sind gute Vorbilder, die man auch gut herausstellen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Zum Meisterbrief ist schon einiges gesagt worden. Wir haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir eine weitere Novelle der Handwerksordnung nicht für erforderlich halten. Ich will aber auch sagen – das hat Herr Kollege Klose schon gesagt –, dass wir damals, im Jahr 2004, die Reform der Handwerksordnung als richtig empfunden haben. Damals war es das Ziel, die Schwarzarbeit in diesem

Bereich einzudämmen. Ich glaube, dort hat es auch gewirkt, und Unternehmensgründungen wurden erleichtert. Das ist dann ein bisschen zu viel geworden; wir alle kennen das Beispiel der Fliesenleger. Aber deswegen sagen wir auch: Derzeit halten wir eine weitere Novelle nicht für erforderlich.

Alles andere ist gesagt worden. Ich habe auch nicht mehr so viel Zeit. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Wir können stolz auf unser Handwerk sein. Hätte ich gewusst, dass ich heute reden sollte, hätte ich mich natürlich besser vorbereitet und eine Ahle Wurst aus Nordhessen mitgebracht, um die Qualität des Handwerks auch schmecken zu können.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Clemens Reif (CDU): Nächstes Mal!)

So kann ich Ihnen nur raten: Kommen Sie nach Nordhessen, und probieren Sie nicht nur die Ahle Wurst, sondern auch die Kasseler Grüne Soße.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Peter Stephan (CDU): Wo gibt es denn dort die Grüne Soße? – Gegenruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die macht Frau Müller selbst!)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Lenders, FDP-Fraktion.

Jürgen Lenders (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was gibt es Schöneres, als am Geburtstag zu dem Bereich reden zu dürfen, in dem man einmal groß geworden ist? Das ist ein guter Anlass, um wieder einmal umfänglich über das Handwerk zu reden. Ich glaube auch nicht, dass es hierbei viel Platz für Streit gibt. Ich denke, dass die Bedeutung des Handwerks unisono, über alle Fraktionen, anerkannt wird.

(Beifall bei der FDP)

Das Handwerk stellt sicherlich einen der größten Bereiche im Mittelstand dar. Es ist quasi das Rückgrat der hessischen Wirtschaft in seiner ganzen Vielfalt und Bandbreite. Die Handwerksbetriebe haben eine große Verantwortung als Arbeitgeber, als Ausbilder. Als Ausbilder räumen sie oftmals noch Dinge aus, die das Elternhaus, aber auch die Schulen haben liegen lassen. Auszubildenden muss man teilweise erst einmal beibringen, jeden Tag zur Arbeit zu kommen, pünktlich zu sein, seinen Pflichten nachzugehen und etwas durchzuhalten, also seine Ausbildung, die man gewählt hat, durchzuhalten.

Ich glaube, dass diese Landesregierung, aber vor allem auch ihre Vorgängerregierung, viel dazu beigetragen hat, junge Menschen auch für das Handwerk fit zu machen. Dazu gehören die SchuB-Klassen, und hierzu gehört auch so etwas wie die Mittelstufenschule, die sich in ihren Formen immer auf die pragmatische Seite des Lebens bezogen hat. Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht nur Häuptlinge, wir brauchen auch Indianer, die die Arbeit machen.

(Beifall bei der FDP)

Das Handwerk hat sich noch nie allein darauf verlassen, dass ihm das Land bzw. der Staat bei der Ausbildung hilft. Das Handwerk macht eine hervorragende Arbeit in der überbetrieblichen Ausbildung. Das gehört an dieser Stelle einfach einmal erwähnt und gelobt. Die überbetriebliche Ausbildung und die Ausbildung in den Handwerksbetrieben sind für die Auszubildenden eine wirkliche Chance. Die Durchlässigkeit ist, glaube ich, gerade im Handwerk so groß wie in keinem anderen Bereich. Sie können es in einem Handwerksbetrieb wirklich schaffen, und vielleicht ist es dort am leichtesten, vom Auszubildenden bis hin zum selbstständigen Unternehmer aufzusteigen. Dass nun auch ein Meister die Möglichkeit hat, zu studieren, ist gerade für die Durchlässigkeit von Berufen ein wirklicher Meilenstein. Das sollte auch erwähnt werden.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Handwerksbetriebe sind zumeist Familienunternehmen. Zu dieser Familienkultur, zu dieser Kultur von Mittelständlern, gehört eben auch ein gesellschaftliches Engagement, ein Engagement, das durchaus überdurchschnittlich ist. Das sehen Sie daran, dass sich Handwerksmeister mit ihren Familien sehr oft in Vereinen ihrer Stadtviertel engagieren. Sie engagieren sich auch kommunalpolitisch. Das ist ein gesellschaftliches Engagement, das heute vor allem auch im ländlichen Raum gebraucht wird. Wenn wir die Frage diskutieren, wer denn im ländlichen Raum überhaupt noch Ausbildungs- oder Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, kommt man sehr schnell auf das Handwerk; dann kommt man sehr schnell auf diese Wirtschaftsmacht von nebenan. Sie sind oftmals diejenigen, die im ländlichen Raum eben tatsächlich noch immer die Impulse geben und mit ihren sehr modernen Betrieben auch Zukunftsperspektiven für ganze Regionen bieten. Das ist etwas, was wir durchaus unterstützen sollten. Wir müssen auch anerkennen, dass gerade Handwerksbetriebe mit ihren Betriebsinhabern eine große gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

In Hessen umfasst das Handwerk etwa 75.000 Betriebe, ca. 338.000 Beschäftigte und rund 25.000 Auszubildende. Im letzten Jahr konnte ein Umsatz von 33 Milliarden € erwirtschaftet werden. Meine Damen und Herren, das ist wirklich eine Wirtschaftsmacht von nebenan.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Armin Schwarz (CDU))

Der Fachkräftemangel hat auch schon beim Handwerk seine Spuren hinterlassen. Wenn man die Große Anfrage aufmerksam liest, stellt man fest, dass es gerade im Lebensmittelgewerbe Verwerfungen gibt. Ich glaube, dort müssen wir noch einmal ansetzen. Es wird sicherlich nicht so einfach sein, dass man sagt, dass Herr Boddenberg als Botschafter für das Metzgerhandwerk zu Felde zieht – ich übernehme diese Rolle gern für das Elektrohandwerk –; das allein wird sicherlich nicht reichen. Wir müssen uns damit beschäftigen, dass sich das Marktumfeld gerade in diesem Bereich etwas verändert hat – einmal durch das Internet, aber auch durch den Zusammenschluss und die Konzentration großer Lebensmittelversorger, die hier Platz greifen und den kleinen, mittelständischen Betrieben das Leben schwer machen. Daher müssen wir uns darüber unterhalten: Kann es eigentlich sein, dass ich einen kleinen, mittelständischen Bäckereibetrieb mit den gleichen Vorschriften überziehe, wie ich das von einer Großbäckerei erwarte?

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, wir müssen hier differenzieren, um den kleinen, mittelständischen Betrieben eine Überlebenschance zu bieten.

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, es sei nicht viel Platz für Streitigkeiten; aber lassen Sie mich auch eines gesagt haben: Ich glaube, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen sollten, dass z. B. so etwas wie die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge endlich wieder zurückgeführt wird. Es wäre die Aufgabe des Landes, sich hierfür in Berlin einzusetzen. Das würde diesem großen mittelständischen Bereich, dem Handwerk, wirklich helfen, aber auch allen anderen mittelständischen Bereichen, weil es den Unternehmen Liquidität entzieht. Dazu wäre Ihre Stellungnahme vielleicht auch sehr hilfreich.

(Beifall bei der FDP)

Was den Mindestlohn angeht, sage ich: Ich glaube, wir werden gleich noch die Gelegenheit haben, ausführlich über den Mindestlohn zu reden. Aber auch da müssen wir uns, wenn wir uns über das Handwerk unterhalten, z. B. über die Dokumentationspflicht unterhalten. Der Mindestlohn mag in Deutschland heute eine Tatsache sein; die Dokumentationspflicht ist es nicht.

(Beifall bei der FDP)

Wer glaubt, dass immer alles so bleibt, wie es ist, und dass alle Rahmenbedingungen gut sind, stellt fest: Gerade bei den Themen Schwarzarbeit und Mindestlohn höre ich schon jetzt wieder die Auguren rufen, die sagen: Wir müssen doch einmal über Vergabegrenzen nachdenken. – In der Verantwortung von FDP und CDU haben wir die Vergabegrenzen im Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz angehoben. Wir haben bis heute keinerlei Anzeichen dafür, dass dies zu mehr Schwarzarbeit geführt hätte. Die Schwarzarbeit ist grundsätzlich ein Problem, und sie gehört bekämpft. Die Vergabegrenzen sollten aber so bleiben, wie sie sind, weil sie mittelstandsfreundlich ausgerichtet sind und weil sie nach allen Erfahrungen nicht dazu geführt haben, dass irgendwo mehr Subventionen Platz greifen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch, dass wir solchen Bestrebungen, wie z. B. die Abschreibemöglichkeit von Handwerkerleistungen einzuschränken, entgegenreten. Ich bin relativ froh, dass einer der Koalitionspartner in Berlin noch sagt: Stopp, lasst bitte die Hände davon. Das wird nicht als Teil eines Deals in ein Paket hineingenommen. – Das war die CSU. Es war nicht die CDU. Es war die CSU, die gesagt hat: Stopp, es bleibt so wie es ist. Es ist ein richtiges Instrument, um Schwarzarbeit zu bekämpfen. – Solche Initiativen würde ich mir aus der Union öfter wünschen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Michael Bodenberg (CDU))

Am Ende bleibt mir zu sagen: Wir hatten gemeinsam mit der Kammer in Spanien Erfolge hinsichtlich der Ausbildung. Den Schutz des Handwerksmeisters gilt es auch in der EU zu verteidigen. Der Handwerksmeister sollte nicht nur verteidigt werden, sondern als mustergültiges Beispiel für Betriebe in ganz Europa dienen. Damit kann man auch Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen, Spanien ist

ein gutes Beispiel dafür. – In diesem Sinne vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Wissler, Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, die Bedeutung des Handwerks ist unstrittig. Gerade deshalb müssen wir das Handwerk dringend vor weiterer Deregulierung schützen. Ein großer Schlag gegen das qualifizierte Handwerk geschah im Jahr 2004 durch die Handwerksnovelle der rot-grünen Bundesregierung im Zuge der Hartz-Gesetze. Die Deregulierung war damals die Antwort auf alles gewesen. Von den seinerzeit 94 Gewerken, bei denen ein Meisterbrief als Grundvoraussetzung für die selbstständige Ausübung vorgeschrieben war, blieben nur 41 erhalten. Der überwiegende Teil der traditionsreichen Handwerksberufe, also 53, wurde vor zehn Jahren in Deutschland dereguliert, darunter Berufe wie Schuhmacher, Parkettleger, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Modellbauer und Feinoptiker.

Ob damit das Ziel erreicht wurde, Impulse für neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu geben und die wirtschaftliche Entwicklung des Handwerks zu stärken, möchte ich zumindest bezweifeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Umgekehrt hat es aber zu Dumpingkonkurrenz für Traditionsbetriebe und zu mehr Unsicherheit bei den Verbrauchern geführt. Deshalb muss den Plänen zu einer weiteren Deregulierung, egal ob durch die Bundesregierung oder die EU, eine deutliche Absage erteilt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Handwerk leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Ausbildungsplätzen; aber auch im Handwerk gehen die Ausbildungszahlen leider zurück. Das konnten wir in der Antwort auf die Große Anfrage nachlesen; auch, dass das vielfältige Gründe hat.

Ich sage es noch einmal: Eine Ausbildungsplatzumlage, die Betriebe zahlen müssten, die nicht ausbilden, könnte gerade den kleinen Handwerksbetrieben zugutekommen. Es zeigt sich immer wieder deutlich, dass Klein- und Kleinstbetriebe überproportional ausbilden, während sich Großkonzerne aus der Verantwortung stehlen. Deshalb halten wir die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage für dringend notwendig. Wenn Großunternehmen schon zu wenig ausbilden, dann sollten sie sich doch wenigstens an der Finanzierung beteiligen, damit die kleinen Betriebe, die ausbilden wollen, auch die Möglichkeit haben, es zu tun.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Hugo Klein (Freigericht) (CDU))

Wenn wir heute den Meister loben, was mehrfach passiert ist, sollten wir auch über die Bedeutung des Meister-BAföG reden. Das Meister-BAföG ist ein ganz wichtiges Instrument für berufliches Fortkommen und müsste von der Bundesregierung dringend in ausreichendem Maße an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Um das Handwerk auch zukünftig attraktiv zu machen, braucht es gute Arbeitsbedingungen. Es gibt eine repräsentative Umfrage „DGB-Index Gute Arbeit“, wonach nur 10 % der im Handwerk Beschäftigten ihre Arbeitsbedingungen für gut halten. Knapp die Hälfte berichtet, dass ihr Arbeitseinkommen nicht oder nur gerade so zum Leben reicht. 80 % gehen davon aus, dass ihre Rente nicht oder nur gerade so reichen wird. 52 % gehen davon aus, dass sie unter ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen ihren Job gar nicht bis zur Rente durchhalten. Deswegen will ich an der Stelle auch noch einmal deutlich sagen: Wem das Handwerk und die Handwerker am Herzen liegen, der sollte wissen, dass der Dachdecker oder der Fliesenleger nicht bis 67 arbeiten kann. Die Rente ab 67 ist gerade für die Handwerker auch eine Rentenkürzung.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Gerade in den Berufen, in denen schwer körperlich gearbeitet wird, ist es unmöglich, noch im höheren Alter zu arbeiten. Wir wissen, dass es für diese Handwerker kaum andere Tätigkeitsfelder gibt. Ein kleiner Handwerksbetrieb kann den Fliesenleger oder den Dachdecker, den er nicht mehr auf dem Bau einsetzen kann, schwerlich in die Verwaltung stecken. In der Regel hat er dafür nur eine Person, wenn überhaupt.

Was die Menschen im Handwerk durchhalten lässt, ist besonders oft die Hingabe an ihren Beruf. 81 % der im Handwerk Beschäftigten identifizieren sich mit ihrer Arbeit. Das allein reicht nicht zum Leben. Es braucht auch gute Löhne und gute Renten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Handwerk zu stärken, heißt auch, das Handwerk attraktiv zu machen, um neue Fachkräfte auszubilden und um bestehende Fachkräfte zu halten. Das bedeutet, dass die Politik gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen unterstützen muss, z. B. auch durch Verbesserungen im Vergabe- und Tarifrechtgesetz. Da kann die öffentliche Hand Macht entfalten. Dabei geht es auch um die Frage einer Ausschreibungspraxis für öffentliche Aufträge, die es kleinen Betrieben ermöglicht, sich auch an Ausschreibungen zu beteiligen. Es sollten also nicht zu große Ausschreibungspakete sein, und die Anforderungen sollten dementsprechend gestaltet sein.

Anders als die FDP bin ich der Meinung: Ja, auch der Mindestlohn hilft dem Handwerk sehr wohl. Die FDP hat gerade einmal mehr die Dokumentationspflichten zum Mindestlohn kritisiert. Das kennt man von der FDP. Ich muss allerdings auch sagen, dass mir das Verständnis dafür fehlt, dass sich auch die Handwerkskammern immer wieder über den Mindestlohn und die damit verbundenen angeblichen bürokratischen Belastungen der Dokumentationspflicht beschweren. Ich gehe davon aus, dass es gerade die qualifizierten Handwerksbetriebe sind, die durch den Mindestlohn vor einer Dumpingkonkurrenz geschützt sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen, auch noch einmal in Richtung FDP, ist doch die Arbeitszeiterfassung ein völlig alltäglicher Vorgang. Die Aufzeichnungspflicht gilt dabei gerade einmal für neun besonders schwarzarbeitsanfälligen Branchen und Minijobs. Der typische Dokumentationsaufwand eines Kleinbetriebs umfasst eine Tabelle auf einer DIN-A4-Seite

zur Erfassung von zwei Uhrzeiten täglich, einen Ordner zum Abheften und einen Taschenrechner zum Addieren am Monatsende. Das sind bürokratische Belastungen, die man zumuten kann, wenn es darum geht, den Mindestlohn durchzusetzen und zu dokumentieren, dass er gezahlt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Handwerk profitiert vom Mindestlohn auch in einer anderen Form. Es profitiert vom Mindestlohn, weil er zu höheren Gehältern führt und dadurch die Kaufkraft der Privathaushalte stärkt. Wer jeden Cent umdrehen muss, renoviert und saniert selbst oder schiebt es auf, aber er wird vermutlich keinen qualifizierten Fachbetrieb beauftragen.

Damit komme ich von den Privathaushalten zur öffentlichen Hand. Wir wissen, dass die öffentliche Hand ein ganz wichtiger Auftraggeber für das Handwerk ist. Wenn öffentliche Investitionen sinken, weil Kommunen unterfinanziert sind und die Infrastruktur im Namen der Schuldenbremse kaputtgespart wird, dann ist das auch für das Handwerk und die Beschäftigten im Handwerk ein Problem. Deswegen sagen wir: Wir brauchen mehr öffentliche Investitionen auf allen Ebenen. Davon könnte auch das Handwerk profitieren. Dafür muss man aber Schluss machen mit der unseligen Politik des Festhaltens an der schwarzen Null und an der Schuldenbremse.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Thema Energiewende ist angesprochen worden. Ich glaube, auch hier hat das Handwerk eine Schlüsselrolle. Es ist die Frage, wie man die Energiewende ausgestaltet, wie sie in Angriff genommen wird, ob man wirklich schaut, wie man die Wertschöpfung vor Ort auch durch die Energiewende stärken kann. Ich glaube, auch da ist das Handwerk in einer Schlüsselrolle.

Meine Damen und Herren, ich denke, das Handwerk und seine Belange brauchen unsere Aufmerksamkeit, die selbstständigen Handwerker ebenso wie die im Handwerk Beschäftigten. Deswegen ist es richtig, heute Morgen darüber zu diskutieren. Das heißt aber natürlich auch, dass man die Probleme benennen muss. Das hat die Landesregierung zum Teil in der Antwort auf die Große Anfrage gemacht. Ich glaube, Landesregierung und Bundesregierung könnten hier noch einiges besser machen, um gute Bedingungen für das Handwerk zu schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Staatsminister Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wirtschaftliche Situation des Handwerks in Hessen ist gut. Wir haben im letzten Jahr die Situation gehabt, dass in über 75.000 Betrieben rund 338.000 Beschäftigte gearbeitet haben, darunter mehr als 25.000 Auszubildende. Die Handwerksbetriebe in Hessen haben im letzten Jahr einen Umsatz von rund 33 Milliarden € erwirtschaftet, und gut 85 % der hessischen Handwerksunternehmen haben eine

insgesamt mindestens zufriedenstellende Geschäftslage gemeldet. Das sind gute Nachrichten für das Handwerk und damit auch gute Nachrichten für unser Bundesland.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Barth, bis September 2015 konnten 10.080 neue Lehrverträge bei den drei hessischen Kammern eingetragen werden. Wenn ich es recht gesehen habe, sind das mehr als 2014. In aller Regel kommen noch ein paar hinterher, die dann noch gemeldet werden. Das heißt, wir haben auch in diesem Bereich eine positive Bilanz. Das ist gerade in diesen Zeiten, in denen wir uns mit der Frage des Fachkräftemangels auseinandersetzen, ebenfalls eine gute Nachricht für die Zukunftsfähigkeit sowohl des Handwerks als auch unserer Gesellschaft.

Für die erste Hälfte dieses Jahres rechnen die Unternehmer aller Handwerksgruppen mit einer ähnlich guten Geschäftslage wie 2015. Ich will ausdrücklich hinzufügen, weil es angesprochen wurde: Dazu trägt auch bei, dass wir mit dem Haushalt ein Kommunalinvestitionsprogramm beschlossen haben, wo wir die Pi mal Daumen 300 Millionen € des Bundes um 700 Millionen € aufgestockt haben. Damit haben wir ein 1 Milliarde € schweres Kommunalinvestitionsprogramm aufgelegt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei haben wir die Kriterien so festgelegt, dass gerade die Schutzschirmstädte – Frau Kollegin Barth, wenn ich es recht im Kopf habe, ist in absoluten Zahlen der Gewinner die Stadt Kassel mit rund 40 Millionen €, und ich glaube, auf den zweiten Platz kommt die Stadt Offenbach mit gut 30 Millionen € –, die in der Vergangenheit aufgrund ihrer schwierigen Finanzlage weniger investiert haben, in die Lage versetzt werden. Ich bin sicher, das wird gerade dem örtlichen Handwerk helfen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind überzeugt davon, dass das Handwerk eine unverzichtbare Stütze unserer Wirtschaft ist. Ich will ausdrücklich sagen – es ist schon angesprochen worden –, dass dazu auch der Meisterbrief gehört. Die besonders qualifizierte Vorbildung der Meisterinnen und Meister im Handwerk bürgt für diese hohe Qualität, schafft qualifizierte Ausbildungsplätze und macht meistergeführte Betriebe krisenfest. Natürlich hilft da auch ein Blick zurück.

Natürlich ist es so, dass die Aufhebung des Meisterzwangs für bestimmte Bereiche im Handwerk, wenn man jetzt, zwölf Jahre später, zurückblickt, keine besonders positiven Auswirkungen hatte. Wir haben in diesem Bereich zwar einen Gründungsboom erlebt. Aber die Überlebensrate dieser neuen Handwerksbetriebe, die jetzt B1-Betriebe genannt werden, ist drastisch verringert. Das heißt, diese Betriebe sind nach fünf Jahren zu fast 60 % wieder vom Markt verschwunden.

Was ganz besonders negativ ist: Von ehemals 20 Auszubildenden auf 100 Betriebe im Jahr 2004 sank die Anzahl der Auszubildenden bis zum Jahr 2014 auf fünf Auszubildende pro 100 Betriebe, also ein Rückgang von 75 %. Das muss man an dieser Stelle sagen. Ich sage das auch als jemand, der einer Partei angehört, die 2004 im Bund an der Regie-

rung beteiligt war und dies mit auf den Weg gebracht hat. Im Gegensatz dazu blieb die Überlebensrate der nach wie vor meisterpflichtigen A-Handwerke konstant hoch, ebenso die Ausbildungsleistung.

Um vielleicht den Unterschied klarzumachen: Wir haben beim nächsten Tagesordnungspunkt eine Debatte über die Vergabe. Gestern war in der „Frankfurter Rundschau“ ein Interview mit dem Geschäftsführer des Zentralverbands des Baugewerbes zu lesen, der darauf hinweist, dass es vorher 17.000 Fliesenleger in Deutschland gab und jetzt 72.000. Das ist übrigens ein Teil des Problems bei der Durchsetzung der Bekämpfung von Schwarzarbeit. Wir haben es da sicherlich oft mit Scheinselbstständigkeit zu tun, und das macht manches komplizierter, als es vorher war.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen setzt sich die Landesregierung nach wie vor uneingeschränkt für den Erhalt des großen Befähigungsnachweises in den verbliebenen, so will ich sie einmal nennen, Berufen ein. Es ist für die Zukunft des Handwerks ganz besonders wichtig.

Meine Damen und Herren, wir reden auch über Gründen und Nachfolgen. Für eine vitale und stabile Wirtschaft sind gerade Existenzgründungen unerlässlich. Das unterstützen wir auf vielfältige Weise, nicht nur bei Neugründungen, sondern auch bei der Nachfolge bestehender Betriebe. Das wird in den nächsten Jahren eine ganz besonders große Rolle spielen.

Es gibt Zuschüsse, es gibt Beratung, es gibt Förderdarlehen, es gibt Bürgschaften, es gibt Beteiligungen. Es gibt sozusagen nichts, was es nicht gibt, wo wir darum kämpfen, dass wir neue Betriebe bekommen und bestehende erhalten bleiben.

Ganz besonders wichtig ist uns die Frage, wie wir die große Herausforderung der Integration von jungen Flüchtlingen in die Arbeitswelt bewerkstelligen. Da haben wir im Handwerk einen starken Partner; denn auch an diesem Punkt ist Baustein für gelingende Integration eine gelingende berufliche Erstausbildung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schon heute haben Schätzungen zufolge über 20 % aller Auszubildenden im Handwerk einen Migrationshintergrund, 11 % einen ausländischen Pass. Das heißt, das Handwerk ist auch ein Motor für die Integration und für die Frage, wie wir Integration zu einer gelingenden Sache machen.

Ich will ausdrücklich sagen, dass auch wir als Landesregierung verstärkt auf den Faktor Ausbildung für gelingende Integration setzen. Wir richten die Förderprogramme auch auf die Gruppe junger Flüchtlinge aus. Wir stocken die finanziellen Mittel in diesem Bereich um über 11 Millionen € in zwei Jahren auf und initiieren konkrete Projekte, wie z. B. „Wirtschaft integriert“, wo das Handwerk ein unverzichtbarer Partner ist. An dieser Stelle sage ich ausdrücklich vielen Dank dafür, dass wir da Menschen haben, die nicht fragen, was alles nicht funktioniert, sondern die sagen: Wir haben ein Problem, wir lösen es, wir machen einfach. – Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ausbildungsleistung ist erwähnt worden. Man muss es noch einmal sagen: Rund 26 % aller neuen Ausbildungsverträge sind im Bereich des Handwerks. Die Ausbildungsquote im Handwerk liegt bei 8 %. Das liegt deutlich über dem allgemeinen Schnitt von 4,8 %.

Ich will an dieser Stelle etwas zum Stichwort Ausbildungsplatzumlage sagen. Was vielleicht eine Forderung war, über die man zu einem Zeitpunkt diskutieren konnte, als es ein deutliches Überangebot an Ausbildungswilligen und ein deutliches Missangebot an Ausbildungsplätzen gab, wird immer schwieriger, wenn sich dieser Markt dreht und es teilweise so ist, dass Betriebe Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, aber keine Auszubildenden finden. Wollen Sie dann einen solchen Betrieb bestrafen und sagen, dass er sich nicht genug bemüht hat? Ich glaube, an dieser Stelle wird es etwas schwierig, wenn wir in eine Situation kommen – da sind wir teilweise schon –, wo es unbesetzte Ausbildungsplätze gibt. Dann wird es ein bisschen absurd. Deswegen glaube ich, dass das, was man immer schon gefordert hat, nicht richtig sein muss, wenn die Wirklichkeit sich verändert.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wie ist das mit den Altbewerbern?)

Ich will aber ausdrücklich sagen: Ich bin dafür, dass das Handwerk sich kräftig bemüht, um Auszubildende zu werben, die Ausbildungsbedingungen attraktiv zu machen und auch dafür zu sorgen, dass es weniger Ausbildungsabbrüche gibt. Auch das hat etwas mit Attraktivität zu tun. Das wird für die Zukunft ganz besonders wichtig sein.

Ich will ausdrücklich Folgendes sagen: Das Handwerk bietet vielen einen Ausbildungsplatz, die es anderswo schwerer hätten, einen Ausbildungsplatz zu finden. Auch das ist ein Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen das vonseiten der Landesregierung unterstützen. Wir tun das. Wir verbessern die Strukturen bei der landesweiten Strategie OloV, also bei der Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit. Wir haben neue Förderprogramme wie „gut ausbilden“ aufgelegt, die insbesondere die Ausbildungsqualität und -fähigkeit der Kleinstunternehmen stärken sollen. Wir haben wieder ein „Bündnis Ausbildung Hessen“, bei dem alle mitmachen, auch die Gewerkschaften. Wir haben da gemeinsam das Ziel, die duale Ausbildung attraktiver zu machen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

An dieser Stelle sage ich ausdrücklich: Es steht Neues bevor. Wir sind hinsichtlich der Digitalisierung in der Situation, dass in Zukunft auch im Handwerk Themen eine Rolle spielen werden, die in der Vergangenheit keine Rolle gespielt haben. So ähnlich wie der frühere Dreher inzwischen Zerspanungstechniker heißt, mit allem, was dazugehört, und mit vielem, was am Ende noch dazukommt, ist es sicherlich so, dass wir auch in anderen Bereichen erleben werden, dass die Digitalisierung die Ausbildungsberufe verändern wird. Wir werden uns Gedanken darüber machen müssen, was das für die nötige Qualifikation der Auszubildenden bedeuten wird.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Staatsminister, die für die Fraktionen vorgesehene Redezeit ist um.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich komme zum Schluss meiner Rede. – Auch da ist es so, dass uns vieles bevorstehen wird. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir, wenn wir in der Gesellschaft, in der Politik und im Handwerk zusammenhalten, diesen Herausforderungen gemeinsam begegnen werden.

Eines will ich noch sagen, da ich auch Energieminister bin: Ich finde es schön, dass das Handwerk vor einigen Jahren damit begonnen hat, sich als offizieller Ausrüster der Energiewende zu bezeichnen. Ich will sie ausdrücklich darin bestärken, das weiterhin zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen Dank. Grüße an das Handwerk. Ich danke für die Debatte. Ich danke vor allem auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium für die viele Arbeit zur Erstellung der Antwort auf diese Große Anfrage. – Danke sehr.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Damit wurde die Große Anfrage unter Tagesordnungspunkt 37 besprochen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 41** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend gute Arbeit auch in Hessen durchsetzen: Mindestlohn wirkt – Ordnung bei Leiharbeit und Werkverträgen herstellen – Tariftreue wirksam gestalten – Drucks. 19/3279 –

Damit zusammen wird **Tagesordnungspunkt 30** aufgerufen:

Antrag der Abg. Barth, Eckert, Faeser, Frankenberger, Gremmels, Grüger, Weiß (SPD) und Fraktion betreffend wirksame Kontrolle des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes – Drucks. 19/3154 –

Außerdem wird noch **Tagesordnungspunkt 58** aufgerufen:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Vergabegesetz stärkt fairen Wettbewerb – Bund muss Finanzkontrolle Schwarzarbeit angemessen ausstatten und Mindestlohn kontrollieren – Drucks. 19/3304 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt auch hier zehn Minuten. Als Erster spricht Herr Kollege Decker für die SPD-Fraktion.

Wolfgang Decker (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch in diesem Haus haben wir lange Zeit über die Fairness auf dem Arbeitsmarkt teilweise heftig debattiert. Es ging vor allem um den gesetzlichen Mindestlohn. Inzwischen ist das Mindestlohngesetz mehr als 15 Monate in Kraft. Ich sage Ih-

nen: Die Einführung war bitter notwendig. Sie war absolut richtig.

(Beifall bei der SPD)

Warum sie bitter nötig war, will ich Ihnen anhand einiger Zahlen dokumentieren. Diese machen gleichzeitig deutlich, dass das schon jetzt eine Erfolgsgeschichte ist.

Im April 2014 gab es in Deutschland 5,5 Millionen Jobs, die geringer als der Mindestlohn in Höhe von 8,50 € pro Stunde bezahlt wurden. Davon kamen 4 Millionen zum 1. Januar 2015 unter den Schutz des Mindestlohngesetzes. Das sind 10,7 % aller Jobs. In Westdeutschland sind es fast 9 % aller Jobs.

Der gesetzliche Mindestlohn bietet vor allem Beschäftigten Schutz, für die keine Tarifverträge gelten. Das sind jede Menge, auf die das bis dahin nicht zutraf. In Zahlen ausgedrückt: Es waren 3,3 Millionen ohne Tarifbindung. Das sind sage und schreibe 83 % der nunmehr geschützten gering bezahlten Jobs. Die meisten davon waren in der Gastronomie und im Einzelhandel, aber auch in vielen anderen Branchen. Ich denke z. B. an den Paketfahrer und viele andere.

Ich betone das auch deshalb hier so deutlich, weil ein Argument der Mindestlohngegner immer war, dass die Lohnregulierung Aufgabe der Tarifpartner und nicht des Staates sei. Fazit: Wenn es keine Tarifpartner gibt, gibt es auch nichts zu regulieren, geschweige denn, zu verbessern. Schon deshalb war es logisch und richtig, dieses Gesetz einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen trägt das Mindestlohngesetz zumindest auch ein Stück weit dazu bei, bestehende Lohnungerechtigkeiten zwischen Männern und Frauen zu beseitigen. Hören Sie zu: Der Anteil der Frauen, die jetzt durch das Mindestlohngesetz geschützt werden, liegt bei 2,5 Millionen. Das ist wesentlich höher als bei den Männern. Da geht es um 1,5 Millionen Jobs.

Frau Ministerin Hinz, ich hoffe, dass Sie, wenn Sie wie jedes Jahr den Spargel anstecken, 8,50 € bekommen. Wenn das nicht der Fall ist, melden Sie sich bei mir. Ich helfe Ihnen dann gerne.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen heute noch einmal: Allen Unken- und Kassandrarufen zum Trotz war und bleibt die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns richtig. Die prophezeite Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt ist nicht eingetreten. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist ein deutlicher Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu verzeichnen.

Nun wissen wir alle selbstverständlich, dass 8,50 € besser als 6,50 € sind. Diese 8,50 € sind aber bei Weitem nicht auskömmlich. Deshalb haben wir dies von Anfang an als einen unumgänglichen Einstieg bezeichnet. Anders gesagt: Wir halten das für die unterste Schamgrenze.

Uns allen ist klar, dass der Mindestlohn sukzessive steigen muss. Dafür ist im Gesetz die Mindestlohnkommission vorgesehen. Sie wird über die einzelnen Anpassungen entscheiden.

Ich habe das gerade in dem Dringlichen Entschließungsantrag gelesen. Ich freue mich im Übrigen darüber, dass auch die Fraktionen der CDU und der GRÜNEN jetzt dafür sind, verstärkte Kontrollen durchzuführen.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

Sie sagen auch, dass das gestärkt werden muss. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns haben wir einen ersten wichtigen Schritt getan, um für mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen. Wir dürfen da aber nicht stehen bleiben. Wir müssen diesen Weg weiterhin konsequent gehen, um noch bessere Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Wir müssen weiterhin konsequent für mehr gute Arbeit einstreben. Deshalb muss jetzt im nächsten Schritt der Missbrauch der Leiharbeit und der Werkverträge eingedämmt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen einer weiteren Spaltung des Arbeitsmarkts in prekäre und unsichere Beschäftigung einerseits und in sichere und gut entlohnte Beschäftigung andererseits Einhalt gebieten. Das ist eine unserer wesentlichen sozialpolitischen Herausforderungen.

Als damals die Regelungen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes eingeführt wurden, geschah das in der Absicht, auf die hohe Arbeitslosigkeit zu reagieren und die Betroffenen über den Weg der Leiharbeit wieder verstärkt in dauerhafte Beschäftigung zu bringen. Wir müssen heute feststellen, dass sich die Dinge leider anders entwickelt haben, als es beabsichtigt war. Deshalb unterstützt auch die SPD-Fraktion in diesem Landtag in aller Deutlichkeit und mit großem Nachdruck den Gesetzentwurf der Bundesarbeitsministerin Nahles zur Bekämpfung des Missbrauchs bei der Leiharbeit und bei Zeitverträgen.

(Beifall bei der SPD)

Zweifellos ist unser Land wirtschaftlich gut aufgestellt. Der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes basiert bisher auf gut ausgebildeten und fleißigen Beschäftigten, auf weltweit anerkannten guten Produkten und Dienstleistungen sowie auf einem hohen Maß an sozialem Frieden. Die Erfolge sind das Ergebnis klarer und gerechter Spielregeln für die wirtschaftlichen Prozesse und gute Arbeitsbedingungen in der sozialen Wirtschaft.

Die Pfeiler dieses Erfolgsmodells waren immer die Tarifautonomie, die sozialen Sicherungssysteme und die Mitbestimmung. Dieses Modell war auch immer deshalb erfolgreich, weil die ökonomisch notwendige Flexibilität und die Sicherheit für die Beschäftigten die zwei Seiten derselben Medaille waren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Modell hat leider Risse bekommen. Die Tarifbindung ist dramatisch gesunken. Das wurde vor allem durch die Tarifflicht der Arbeitgeber verursacht. Es gibt einen deutlich angewachsenen Niedriglohnsektor. Es gibt die Zunahme atypischer und prekärer Beschäftigung. Das betrifft z. B. ausufernde Leiharbeit und dubiose Werkverträge.

All diese Entwicklungen gefährden das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft. Wir sollten uns das alles noch einmal genau vor Augen führen. Das gefährdet das Modell der sozialen Marktwirtschaft. Das hat Auswirkungen über die unmittelbar Betroffenen hinaus bis in die Mittelschicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass diese Entwicklung korrigiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Mindestlohn haben wir ein Stoppschild gegen extremes Lohndumping gesetzt. Mit dem Tarifautonomiestärkungsgesetz haben wir die Möglichkeit verbessert, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären. Das verhilft übrigens den Beschäftigten zu besseren Arbeitsbedingungen und den Unternehmen dazu, sich in einen fairen Wettbewerb zu begeben.

Jetzt ist es unsere Aufgabe, aussernden Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zum Lohndumping zu beenden. Dazu haben wir im Berliner Koalitionsvertrag auch eine klare Vereinbarung getroffen. Die muss jetzt umgesetzt werden. Es war mehr als unverständlich und für uns sehr ärgerlich, dass vonseiten der Union gerade dieser Gesetzesentwurf in der Ressortabstimmung blockiert worden ist. Herr Dr. Arnold, ich will Sie an der Stelle ein Stück weit in Schutz nehmen: Es war vornehmlich die CSU.

(Beifall bei der SPD)

Nach zähen Verhandlungen ist es letzte Woche innerhalb der Koalitionsspitzen auf unseren Druck hin gelungen, die Ressortabstimmung freizugeben. Meine Damen und Herren, wir erwarten jetzt, dass das Gesetzgebungsverfahren zügig und ohne weitere Querschüsse – von welcher Seite auch immer – umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Worum geht es bei dieser Gesetzesinitiative? Dazu werfen wir einen Blick auf das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Das Ziel des Gesetzes war und ist es, den Unternehmen insbesondere zur Abdeckung von Auftragsspitzen oder bei vorübergehendem Beschäftigungsausfall Flexibilität zu ermöglichen. Meine Damen und Herren, Ziel war es nie, Leiharbeit dauerhaft und in teilweise hohem Maße einzusetzen, um damit ganze Teile von Stammebelegschaften zu verdrängen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die gut gemeinte Deregulierung leider zu diesen und ähnlichen Folgen geführt hat.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Gut gemeinte Deregulierung?)

Deswegen wollen wir das nicht länger hinnehmen. Ich verzichte jetzt darauf, die Einzelheiten – –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Hat ja auch niemand behauptet!)

– Frau Wissler, Sie können sich jetzt aufregen. Aber wir machen es, nicht Sie – das ist der Unterschied. Wir werden es jetzt ändern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich verzichte an der Stelle darauf, Ihnen die einzelnen Maßnahmen aufzuzählen. Das können Sie im Einzelnen im Gesetzentwurf nachlesen.

(Anhaltende Zurufe der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt trotz des Geschreis von der linken Seite zu dem sogenannten Werkvertragsunwesen. Werkverträge sind aus der heutigen hoch spezialisierten, arbeitsteilig organisierten Betriebs- und

Unternehmenspraxis nicht mehr wegzudenken. Nicht jedes Unternehmen kann die Arbeiten vorhalten, die notwendig sind. Was in den Betrieben nicht vorhanden ist, muss natürlich durch Werkverträge eingekauft werden können. Ich sage das deshalb ganz explizit an dieser Stelle, weil im Laufe der Debatte die Gegenargumente kommen werden: Wir wollen dies auch nicht aushebeln. Es wird auch weiterhin dazu kommen, dass z. B. der EDV-Fachmann, der Heizungsinstallateur oder der Gärtner auf der Basis von Werkverträgen in die Betriebe und die einzelnen Unternehmen geht, um dort seine Gewerke zu verrichten. Das wollen wir an der Stelle gar nicht ändern.

Meine Damen und Herren, eines aber kann nicht funktionieren, nämlich dass Werkverträge verstärkt als Alternative zur Leiharbeit und damit zum Lohndumping eingesetzt werden. Das wollen wir klar und deutlich verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen werden wir auch diesen Bereich klareren Regeln unterwerfen. Auch hierzu verweise ich auf die einzelnen Maßnahmen im Gesetzentwurf.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle eines sehr deutlich: Das ist nicht der einzige Bereich, in dem wir von der Landesregierung klare Unterstützung bei dieser Gesetzesinitiative verlangen. Meine Damen und Herren, wir erwarten von der Landesregierung, dass sie umgehend eine Novellierung des Hessischen Vergabe- und Tariftrueugesetzes in Angriff nimmt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Fraktion hat in diesem Hause bereits zweimal Gesetzesänderungen vorgelegt. In beiden Fällen sind sie von der Regierungsmehrheit abgeschmettert worden, wie zuletzt aus arbeitsmarktpolitischer Sicht. Ich bin meinen Kolleginnen Frau Barth und Frau Waschke, die das vorher gemacht haben, dankbar, dass sie an der Stelle nicht locker lassen. Ich denke, wir werden nachher in einer weiteren Runde noch einiges dazu hören. Meine Damen und Herren, auch in diesem Bereich müssen wir endlich in eigener Zuständigkeit für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Gute Arbeit durchzusetzen bedeutet für uns, nicht nur für faire Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung zu sorgen. Gute Arbeit bedeutet für uns vor allem auch, den Menschen die Sorgen vor dem sozialen Abstieg und der Altersarmut zu nehmen.

Meine Damen und Herren, wir haben hier eine der wichtigsten sozialen und gesellschaftspolitischen Aufgaben zu lösen. Deshalb erwarten wir in diesem Haus auch einen breiten Konsens und eine breite Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Dr. Arnold, CDU-Fraktion.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der SPD hat in ihren beiden Anträgen zu ihrem heutigen Setzpunkt einige wichtige Themen aus

dem Arbeits- und Vergaberecht angesprochen: Mindestlohn, Leiharbeit, Werkverträge, Tariftreue und auch die Kontrolle der Einhaltung der Vorgaben des hessischen Vergabegesetzes.

Herr Decker, in einigen Punkten sind wir sicherlich einer Meinung. Ich will deutlich darauf hinweisen: Wir haben in § 4 des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes eindeutig erklärt, dass wir für die Tariftreue sind. Die ist einzuhalten. Wir haben in § 6 ebenso eindeutig erklärt, dass wir für den Mindestlohn sind. Da gibt es überhaupt keinen Streit.

In Bezug auf das, was Sie zu Leiharbeit und Werkverträgen vorgetragen haben, muss sicherlich in der einen oder anderen Richtung überlegt werden, ob wir hier auf dem richtigen Weg sind oder ob es notwendigerweise Regulierungen geben muss. Wenn ich beispielsweise in einer Veröffentlichung der „Wirtschaftswoche“ lese, dass es in Deutschland einige Fabriken gibt, in denen weniger als 50 % der Beschäftigten in normalen Beschäftigungsverhältnissen eingestellt sind, und dass über 50 % entweder Leiharbeiter oder Werkvertragsnehmer mit deutlich verringerten Lohnkonditionen sind, dann müssen wir uns überlegen, ob wir da die richtige Richtung eingeschlagen haben. Wir haben in Deutschland über eine Million Leiharbeiter und müssen höllisch aufpassen, dass dort das Lohnniveau nicht zu gering wird.

(Norbert Schmitt (SPD): Jawohl!)

Wir sind auch eindeutig der Meinung, dass wir dafür sorgen müssen, dass Lohndumping und auch -betrug auf den hessischen Baustellen verhindert werden müssen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Das ist keine Frage.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Kollege Decker, Ihre Kritik zielt in die falsche Richtung. Ich möchte mich mit Ihnen einmal sehr deutlich darüber unterhalten: Wer ist denn eigentlich dafür verantwortlich? Was mich ärgert, ist die Kritik an unserem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz. Was Sie dazu sagen, ist falsch. Sie sagen beispielsweise in Ihrem Antrag, dass „unklare, schwammige Regelungen im Gesetz“ das Geschäft derjenigen erleichtern, „die auf dem Rücken von Beschäftigten große Gewinne erzielen wollen“. Oder an einer anderen Stelle –

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Meine Damen und Herren, warten Sie einmal ab, bevor Sie klatschen. Wir kommen gleich zum Punkt. – An einer anderen Stelle sagen Sie, auf hessischen Baustellen komme es „immer wieder zu Lohndumping oder gar Lohnbetrug“, weil die Kontrollen nicht ausreichen und das hessische Vergabegesetz keine ausreichenden und klaren Vorgaben mache.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Rüdiger Holschuh und Marius Weiß (SPD))

– Ich sage ganz deutlich: Bevor Sie klatschen, hören Sie doch erst einmal meinen Argumenten zu. – Wir haben mit den §§ 4 und 6 eindeutige Regelungen. In § 9 – das gibt es in keinem anderen Vergabegesetz in den Bundesländern – haben wir eindeutig geregelt, dass jeder öffentliche Auftraggeber bis in die kleinsten Lohnunterlagen hinein nach-

schauen kann, ob hier alles nach Recht und Gesetz erfolgt ist.

Nur: Die Frage der Kontrolle, ob die Mindestlohnregelungen und die Vorgaben bei den Leiharbeitern eingehalten werden, ist nicht Sache des Landes. Das ist Sache der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Herr Kollege Decker, das ist eine Sache Ihrer Parteikollegin Frau Nahles.

(Wolfgang Decker (SPD): Das ist Ihre Parteikollegin! – Unruhe bei der SPD)

Na, hören Sie mir erst einmal zu. Sie können sich gerne melden, wenn Sie eine Frage dazu haben.

(Unruhe bei der SPD – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Es ist eindeutig, dass seit 2004 die Finanzkontrolle Schwarzarbeit eingerichtet worden ist. Dafür ist Frau Nahles zuständig. Es gibt eine sehr gut fundierte, detaillierte Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der GRÜNEN, die viele wertvolle Details dazu einbringt. Herr Decker, ich würde Ihnen empfehlen, dass Sie das mit Ihren Kollegen einmal nachlesen – auch mit denen, die gerade geklatscht haben. Es handelt sich um die Drucks. 18/7525. Darin wird klar gesagt, diese Finanzkontrolle Schwarzarbeit hat die Aufgabe, Folgendes zu kontrollieren: Formen der Schwarzarbeit nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, die branchenspezifischen Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz – das haben Sie erwähnt –, Lohnuntergrenzen nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, die Vorgaben der Lohnuntergrenzen für Leiharbeiter und seit 2015 auch die Mindestlöhne nach dem Mindestlohngesetz.

Herr Decker, also all diese Themen, die Sie hier vortragen – Lohndumping, Lohnbetrug, Schwarzarbeit, Mindestlöhne –, gehören zum Zuständigkeitsbereich von Frau Bundesministerin Nahles. Meine Damen und Herren, das möchte ich an dieser Stelle einmal deutlich betonen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Finanzkontrolle Schwarzarbeit – jetzt komme ich zum wesentlichen Punkt – hat ausweislich der Antwort auf diese Kleine Anfrage der Bundes-GRÜNEN im Jahr 2015 sage und schreibe 6.865 Planstellen zur Verfügung. Davon jedoch waren rund 600 Stellen nicht besetzt. Herr Kollege Decker, das ist der eigentliche Skandal: dass diese Stellen nicht besetzt sind.

Darüber hinaus hat der Bundeshaushaltsgesetzgeber zur Verstärkung der Mindestlohnkontrollen im Bundeshaushalt 2015 die Zollverwaltung mit zusätzlich 1.600 Planstellen verstärkt. Außerdem gibt es einen Haushaltsvermerk, der es zulässt, dass bis zu 155 Stellen mit Überhangpersonal aus Bundesbehörden zu besetzen sind. Daher sage ich ganz deutlich: Summa summarum sind das über 2.300 Stellen, die besetzt werden können und die dafür sorgen, dass diese Kontrollen besser gemacht werden. Lassen Sie uns deswegen einmal gemeinsam an Ministerin Nahles die Aufforderung adressieren: Liebe Frau Nahles, machen Sie endlich Ihren Job, und sorgen Sie dafür, dass diese Kontrollen auch durchgeführt werden.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf der Abg. Sabine Waschke (SPD))

Liebe Frau Kollegin Waschke und in Nachfolge auch Ihre Kollegin Barth: Ich weigere mich weiterhin nachdrücklich, dass wir hier eine Doppelstruktur aufbauen und in Hessen eine von Ihnen möglicherweise geforderte Behörde zur Kontrolle all dieser Dinge einrichten. Das gibt es in keinem anderen Bundesland,

(Sabine Waschke (SPD): In Hamburg! In Bremen!)

bis auf Hamburg. Ich sage aber deutlich: Das ist eine Bundesaufgabe. Wir lassen es nicht zu, dass Sie das einfach wegschlabbern, sondern dafür ist Frau Nahles zuständig, niemand anderes.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Daher sage ich zu einem weiteren Punkt: Wenn Sie eine Reform des Vergabegesetzes fordern, dann stellen Sie doch solche Forderungen, die auch für uns nachvollziehbar sind und die auch uns hier angehen.

Was Ihre Forderung anbelangt, die Tariftreueregelung jetzt zu überprüfen, so weise ich darauf hin: Wir haben in § 21 bestimmt, dass wir in drei Jahren die Auswirkungen der Tariftreueregelung nach § 4 und § 6 überprüfen wollen. Das jetzt, nach knapp 15 Monaten, tun zu wollen, ist sicherlich nicht zielführend. Wir erwarten in drei Jahren eine solche Evaluierung der Landesregierung. Dann werden wir uns sicherlich über die einen oder anderen Dinge unterhalten können, und vielleicht werden wir auch über sinnvolle Nachbesserungen sprechen. Aber im Moment sage ich sehr deutlich: Wir haben ein hervorragendes Hessisches Vergabe- und Tariftreuegesetz. Das lässt alle Möglichkeiten zu, die Dinge zu formulieren. Von dieser Stelle aus fordere ich nochmals deutlich auf: Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Frau Nahles ihrer Aufgabe nachkommt und diese Kontrollen durchführt. Das ist der richtige Weg. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Für eine Kurzintervention hat Herr Kollege Decker das Wort.

Wolfgang Decker (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Arnold, ich bin noch einmal ganz kurz nach vorne gekommen, um bei der Klärung der Zuständigkeiten etwas nachzuhelfen.

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit ist ein Organ der Zollbehörden. Die Zollbehörden aber unterstehen dem Finanzminister und niemand anderem.

(Beifall und Zurufe von der SPD)

Noch ein zweiter Teil. Herr Dr. Arnold, wir tauschen das jetzt in aller Ruhe und Zurückhaltung aus – vielleicht hatten Sie das eben auch nicht richtig auf dem Schirm. Weil Sie eben die Bundesarbeitsministerin Nahles dazu aufgefordert haben, ihre Hausaufgaben zu machen, will ich Ihnen nur berichten: Das hat sie längst getan, und übrigens auch die SPD-Bundestagsfraktion. Denn in den Kooperations- und Koalitionsverhandlungen mit der CDU hat sie

eindringlich darum gebeten, die Personalstärke in diesem Bereich aufzustocken.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Bisher ist es leider an Bundesfinanzminister Schäuble gescheitert, aber nicht an uns.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Wir arbeiten also wechselseitig daran. Sprechen Sie vielleicht auch noch einmal mit Herrn Dr. Schäuble. Vielleicht gelingt uns dann etwas gemeinsam. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Kollege Bocklet, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Günter Rudolph (SPD): Wolfgang, er hat nicht widersprochen! – Norbert Schmitt (SPD): Das war ein doppelter Rittberger ins Wasser!)

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht.

(Michael Boddenberg (CDU): Gut!)

– Gut? Danke, Herr Boddenberg. – Herr Boddenberg, vielleicht geht es Ihnen ähnlich wie mir. Ich habe nämlich den Eindruck, wenn eine Koalition gut arbeitet, dann unterhält man sich über die unterschiedlichen Auffassungen nicht öffentlich, über das Pult, sondern dann würde man als Bundesregierung tatsächlich einmal darüber nachdenken, wie der Finanzminister mit der zuständigen Arbeitsministerin zu einer guten Lösung kommen kann.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guter Vorschlag! – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege, das ist die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland. Herr Gremmels, ich weiß nicht, ob das für Sie überraschend ist, aber die Bundesregierung wird von SPD und CDU gestellt. Ich glaube, das Spiel „Wir sind die Guten – das sind die Bösen“ funktioniert nicht. Die Bundesregierung trägt die Verantwortung für all das, was Dr. Arnold hier vorgetragen hat, nämlich dass die Kontrollen um die Hälfte abgenommen haben. Das genau ist der Skandal, den es zu beschreiben gilt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Dr. Arnold hat zu Recht beschrieben, dass meine Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage gestellt hat. Wenn man den Vergleich von 2014 zu 2015 sieht – ich wiederhole das für alle, gerade für Herrn Kollegen Decker –, wenn die Kontrollen um die Hälfte abgenommen haben, dann können wir sicherlich mit Fug und Recht von einem unhaltbaren Zustand sprechen.

(Sabine Waschke (SPD): Und wer ist dafür verantwortlich?)

Da können Sie nicht sagen: Wir haben mit dieser Bundesregierung nichts zu tun.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Es tut mir leid. Das funktioniert einfach nicht – nur, weil Sie hier im Hessischen Landtag billig punkten wollen. So läuft das nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wenn 600 Stellen unbesetzt sind und die nächsten 1.600 Stellen erst im Jahr 2017 geschaffen werden sollen, wie das aus der Antwort auf die Anfrage hervorgeht, dann ist auch das kein Ruhmesblatt für diese Bundesregierung.

(Beifall der Abg. Angela Dorn und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

So, Herr Kollege Decker, wenn das aber kein Ruhmesblatt ist, dann würde ich doch hier mit einem bisschen mehr Augenmaß auftreten.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Herr Kollege Decker, in einem Ideenwettbewerb kann man sicherlich sagen: Wir hätten da einmal eine Idee, weil die Bundesregierung, bei der wir mitregieren, das nicht auf die Reihe bekommt.

(Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Ich gebe Antwort. Du hast doch die Möglichkeit, in zweiter Runde noch einmal zu reden. Weil die Bundeszollbehörden und die Bundesregierung – –

(Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

– Vielleicht hört ihr jetzt einfach einmal einen Satz lang zu. Dann können wir in einen Dialog treten.

Wie wir eben festgestellt haben, ist es Fakt, dass die Bundeszollverwaltung die Kontrollen halbiert hat. Fakt ist, dass die Stellen unterbesetzt sind. Fakt ist, dass die neuen Stellen erst im nächsten Jahr kommen. Dafür trägt die Bundesregierung die Verantwortung.

Wenn dem so ist, dann wäre ich in der Tat etwas verhaltener mit dem: „Ich hätte da einmal eine Idee – Hessen könnte da auch noch eine Struktur schaffen.“ Das ist genau der Punkt, den wir kritisieren. Wenn für die Kontrollen dieser Baustellen die Bundeszollverwaltung zuständig ist und dort die Missstände herrschen, dann kann man natürlich nicht sagen: „Haltet den Dieb – Hessen muss jetzt unglaublich viel aktiver werden.“

Herr Kollege Arnold, deswegen gebe ich Ihnen recht: Das wären in der Tat Doppelstrukturen, die nicht sinnvoll sind. Deswegen trifft das genau das Thema.

Ich würde mir wünschen, wir hätten eine gemeinsame Initiative, die auf die Bundesebene zielt und sagt: „Lieber Finanzminister, liebe Arbeitsministerin, liebe Bundesregierung, schafft doch endlich solche Strukturen, damit wirklich noch häufiger kontrolliert werden kann.“ Denn darin sind wir uns doch einig: Viele Baustellen arbeiten illegal oder mit unhaltbaren Zuständen. Die müssen besser kontrolliert werden. Darin sind wir uns einig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

An diesem strittigen Punkt müssen wir tatsächlich den wahren Verantwortlichen benennen. Das haben Sie sehr gut herausgearbeitet. Ich bin auch gar nicht eifersüchtig darauf, dass Sie unsere grüne Bundestagsfraktion zitiert haben; denn wenn die GRÜNEN im Bundestag etwas Gutes machen, dann soll man das auch so benennen. Das ist in

diesem Fall gelungen. Es wurde sehr klar herausgearbeitet, wo die Verantwortlichkeiten eigentlich liegen.

Herr Kollege Decker, bei diesem Tagesordnungspunkt haben Sie drei verschiedene Themen angesprochen – nämlich noch die Themen Leiharbeit und Mindestlohn. Darüber haben wir schon mehrfach gesprochen. Wir fanden, das Mindestlohngesetz auf Bundesebene war überfällig. Spätestens bei der Hartz-Gesetzgebung wurde klar, dass ohne einen Mindestlohn dem Tür und Tor geöffnet war, dass Arbeitnehmer unter alle Lohnniveaus gerieten und der Staat sie dann mit öffentlichen Mitteln bezuschusst. Das war uns schon vor zehn Jahren klar. Wir sind sehr glücklich darüber, dass das Mindestlohngesetz eingeführt wurde. Ich glaube, das ist ein richtiger Schritt. Ich teile auch die Auffassung, dass dieser Mindestlohn schrittweise angepasst werden muss: Genauso, wie sich die Lohn- und Preisentwicklung in der Bundesrepublik gestaltet, gilt es dann natürlich auch, das untere Niveau anzuheben.

Drittens. Auch richtig ist das Thema Leiharbeit. Herr Dr. Arnold, ich glaube, ohne dabei jemanden zu beschämen, kann man sagen, dass sich hier in den letzten Jahren im Bewusstsein vieles verändert hat. Wir haben gesagt, Leiharbeit muss dazu da sein, Spitzen abzudecken und Notlagen abzufedern. Man muss sie flexibel nutzen können, wenn eine unternehmerische Herausforderung ansteht.

Viele Studien sprechen aber dafür, dass viele Stammebeschäftigten zu 20 bis 50 % durch Leiharbeiter ersetzt werden. Das ist total destruktiv, und dagegen müssen wir vorgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vor zehn Jahren, selbst vor fünf Jahren haben wir über Mindestlöhne und Leiharbeit noch anders diskutiert. Ich bin gespannt auf die Positionierung der FDP-Fraktion. Ich bin gespannt darauf, wo Sie heute stehen. Es hat sich gezeigt – das war gut belegbar –, dass wir sowohl die Gesetzgebung betreffend Leiharbeit verbessern als auch die Kontrollen verstärken müssen. Das zeigt sich immer wieder daran, was auf Baustellen an Fällen aufplopt. Da herrschen zum Teil ganz untragbare Zustände. Auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, insbesondere aus dem osteuropäischen Raum, wird versucht, billigst zu produzieren, zu bauen. Dem müssen wir natürlich einen Riegel vorschieben. Das haben wir klargemacht, und dazu stehen wir auch.

Es gibt in den §§ 4, 6 und 9 Hessisches Vergabe- und Tariftrueugesetz hinreichende Regelungen dazu, wie kontrolliert wird, und dazu, dass die öffentlichen Auftraggeber auch dazu da sind, die Einhaltung der Bestimmungen zu kontrollieren. Unternehmen, die dagegen verstoßen, riskieren, aus der Vergabe öffentlicher Aufträge zu fliegen. Ich denke, wir haben richtig gehandelt, als wir dieses Gesetz im letzten Jahr in Hessen in Kraft treten ließen.

Wir haben mit der Förderung der DGB-Beratungsstelle „Faire Mobilität“ eine weitere Möglichkeit geschaffen, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst melden und auf Missstände in ihrem Betrieb hinweisen können. Wir haben diese Beratungsstelle vor einem Jahr besucht. Dort hört man von menschlichen Tragödien, die sich in manchen Betrieben abspielen. Man hört von Löhnen, die nicht gezahlt werden, von Massenunterkünften, die hochpreisig vermietet werden. Die DGB-Beratungsstelle „Faire Mobilität“ berät außerordentlich erfolgreich und außerordentlich gut. Jeder Cent, den wir dort investiert haben, hilft

den Menschen vor Ort, und unsere Initiative zeigt auch, dass wir entrechteten Menschen zu ihrem Recht verhelfen wollen.

Zusammenfassend möchte ich Folgendes sagen. Die Einführung eines Mindestlohns war richtig. Die Bestimmungen zur Leiharbeit müssen verbessert werden. Bei den Kontrollen muss der Bund endlich in die Gänge kommen. Herr Kollege Decker, ich wünsche mir, dass Sie mit Ihrer Bundespartei, die an der Bundesregierung beteiligt ist, energischer reden als bisher; denn es müssen tatsächlich mehr Kontrollen stattfinden, es müssen zügig Stellen zu diesem Zweck geschaffen werden. Hier hat die Bundesregierung große Versäumnisse zu verantworten. Solange diese Versäumnisse nicht behoben sind, macht es überhaupt keinen Sinn, mit dem Finger auf die Landesregierung zu zeigen. Das ist ein billiges und durchschaubares Manöver.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Rock, FDP-Fraktion.

René Rock (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach langer Zeit wieder einmal das Thema Mindestlohn hier im Plenum. Man hat den Eindruck, dass die Union über dieses Thema nicht so richtig diskutieren will, weil sie sich in Ausflüchten und Schuldzuweisungen ergeht. Die Schuldzuweisungen treffen auch noch die eigene Bundesregierung. Sie geben hier das Bild ab, dass man auch in den Medien verfolgen kann. Wenn die Union kein Interesse mehr daran hat, mit der SPD in der Bundesregierung zusammenzuarbeiten, dann sollte die Union die Zusammenarbeit endlich beenden und zu den GRÜNEN gehen, wie Sie das auch hier im Land getan haben. Das können Sie auch in Berlin machen. Vielleicht wäre die Union in Berlin dann glücklich. Aber das, was Sie hier darbieten, ist eher Politik zum Abgewöhnen.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Arnold, dass Sie hier am Pult einmal zum Mindestlohn reden und keine Äußerung dazu tätigen würden, was dieser für die Wirtschaft bedeutet, hat mich schon sehr verwundert. Als Sie ans Pult getreten sind, dachte ich, dass Sie eine differenzierte Sicht auf die Auswirkungen und auf die Risiken anstellen würden, die mit einem Mindestlohn einhergehen. Das war aber absolut nicht der Fall. Ich denke, Sie sollten sich an Ihre wirtschaftlichen Kompetenzen erinnern, die Sie sicherlich haben und die Sie wieder öffentlich vertreten sollten. Sie sollten sie hier nicht wegnuscheln, sondern deutlich sagen, wo die Probleme mit dem Mindestlohn liegen.

(Beifall bei der FDP)

Da dies bisher keiner gemacht hat, werde ich diesen Part übernehmen. Die Argumente, die ich hier anführen werde, sind nicht verwunderlich. Als Erstes möchte ich klarmachen, dass auch die Freien Demokraten ganz selbstverständlich der Meinung sind, dass die Menschen, die in diesem Land arbeiten, vernünftig bezahlt werden sollen. Selbstverständlich erkennen wir die Probleme, die von Herrn Decker benannt worden sind. Selbstverständlich er-

kennen wir auch die Schwierigkeit, die damit verbunden ist, dass die Tarifbindung in diesem Lande nachlässt, und selbstverständlich wissen auch wir, dass es zu Missständen und Missbräuchen kommt.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber? Lassen wir alles, wie es ist? Schön, dass wir darüber geredet haben!)

Man muss sich die Frage stellen, welche Instrumente man wählt, um dem entgegenzuwirken. Es ist ja nicht so, dass die Freien Demokraten grundsätzlich gegen Mindestlöhne wären. Der erste Mindestlohn im Bauhauptgewerbe ist von einer schwarz-gelben Bundesregierung eingeführt worden. Schon damals wurde über das Thema gestritten, wie dieser Mindestlohn im Bauhauptgewerbe durchgesetzt wird und welche Probleme das Bauhauptgewerbe mit einem Mindestlohn hat; aber es waren nicht die GRÜNEN, nicht die LINKEN und auch nicht die SPD, die diesen Mindestlohn eingeführt haben, sondern es waren die CDU und die FDP. Wenn Probleme vorhanden sind, muss man sich denen nämlich stellen, um vernünftige Lösungen zu finden.

Wir Freien Demokraten haben ein Problem mit einem allgemein verbindlichen, politischen gesetzten Mindestlohn.

(Beifall bei der FDP)

Einen politisch gesetzten Mindestlohn wollten die Väter und Mütter des Grundgesetzes mit großer Überzeugung nicht. Sie haben vielmehr die Vertragsfreiheit gewählt. Sie wollten starke Tarifpartner. Diese starken Tarifpartner sind einer der Bestandteile des Erfolgsmodells soziale Marktwirtschaft in Deutschland. Dass die Väter und Mütter des Grundgesetzes keinen Mindestlohn einführen wollten, hatte einen Grund, und der lag in der politischen Erfahrung, die dieses Land zuvor mit politisch gesetzten Löhnen gemacht hatte. Diese Erfahrungen hatte auch die Union vor wenigen Jahren noch nicht vergessen.

Von daher gesehen, glaube ich schon, dass man sich über die Entwicklung des Mindestlohns und über das, was wir jetzt mit politisch gesetzten Löhnen erleben, auseinandersetzen muss. Jeder, der in diesem Bereich tätig ist, hört tagtäglich, dass 8,50 € viel zu wenig sind, dass man einen Mindestlohn von 10, 12 oder 15 € in Deutschland bräuchte. Diese Debatte ist schon eröffnet. Ich gebe mich auch nicht der Illusion hin, dass es die Freien Demokraten schaffen, einen allgemeinen, politisch gesetzten Mindestlohn wieder abzuschaffen; denn Sie von der CDU, der SPD und den GRÜNEN haben es geschafft, diesen Mindestlohn dauerhaft in Deutschland einzurichten. Das ist Ihr „Verdienst“, und dafür müssen Sie sich verantworten.

(Beifall bei der FDP)

Herr Decker, ich erinnere mich an die Reden, die Sie hier gehalten haben – Sie haben dafür viel Unterstützung bekommen –, in denen Sie gesagt haben: Wenn der Mindestlohn in Deutschland erst einmal eingeführt ist, dann ist der Höhepunkt des Sozialstaats erreicht, dann sind alle Verwerfungen behoben, dann ist alles gut in Deutschland, dann ist soziale Gerechtigkeit in Deutschland eingekehrt. – Das konnte man vernehmen, wenn Sie und Ihre Freunde von den GRÜNEN und den LINKEN gesprochen haben.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Wir wissen, dass sehr viele Länder auf der Welt einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt haben – vor allem Länder, die kein Sozialstaat sind. Gerade die Länder, in denen

es keine soziale Absicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt, haben gesetzliche Mindestlöhne eingeführt, um Ausbeutung zu verhindern.

(Norbert Schmitt (SPD): Zum Beispiel in der Schweiz!)

Es gibt wenige Länder, die keinen Mindestlohn haben, und diese wenigen Länder in Europa zeichnen sich durch eine hohe Tarifbindung und dadurch aus, dass sie sehr ausgeprägte Sozialstaaten sind.

(Beifall bei der FDP)

Deutschland ist ein ausgeprägter Sozialstaat, der ein Mindesteinkommen für jede Bürgerin und jeden Bürger sicherstellt. Darum ist der Mindestlohn keine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern eine Frage der Organisation des Arbeitsmarktes. Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich dadurch ausgezeichnet – dafür haben wir uns immer gern auf die Schulter geklopft –, dass er einer der erfolgreichsten, einer der dynamischsten in Europa ist. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern haben wir auf dem Arbeitsmarkt keine Probleme in dem Maße, wie sie Frankreich, Spanien oder Italien haben.

Das ist eine Folge – anscheinend haben das fast alle verdrängt – der Hartz-Reformen, der Erfolg einer rot-grünen Bundesregierung und einer schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat, die das mitgetragen hat, also der Erfolg einer deutschlandweiten Koalition. In einer schwierigen wirtschaftlichen Situation hat man sich zu Reformen am Arbeitsmarkt entschlossen. Das war eines der Erfolgsmodelle in diesem Land. Die demokratischen Parteien haben in einer schweren Wirtschaftskrise wichtige Entscheidungen getroffen. Jetzt, wo eine Große Koalition in Berlin regiert, werden die Flexibilität und die Durchlässigkeit am Arbeitsmarkt Stück für Stück zurückgenommen. Einer dieser Schritte war die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

(Beifall bei der FDP)

Man kann es in den Plenarprotokollen des Hessischen Landtags nachlesen: Die Reform von Gerhard Schröder zurückzudrehen ist genau Ihr Ziel. Eines der Mittel dazu ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns.

Jeder, der sich ein bisschen mit Betriebswirtschaft auskennt, weiß, dass der gesetzliche Mindestlohn keine Auswirkungen hat, wenn er unter dem Marktlohn liegt. Liegt er über dem Lohn, den der Markt zu zahlen bereit ist, hat er eine negative Auswirkung auf die Beschäftigung. Das ist so einfach und so logisch, dass es jedem, der sich nur kurz damit beschäftigt hat – sicherlich auch Herrn Arnold –, bekannt ist.

Da wir uns für einen niedrigen Mindestlohn entschieden haben, sind die Auswirkungen natürlich nicht so groß, wie wenn dieser Mindestlohn nach jeder Bundestagswahl um 2, 3 oder 4 € erhöht werden würde. Das ist ein Stück weit wie beim Getreidepreis im alten Rom: Es ist eine Schraube für Populisten – eine Möglichkeit für populistische Parteien, sich auf Kosten der Chancen der Menschen in unserem Land gute Wahlergebnisse zu erkaufen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich möchte das wunderbare Bild, das Sie gezeichnet haben, an der einen oder anderen Stelle hinterfragen. Wie eine Monstranz haben Sie hier immer die Aussage vor sich her-

getragen: Wenn der Mindestlohn kommt, wird es weniger Aufstocker geben. – Die Bundesagentur für Arbeit hat festgestellt, dass genau das nicht eingetreten ist. Die Zahl der Aufstocker hat sich nicht verringert, sondern ist sogar wieder leicht gestiegen. Hier gibt es also keinerlei Effekte.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben festgestellt, dass die Auswirkungen auf die Minijobs absolut negativ sind. Das wollen Sie wahrscheinlich. Weniger Minijobs, negative Auswirkungen – das ist aber auch eine Frage der flexiblen Instrumente.

Eine Studie der Johannes-Kepler-Universität kommt zu dem klaren Ergebnis, dass der Mindestlohn zu deutlich mehr Schwarzarbeit führt. Dazu gibt es noch verschiedene andere Studien. Sie haben also die Zunahme von Schwarzarbeit verursacht.

Jetzt kommen wir – darüber haben wir hier schon etwas gehört – zu dem Thema Bürokratie. Frau Nahles hat an der einen oder anderen Stelle wahrscheinlich gute Vorsätze. Aber all das, was Frau Nahles im Rahmen der Bundesregierung auf den Weg bringt, trägt die Union mit. Sie haben also die gleiche Verantwortung. Das, was Sie dort auf den Weg gebracht haben, bedeutet mehr Bürokratie: mehr Bürokratie für die Unternehmen und mehr Bürokratie für die Bürgerinnen und Bürger. Bürokratie aber kostet Geld und Zeit und beeinträchtigt auch die Lebenschancen unserer Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP)

Herr Boddenberg sitzt hier vorne. „Mindestlohn-Bürokratie überfordert kleine Familienbetriebe in der Fleischwirtschaft“ – darüber könnte ich jetzt ein ausführliches Referat halten. Herr Boddenberg, Sie würden mir sicherlich interessiert zuhören und mir in den meisten Punkten wahrscheinlich sogar zustimmen.

Liebe Freunde, zum Abschluss meiner Rede möchte ich noch einmal deutlich machen: Die Bürokratie ist ein wichtiges Thema. Die Mitglieder aller Parteien führen diesen Begriff im Munde. Jeder sagt, die Bürokratie muss abgebaut oder wenigstens vermindert werden. Wir alle wissen aber, eine einmal eingeführte Bürokratie ist in der Regel nie mehr zu vermindern oder nie mehr abzuschaffen. Was Sie dort auf den Weg gebracht haben, ist sozusagen der Worst Case – das Schlimmste, was man sich vorstellen kann.

Selbst die Bundeskanzlerin – man sagt, für Frau Merkel sei ein Stück weit die Kanzlerdämmerung angebrochen – hat hier einmal etwas Ernsthaftes gesagt. Sie möchte „gegebenfalls Bürokratie wegnehmen“. Es wurde auch gesagt, dass an diesem Gesetz nachgearbeitet werden soll. Die Bundeskanzlerin war Zeugin dieser Aussage.

Die Bürokratie, die Sie mit dem Mindestlohn und weiteren Reglementierungen auf dem Arbeitsmarkt noch schaffen wollen, ist schädlich für Deutschland. Sie beeinträchtigt die Lebenschancen und die Möglichkeiten von Menschen, die sich um ihren Arbeitsplatz sorgen. Beenden Sie diese Politik, und kehren Sie zu der Politik von Herrn Schröder und seiner Koalition zurück. Beseitigen Sie das Bürokratiemonster, das Sie geschaffen haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Kollegin Wissler, Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit über einem Jahr gilt endlich ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland. Ich stelle fest, dass sich bisher kein einziges der vielen Horrorszenarien, die vorher als Argumente gegen den Mindestlohn angeführt wurden, bestätigt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, viele Menschen profitieren heute vom Mindestlohn. Allerdings könnten noch viel mehr von ihm profitieren, wenn der Mindestlohn besser ausgestaltet wäre und ohne diese unseligen Ausnahmen auskäme. Dass Langzeiterwerbslose zu einem Lohn unterhalb des Mindestlohns eingestellt werden können, macht diese praktisch zu Arbeitnehmern zweiter Klasse, und es werden damit die Bemühungen unterlaufen, das gesamte Lohnniveau anzuheben.

Ich denke, dem ständigen Druck aus der Wirtschaft, neue Ausnahmen zu schaffen, z. B. für Geflüchtete, muss deutlich widersprochen werden. DIE LINKE lehnt jegliche Ausnahme vom Mindestlohn strikt ab. Der Mindestlohn muss für alle Menschen gelten.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber der Mindestlohn ist nicht nur löchrig wie ein Schweizer Käse, sondern er wird auch unzureichend kontrolliert. Der Zoll als zuständige Kontrollbehörde ist unzureichend ausgestattet, und die überfällige Personalaufstockung wird von der Bundesregierung immer wieder aufgeschoben. Laut DGB sind die Kontrollen sogar rückläufig. Ich finde, das grenzt schon an eine mutwillige Sabotage des Mindestlohns. Dass Stimmen aus der Union, aber auch aus der FDP immer wieder die weitere Aufweichung der Dokumentationspflichten seitens der Arbeitgeber fordern, passt genau dazu.

Aber auch über die Höhe des Mindestlohns müssen wir reden. Es macht die Umgehungsversuche besonders dreist, dass der Mindestlohn als absolute Untergrenze immer noch ein Niedriglohn ist. Wer von denen, die den Mindestlohn ablehnen – das frage ich speziell auch an die FDP gerichtet –, wäre bereit, für 8,50 € pro Stunde zu arbeiten? Wer wäre bereit, jeden Morgen für ein Leben auf Sozialhilfeniveau aufzustehen? Wer wäre bereit, den Kindern zu erklären, dass ein Kinobesuch, Eis essen oder gar ein Urlaub ein Luxus ist, den man sich nicht leisten kann?

Ich finde, wir sollten uns einmal in die Lage von jemandem versetzen, der Vollzeit arbeitet und trotzdem aufstocken muss. Wenn Arbeit so wenig wert ist wie Dreck, nimmt das den Menschen nicht nur die materielle Grundlage, sondern auch die Würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine sinnvolle Untergrenze wäre ein Mindestlohn von 10 €; denn diese 10 € pro Stunde braucht man mindestens, um nach 45 Jahren Vollzeitarbeit eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten. Das setzt eine Erwerbsbiografie voraus, die viele Menschen überhaupt nicht mehr haben. Die Antwort auf eine Kleine Anfrage unserer Bundestagsfraktion hat gerade ergeben, dass heute nahezu jeder

vierte Beschäftigte unter 25 Jahren ausschließlich geringfügig beschäftigt ist.

Niedriglöhne stehen in direktem Zusammenhang mit der zunehmenden Altersarmut. Schon heute liegen die gesetzlichen Renten in Hessen im Durchschnitt nur bei etwas über 750 €; bei Frauen sind es noch deutlich weniger. Viele Menschen können nicht mehr von ihrer Rente leben. Sie sind oft gezwungen, bis ins hohe Alter zu arbeiten, um nicht völlig in die Armut abzurutschen.

Die SPD versucht jetzt natürlich, die Symptome zu lindern, und gebiert Konzepte wie die „Lebensleistungsrente“, von der aber nur einige wenige Jahrgänge unter ganz bestimmten Umständen profitieren. Dabei haben Sie – das muss man deutlich machen – die Probleme mit der Altersarmut selbst mit verursacht. Es waren die Demontage der gesetzlichen Rente zugunsten der Privatversicherungswirtschaft und die Absenkung des Rentenniveaus, die seinerzeit eine rot-grüne Bundesregierung beschlossen hat. Erst wurde die Riester-Rente eingeführt, und dann kam das sogenannte Nachhaltigkeitsgesetz – was für ein absurder Name –, mit dem das Rentenniveau schrittweise sinkt. Dann hat die Große Koalition zusätzlich die Rente ab 67 durchgesetzt, also eine weitere Rentenkürzung.

Deshalb: Wer die Altersarmut bekämpfen und dafür sorgen will, dass Menschen im Alter in Würde leben können, muss sich erstens für höhere Löhne einsetzen und zweitens dafür, dass die unseligen Rentenreformen der letzten Jahre zurückgenommen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Da die SPD-Fraktion diesen Antrag nun einmal eingebracht hat: Leider war es eine rot-grüne Bundesregierung, die die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, die Sie mit Ihrem Antrag wiederherstellen wollen, beseitigt hat.

Herr Decker, Sie haben vorhin von einer „gut gemeinten Deregulierung“ gesprochen, die quasi schiefgegangen sei. Aber prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne waren doch kein Versehen und kein Kollateralschaden der Agenda 2010, sondern ihr integraler Bestandteil. Gerhard Schröder hat damals in seiner Agenda-2010-Rede gesagt: „Wir wollen einen Niedriglohnsektor schaffen.“ Es war also das erklärte Ziel, einen solchen Niedriglohnsektor zu schaffen.

Deshalb: Wer über Armut und Niedriglöhne spricht, darf über die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze nicht schweigen; denn sie haben das Lohnniveau massiv gedrückt.

Das war eben auch genau das Ziel dieser sogenannten Reformen. So ist der Mindestlohn jetzt vor allem eine Linderung der Folgen der Deregulierung des Arbeitsmarktes. Hartz I bis IV waren Angriffe auf das sogenannte Normalarbeitsverhältnis, von dem man einigermaßen vernünftig leben konnte: die Liberalisierung der Leiharbeit durch Hartz I, die Einführung der Minijobs durch Hartz II und natürlich Hartz IV, das niedrige Regelsätze bedeutet, von denen die Menschen nicht leben können, und wegen der Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln den Zwang, quasi jeden Job annehmen zu müssen.

(Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben hier die Situation, dass, wer in Hartz IV rutscht und in einem eigenen Haus oder in einer eigenen Wohnung lebt, nur dann Arbeitslosengeld II bekommt, wenn der Wohnraum nicht zu groß ist. Sonst muss das Eigenheim in der Regel verkauft werden. Das ist so absurd, wenn den

Menschen zuerst erzählt wird, sie sollten privat für das Alter vorsorgen – und dann, wenn sie arbeitslos werden, müssen sie ihre gesamte Altersversorgung erst wieder auflösen, um überhaupt Arbeitslosengeld II zu bekommen. Das, was dort gemacht wird, ist doch ein Irrsinn. Das muss man doch auch einmal so deutlich sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Angst der Beschäftigten vor Hartz IV wirkt sich natürlich auch auf die Kampfkraft der Gewerkschaften aus. Das hat mit dafür gesorgt, dass die Reallöhne in Deutschland in den letzten Jahren gesunken sind. Und es ist eben nicht so, dass man das alles nicht hätte wissen und absehen können, was dort passiert ist. Genau vor den Folgen, die heute beklagt werden, haben damals die Gewerkschaften, aber auch die LINKEN schon gewarnt. Genau vor dem, was Sie, Herr Decker, jetzt, als ungeahnte Folgen darstellen, die man nicht hätte kennen können, wurde ausdrücklich gewarnt. Der DGB warnte angesichts der Hartz-Gesetze vor „erheblichen gesellschaftlichen Verwerfungen“. Zur Bundestagsanhörung zu Hartz IV warnte der DGB unter anderem: „Arbeit um jeden Preis führt zu Dequalifizierungs- und Verdrängungseffekten, nicht jedoch zum Aufbau zusätzlicher Beschäftigung“.

(Beifall bei der LINKEN)

Das alles war absehbar. Deswegen bin ich der Meinung, dass die hessische SPD glaubwürdiger wäre in ihrem Kampf für gute Arbeit, wenn sie einräumen würde, dass die Hartz-Reformen einfach ein schwerer Fehler waren, statt letztlich kleine, aber mit großem Aufheben beworbene Symptomkorrekturen zu betreiben.

Wenn Sie jetzt versuchen, ein Gesetz zur Herstellung der Ordnung bei Leiharbeit und Werkverträgen gegen den Willen der CSU durchzusetzen, dann ist das auch nur ein kleiner Schritt zurück im Vergleich zur vorherigen Deregulierung im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung. Aber allein der Name ist schon vielsagend: Ordnung bei der Leiharbeit. Leiharbeit verdammt Betroffene zu einem Leben auf niedrigstem Einkommensniveau, zu ständiger Unsicherheit, ist gleichbedeutend mit Prekarisierung, völliger Unsicherheit der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Deshalb muss sie dringend zurückgedrängt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Referentenentwurf, über den wir hier reden, liegt seit Monaten auf Eis. Er wurde auch jetzt schon von den Gewerkschaften als absolut unzureichend kritisiert. Nun reden wir jetzt hier in erster Linie über Bundesregelungen. Aber ich will natürlich auch sagen, dass auch diese Landesregierung mehr für gute Arbeit tun könnte. Dazu gehört vor allem, dass wir ein Vergabe- und Tarifreuegesetz brauchen, das den Namen verdient, und vor allem wirksame Kontrollen, damit das nicht unterlaufen werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, um prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse zu bekämpfen, brauchen wir einen stärker regulierten Arbeitsmarkt. Sachgrundlose Befristungen müssen ebenso verboten werden wie die Leiharbeit. Das unbefristete Arbeitsverhältnis muss wieder die Regel werden – mit einem Lohn, von dem man heute und im Alter gut leben kann. Deshalb, das will ich an dieser Stelle auch sagen, unterstützen wir die Forderungen der Gewerkschaften in den anstehenden Tarifrunden.

Die IG Metall fordert 5 % mehr Lohn. Ich finde, angesichts der hohen Gewinne vieler Unternehmen in der Metall- und Elektroindustrie ist das Angebot der Arbeitgeber von nicht einmal 1 % eine Frechheit. Deshalb unterstützen wir auch die IG Metall und ihre Forderungen in dieser Tarifrunde.

(Beifall bei der LINKEN)

Ver.di und GEW fordern für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen 6 % mehr Lohn. Da geht es auch um die Frage der Wertschätzung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Sozial- und Erziehungsdienst, in der Pflege, in den Krankenhäusern, wo ver.di demnächst zu Warnstreiks aufruft. Ich finde, das Argument, es sei kein Geld da, kann an dieser Stelle einfach nicht gelten. Denn wir haben gerade einen Haushaltsüberschuss von 12 Milliarden € im Bund. Bei den klammen Kommunen ist das Geld auch nicht weg. Es ist woanders. Das ist systematisch umverteilt worden. Deshalb finde ich, dass endlich Reiche und Vermögende zur Kasse gebeten werden müssen, damit die Krankenschwester oder der Erzieher einen vernünftigen Lohn hat und keine Angst vor Altersarmut haben muss.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Wissler, es ist keine Zeit mehr. Die Zeit ist weg. Ich würde Sie bitten, langsam zum Schluss zu kommen.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Vielen Dank, das mache ich. – Ein letzter Satz: Ich denke, gute Löhne für solche Menschen, die so einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten, müssen drin sein. Wenn die höchsten Vermögen in diesem Land jährlich um 8 bis 10 % steigen, dann kann man nicht sagen, dass die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften maßlos sind. Deshalb wünschen wir den Gewerkschaften viel Erfolg in den anstehenden Tarifrunden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Schon mal etwas von Tarifautonomie gehört? – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Das Wort hat der Wirtschaftsminister, Staatsminister Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es scheint so zu sein, als sei aus einer ursprünglich vor allem über die Frage, was wir mit unseren hessischen Gesetzen erreicht haben, angekündigten Debatte hier eine allgemeine Debatte über Grundsätze des Mindestlohns, der Wirtschaftspolitik, der Hartz-Gesetze usw. entstanden.

(Zuruf von der FDP: Jetzt passt die Rede nicht mehr!)

Ich kann auch einiges dazu beitragen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Doch, ich habe den Antrag gelesen. Aber ich will an dieser Stelle ausdrücklich sagen und vielleicht einmal verbindend feststellen: Seien wir doch froh, dass die Einführung des Mindestlohns die befürchteten negativen Auswirkungen, die manche vorher befürchtet hatten, nicht hatte. Seien wir doch froh.

(Florian Rentsch (FDP): Und wie ist es mit dem Zeitablauf?)

Nehmen wir das auch zur Kenntnis. Ich finde, dass es eine gute Nachricht ist, dass wir einen Mindestlohn in Deutschland seit 1. Januar 2015 haben und dass wir da keine negativen Auswirkungen hatten, sondern unterm Strich so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie noch nie, weniger Minijobs, aber eben keinen Verlust an Arbeit, sondern unter dem Strich auch ein Plus an geleisteten Arbeitsstunden. Freuen wir uns doch einfach einmal auch über diese Tatsache.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zweitens Folgendes hinzufügen: Ganz so einfach ist es natürlich nicht, Frau Kollegin Wissler, wenn man zurückschaut. Zur Wahrheit gehört auch, dass es auch Leute gab, die sich schon bei der Erarbeitung der Agenda 2010 Gedanken gemacht haben, ob man nicht gleichzeitig einen Mindestlohn einführen muss. Damals waren es mit die Gewerkschaften, die das verhindert haben. Ver.di war immer dafür.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Nahrung-Genuss-Gaststätten war es auch. Aber IG Metall und IG Chemie waren strikt dagegen, weil sie Angst um die Tarifautonomie hatten. Das ist einer der Gründe, warum der Mindestlohn damals nicht gekommen ist. Diesen Fehler haben wir jetzt nachträglich korrigiert.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gehört zur Wahrheit eben auch dazu. Und zur Wahrheit gehört auch, wenn man sozusagen an dieser Stelle recht hatte, dass die sonstigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen, die Sie so äußern, nicht immer das Gelbe vom Ei sind. Sie werden ja in Frankreich seit ein paar Jahren jetzt durchgesetzt. Das Ergebnis ist nicht gerade überzeugend, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sprechen also darüber, dass wir einen Mindestlohn haben und dass wir froh darüber sind, dass wir ihn haben. Wir sind auch froh, dass er keine negativen, sondern eher positive Auswirkungen hatte.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Nur wenn er höher wäre!)

– An dieser Stelle danke für den Zwischenruf, Herr Kollege Schaus. – Sie müssen jetzt aufpassen, dass Sie das, was die FDP sozusagen immer noch vor sich herträgt, weil sie die positiven Auswirkungen gar nicht sehen wollen, nachträglich nicht noch legitimieren. Wir dürfen keinen Lohn haben, bei dem es am Ende politisch heißt: „Darf es gern noch etwas mehr sein?“

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Es gibt gute Gründe, warum es nach dem Vorbild der Low Pay Commission in Großbritannien eine Kommission gibt, wo sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeber vertreten sind und wo man das überprüfen kann.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Natürlich wird man ihn anheben müssen, wenn sich die allgemeine Teuerungsrate und das Lohnniveau insgesamt verändern. Aber wenn man einen politischen Mindestlohn hat, der quasi nur noch im Parlament festgelegt wird, ohne die Frage zu klären, was er für Auswirkungen hat, dann wäre es falsch. Es ist gut, dass es eine solche Kommission gibt, die sich fachlich mit dieser Frage beschäftigt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir müssen natürlich auch zusehen, dass der Mindestlohn durchgesetzt wird. Jetzt kommen wir einmal zu dem Punkt, der auch in dem Antrag enthalten ist und die Frage betrifft, was eigentlich auf hessischen Baustellen los ist. Es gibt einen enormen Preisdruck. Das gilt nicht im Besonderen nur für die öffentlichen Baustellen. Das gilt vor allem für die Baustellen von privaten Bauherren. Ich will ausdrücklich sagen, dass dieser Preiskampf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen werden kann und dass wir ein Interesse daran haben, dass die Einhaltung des Mindestlohns bzw. des Tarifs, der auf Baustellen gilt – Stichwort: Entsendegesetz –, auch durchgesetzt wird.

Der Kollege Decker hat ja eine Neuerung in die parlamentarische Debatte hier eingeführt; er hat nämlich schon eine zweite Runde angekündigt, bevor ich den ersten Ton gesagt habe, was eigentlich, wie ich die Geschäftsordnung verstanden habe, eine Reaktion auf die Regierung sein sollte – aber geschenkt. Frau Barth, deswegen sage ich sozusagen präventiv: Wir wären ganz falsch beraten, wenn wir jetzt neben der eigentlich zuständigen Bundeszollverwaltung und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit eine zweite Landesstruktur einführen würden. Das wäre aus meiner Sicht ganz falsch, und das würde für zusätzliche Bürokratie und ein zusätzliches Durcheinander sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen alle gemeinsam dafür kämpfen, dass der Zoll seiner Verantwortung nachkommt und dass die Kontrollen durchgeführt werden, von denen, die dafür zuständig sind und die übrigens auch polizeiliche Befugnisse haben, die eine Landesbehörde niemals haben könnte. Auch das ist in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich will deshalb ausdrücklich sagen: Ja, wir sind dafür, dass dort die Zuständigen dafür sorgen, dass die Regeln eingehalten werden. Ich bin ausdrücklich dafür, dass der Bund an dieser Stelle seiner Verantwortung nachkommt. Ich fände es aber ganz falsch, wenn wir an dieser Stelle die Zuständigkeiten für die Umsetzung der Gesetze vermischen würden. Das führt am Ende dazu, dass wir eher weniger anstatt mehr Durchsetzungsfähigkeit haben.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ein Punkt, weil er auch immer wieder genannt wird – auch das sozusagen präventiv, Frau Barth –: Alle Bundesländer

machen das so, bis auf eines. Das ist Hamburg. Ich habe mich in dieser Frage einmal mit der Sache beschäftigt und habe eine Kleine Anfrage an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg gefunden. Das sind die aktuellsten Zahlen, die wir gefunden haben: 2012 haben sage und schreibe 448 Kontrollen stattgefunden, übrigens mit dem Ergebnis: kein einziger Verstoß. Ich komme am Ende zu dem Schluss: Ob das wirklich so wirksam ist, daran mache ich einmal ein großes Fragezeichen.

Ich will einen weiteren Punkt nennen, der mir wichtig ist – Stichwort: Durchsetzung dessen, was wir beschlossen haben. Das Hessische Vergabe- und Tariftreugesetz ist gut. Das Hessische Vergabe- und Tariftreugesetz sorgt dafür, dass am Ende auch umgesetzt wird. Wir haben dort Kontrollmöglichkeiten – die Kontrollmöglichkeiten des Auftraggebers, der das Recht hat, sich vom Auftragnehmer alles vorlegen zu lassen. Wir haben die VOB-Stellen, die bewahrt sind.

Übrigens: Aus meiner Sicht ist der beste Kontrolleur immer noch der Konkurrent; der schaut nämlich im Zweifel genau, was der andere macht, wie der andere vielleicht zum Zuschlag gekommen ist und ob der andere vielleicht unlautere Mittel eingesetzt hat. Da will ich auch ausdrücklich sagen, dass ich die Menschen ermutige, sich an die zuständigen Stellen zu wenden, wenn sie einen solchen Verdacht haben.

Frau Barth, es gibt auch bei der Personalausstattung bezüglich der VOB-Stellen kein Problem, weil wir keinen Stau unerledigter Punkte haben, sondern wir erleben zeitnah ein Abarbeiten an dieser Stelle. Wenn wir zu wenig Personal hätten, müsste es einen Stau unerledigter Fälle geben. Das gibt es nicht. An dieser Stelle gibt es keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Wo wir Handlungsbedarf haben – das ist auf jeden Fall so –, ist bei der Frage, wie wir Menschen in die Lage versetzen, ihre Rechte wahrzunehmen. An dieser Stelle – Herr Kollege Bocklet hat es angesprochen – will ich ausdrücklich sagen, es war richtig, dass die Landesregierung durch das Sozialministerium die Beratungsstelle „Faire Mobilität“ gefördert hat, die sich gerade an diejenigen Arbeiter, die auf den Baustellen arbeiten, in der Landessprache wendet. Wir haben in Hessen jetzt Ansprechpartner, die das in den Muttersprachen Polnisch, Rumänisch und Bulgarisch machen.

Manchmal geht es nämlich schlicht darum, nicht neue Rechte zu schaffen, sondern dafür zu sorgen, dass die Menschen von ihren Rechten erfahren, und ihnen dann dabei zu helfen, sie durchzusetzen. An dieser Stelle sind wir auf einem guten Weg.

Ich glaube, dass wir dazu beitragen können, wenn wir nicht die Debatten von vor zehn Jahren führen, sondern uns über die Frage Gedanken machen, wie es in der Zukunft möglich ist, dass wir faire Bedingungen sowohl auf dem Arbeitsmarkt insgesamt als auch ganz besonders im Bausektor durchsetzen können. Ich glaube, dass wir mit unserem Vergabe- und Tariftreugesetz dazu beigetragen haben, dass wir auch an dieser Stelle die Bedingungen verbessern können. Wenn wir das in zwei Jahren evaluieren, da bin ich sicher, werden das auch diejenigen so sehen, die vor einem Jahr noch dagegen gestimmt haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister, herzlichen Dank. – Das Wort hat die Kollegin Barth, SPD-Fraktion.

Elke Barth (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Staatsminister Al-Wazir, da ich irgendwie schon ein bisschen geahnt habe, was Sie sagen,

(Zurufe von der SPD: Ah!)

konnte ich auch schon vor Ihrer Rede meinen Beitrag anmelden. Ich denke, der Punkt der Kontrolle des Vergabegesetzes verdient doch noch einmal eine besondere Betrachtung. Warum stellen wir heute erneut einen Antrag? – Wir haben Ende des letzten Jahres eine Anfrage darüber gestellt, wer in Hessen überhaupt mit der Kontrolle öffentlicher Aufträge betraut ist, wie viele Stellen das sind und wie oft kontrolliert und beanstandet wurde.

Das Ergebnis war für uns niederschmetternd: gerade eine Handvoll Sacharbeiterstellen – hier einer mit 10 %, dort einer mit 20 % – leisten, alles zusammengezählt, in Hessen im Bereich der VOB diese Aufgabe. Die Zahl der untersuchten Vergaben war minimal. Bei der Oberfinanzdirektion gab es zehn Vergabeüberprüfungen in den letzten drei Jahren.

(Norbert Schmitt (SPD): Sensationell!)

Keine Fallzahlen konnte uns Hessen Mobil nennen, und bei den drei Regierungspräsidien – wobei in einem derzeit eine Stelle unbesetzt ist –: gerade einmal 150 Kontrollen im Jahr.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Herr Arnold, gerade einmal 23 Unternehmen sind hessenweit auf der Sperrliste für öffentliche Aufträge. Ich glaube, in den letzten zwei Jahren sind drei hinzugekommen. Es ist ja nicht so, dass Sie gar nicht kontrollieren, auch wenn Sie heute plötzlich sagen, dass Sie nicht zuständig sind.

(Michael Boddenberg (CDU): Was heißt das jetzt?)

Aber glauben Sie bei der Zahl an Aufträgen, die hessenweit jährlich vergeben werden, wirklich, dass das eine angemessene Kontrolldichte ist?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das wäre, als ob wir in Hessen insgesamt vielleicht fünf Blitzgeräte für Geschwindigkeitskontrollen aufstellen.

(Heiterkeit des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das würde sich der eine oder andere wünschen!)

Herr Staatsminister Al-Wazir, das zeigt aber auch: Ihre Argumentation, es sei ausreichend, nur bei Beschwerden unterlegener Bieter zu kontrollieren – Sie haben damals gesagt, der Markt kontrolliert –, hat sich nicht bewahrheitet. Fazit: Wer betrügen will, hat vor allem in Hessen die besten Möglichkeiten. Das sagen auch die Gewerkschaften.

(Norbert Schmitt (SPD): Freie Fahrt für freie Bürger!)

Dass in Hessen, wie wir durch Statistiken der SOKA-BAU jetzt wissen, die niedrigsten Durchschnittsstundenlöhne aller westdeutschen Flächenländer gezahlt werden, obwohl

wir eher ein Hochlohnland sind, ist ein weiterer Indikator für diese Missstände.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Aber auch diese Tatsache beirrt Sie nicht im Geringsten. Die neueste Argumentation, Sie wollen keine Doppelstrukturen aufbauen, war in der Presse zu lesen. Wie gesagt, als Sie das Gesetz verabschiedet haben, haben Sie noch gesagt, der Markt kontrolliert. Jetzt, wo es nicht funktioniert, sagen Sie, Sie sind nicht zuständig, das muss allein der Zoll machen. – Falsch, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Das passiert nicht nur in Hamburg, sondern auch im kleinen Bremen, wo allein – warten Sie, ich habe es aufgeschrieben – über 100 Kontrollen pro Jahr durchgeführt werden. In 17 % aller Fälle werden Vertragsverletzungen vorgefunden – eine Quote, die zeigt, dass es sich lohnt nachzuschauen.

Sie können Einsicht in Lohnunterlagen und in Arbeitsverträge nehmen. Ich kann Ihnen auch Sachen nennen, die Sie dort finden. Wenn da plötzlich Verträge mit Bauarbeitern sind, deren Arbeitszeit 30 Stunden die Woche beträgt – glauben Sie wirklich, dass ein Bauarbeiter einen Vertrag hat, in dem 30 Stunden festgehalten sind, und er auch nur 30 Stunden die Woche arbeitet? – Das glaube ich nicht.

(Norbert Schmitt (SPD): Das glaubt kein Mensch! – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Zum einen finanzieren sich übrigens die Mitarbeiter durch ihre Arbeitsergebnisse bei den Kontrollen von selbst, und es sorgt natürlich auch für mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt; denn es gibt das Risiko, erwischt zu werden – leider im Gegensatz zu Hessen, einem Eldorado für Betrüger, was das angeht. Aber für Sie ist alles in Ordnung, und jetzt sind Sie ja auch nicht mehr zuständig.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Die SPD sagt nochmals, an dieser Stelle muss das Gesetz geändert werden. Deswegen sagen wir, wir müssen Stichproben durchführen. Da nutzt auch ihr Antrag heute nichts, der nichts ändern will, weder an dem Gesetz noch an den Modalitäten. Sie sagen nur: Ja, eine sorgfältige Auswahl muss getroffen werden. – Aber Sie sagen nicht, was passiert, wenn z. B. Auftraggeber eben nicht so sorgfältig arbeiten, die Sorgfalt nichts genutzt hat oder die Nachunternehmer trotzdem betrügen.

Meine Damen und Herren, erst im letzten Monat war ich in Wiesbaden bei der IG BAU, wo fünf bosnische Angestellte eines slowenischen Subunternehmers saßen. Die Mitarbeiter hatten seit Ende Oktober keinen Lohn gesehen. Auch die Sozialkassenbeiträge hatte das Unternehmen nicht abgeführt. Wieso ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, dies nachzuprüfen?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ist das nicht, auch wenn es eine private Baustelle war, eine hoheitliche Aufgabe? Derselbe Generalunternehmer baut übrigens gerade in Riedstadt Sozialwohnungen. Glauben Sie wirklich, dass bei diesem öffentlichen Auftrag dann andere Subunternehmer ausgewählt werden? – Ich glaube das nicht. Tun Sie endlich etwas gegen diese Zustände. Wir fordern die Landesregierung auf, zu handeln. Sie sind ver-

pflichtet, die Einhaltung Ihrer Gesetze sicherzustellen. Ob Sie personell aufstocken oder anderweitig umstrukturieren, sollte geprüft werden. In jedem Falle fordern wir, dass Sie endlich handeln und eine effiziente Kontrolle vorhalten. Den Zoll wollen wir dabei wirklich nicht aus der Verantwortung für öffentliche Aufträge nehmen, auch im Sinne ehrlich arbeitender Unternehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben gerade beim letzten Tagesordnungspunkt über das Handwerk gesprochen. Gerade das kleine und mittelständische Handwerk leidet unter diesen Praktiken auf dem Bau, die häufig von Großunternehmen, die mit Subunternehmerketten arbeiten, begangen werden. Hierunter leiden die ehrlichen Unternehmer im Handwerk. Deshalb: Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Barth. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Es ist vereinbart worden, die Anträge alle an den Ausschuss zu überweisen.

(Günter Rudolph (SPD): An die Ausschüsse, Herr Präsident!)

– Ja, erst einmal gehen sie an den einen und dann an den anderen Ausschuss; dann sind es die Ausschüsse, immer nach und nach. – Das sind die Tagesordnungspunkte 41, 30 und 58. Das ist hier die allgemeine Meinung?

(Günter Rudolph (SPD): Ja, aber auch an den anderen Ausschuss!)

– Dann machen wir das so, auch mit Zustimmung des Kollegen Rudolph.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes – Drucks. 19/3228 zu Drucks. 19/2484 –

Berichtersteller ist Abg. Hugo Klein (Freigericht).

(Zuruf von der CDU: Er ist nicht da!)

– Er ist nicht da. Wer übernimmt das?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ei, ei, ei!)

Abg. Armin Schwarz übernimmt die Berichterstattung. – Bitte sei so lieb.

Armin Schwarz, Berichtersteller:

Herr Präsident! Der Kulturpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD, LINKEN und der FDP, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung abzulehnen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Armin Schwarz. – Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Kollege Gerhard Merz, SPD-Fraktion.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist heute schon viel von beruflicher Bildung und von Stoppschildern und Sackgassen die Rede gewesen. Herr Kollege Boddenberg hat vorhin in der Debatte darauf hingewiesen, dass es keine Stopp- und Sackgassenschilder in der beruflichen Bildung mehr gebe. Herr Kollege Boddenberg, es wäre schön, wenn dies so wäre. In dieser Debatte wird aber von einem Stoppschild zu reden sein, und zwar von einem Stoppschild für eine Gruppe junger Menschen, die gerade in besonderer Weise der Förderung oder des Zugangs zu den Fördermöglichkeiten unserer Berufsschulen bedürfen, nämlich die jungen Volljährigen, die bis dato den Einstieg in das berufliche Bildungssystem, in das duale Berufssystem, in die Berufs- und Arbeitswelt insgesamt noch nicht geschafft haben.

Es gibt ein Problem, das darin besteht, dass der Berufszugang für junge Menschen ab 18 Jahren praktisch mit einer Ausnahme, von der noch zu reden sein wird, nicht mehr möglich ist, auch in den Fällen, in denen, wie gesagt, ein beruflicher Einstieg in das duale System oder in die berufliche Bildung insgesamt noch nicht hat stattfinden können. Dieses Problem ist wahrgenommen worden, weil es die Ausgangslage gibt, dass deutlich mehr junge Menschen in genau dieser Situation sind. Genau für dieses sehr praktische Problem, das in der Fachwelt, von den beruflichen Schulen, von den Organisationen, die sich um benachteiligte junge Menschen kümmern, als sehr dringlich wahrgenommen wird, wollen wir mit unserem Gesetzentwurf einen praktischen Beitrag vorlegen.

Jeder, der als Oppositionspolitiker einen Gesetzentwurf einbringt, weiß, dass die Chance, dass er auch verabschiedet wird, denkbar gering ist. In diesem Falle hatte ich für eine Sekunde lang die Hoffnung, es könnte dieses Mal anders sein. Als in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs Herr Kollege May gesprochen hatte, sah es mir danach aus, als wolle die Koalition diesen Gesetzentwurf vorurteilsfrei prüfen. Das war aber in dem Moment zu Ende, als sich Herr Kollege Schwarz zu Wort gemeldet hatte, der sich zwar pflichtgemäß auf die Ausschussberatungen und auf die mündliche Anhörung gefreut hatte, aber schon damals wusste, dass er den Gesetzentwurf ablehnen würde. Dabei ist es leider auch geblieben. Das ist in der Tat schade, weil wir in einer doppelten Hinsicht vor einem Problem stehen:

Erstens. Wir stehen im weiteren Sinne vor einem Problem, weil wir angesichts der Zuwanderung einer großen Zahl von Flüchtlingen wie vor allem im letzten Jahr – aber wahrscheinlich wird das auch weiterhin anhalten, die Prognose für dieses Jahr wird jetzt korrigiert, sie wird aber noch immer bei 600.000 Personen liegen –, aber selbst wenn sie unterschritten wird, was ich eher glaube, auf Dauer mit der Zuwanderung einer größeren Zahl von Flüchtlingen zu rechnen haben werden. Die Erfahrungen des letzten Jahres und der vorhergehenden Jahre sind die, dass unter diesen Flüchtlingen, unter diesen Zuwanderern, in der Hauptsache jüngere, erwerbsfähige, zumeist männliche, alleinstehende Personen sind – nicht nur, aber das ist die größte Gruppe. Innerhalb dieser großen Gruppe stellt die Gruppe der jungen Volljährigen, also der 18- bis 27-Jährigen, wiederum den Löwenanteil dar. Das ist genau die Gruppe, über die wir hier reden.

Zweitens. Wir wissen, dass zu dieser größer werdenden Gruppe noch die sozusagen einheimischen jungen Volljährigen kommen, von denen auch noch immer eine beklag-

enswert große Zahl keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, zur beruflichen Qualifizierung sowie zur Ausbildung gefunden hat. Unter dieser größer werdenden Zahl von Zuwanderern sind also viele junge Menschen, auch unter jenen mit guter Bleibeperspektive, über die wir hier natürlich in erster Linie reden, die dringend Unterstützung bei der Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt haben müssen. Diese bedürfen einer besonderen Unterstützung, nicht nur im Hinblick auf die Sprachförderung und den Erwerb von Sprachkenntnissen, sondern auch in Ergänzung ihrer teilweise durchaus vorhandenen beruflichen Qualifikationen.

Meine Damen und Herren, das ist der große Hintergrund, vor dem diese Debatte stattfindet. Deswegen ist aus unserer Sicht alles richtig, was einen umfassenden und möglichst unkomplizierten Zugang zu den vielfältigen Förderangeboten der beruflichen Schulen ermöglicht. Das ist dringend wünschenswert – vor allem dort, wo es um die Vorbereitung und Unterstützung beim Übergang in das duale System geht.

(Beifall bei der SPD)

Der Kern des Problems, mit dem sich dieser Gesetzentwurf beschäftigt, ist: Aufgrund des Alters endet derzeit für eine Gruppe, die keinen berufsqualifizierenden Abschluss und keine abgeschlossene Schulausbildung hat, das Recht auf den Schulbesuch. Wir wollen diese Altersgrenze von 18 Jahren, bei der dieses Anrecht derzeit endet, auf 27 Jahre heraufsetzen. Wir wollen also die gesamte Gruppe der jungen Volljährigen gemäß der Definition des Kinder- und Jugendhilfegesetzes mit einbeziehen. Ich betone das noch einmal, weil immer gesagt wird: Das ist kein Allheilmittel. – Danke, aber das wissen wir. Bevor das in dieser Debatte jetzt noch einmal jemand sagt: Wir wissen das. Es gibt in der Politik keine Allheilmittel, wie ich nicht müde werde, bei jeder Gelegenheit zu betonen. Wir wissen das. Aber es handelt sich hierbei um ein praktisches, begrenztes und vor allen Dingen ein leicht lösbares Problem. Deswegen haben wir diesen Lösungsvorschlag gemacht, zusätzlich zu vielen anderen Lösungsvorschlägen – Herr Kultusminister, dies ist meine Erwiderung auf Ihre Rede in der ersten Lesung –, die auch auf dem Tisch liegen.

(Beifall bei der SPD)

Ist dieser Gesetzentwurf ein Beitrag zur Lösung des praktischen Problems? – Ich finde, dass das in der Anhörung eindrucksvoll bestätigt worden ist. Im Grunde haben alle Anzuhörenden gesagt: Ja, das ist er.

(Zuruf des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege May, mindestens im Grunde ist er das. Ich komme auf die Einwände zu sprechen. – Insbesondere die aus der Fachwelt im engeren Sinne, also die an den beruflichen Schulen Tätigen, die Arbeitsgemeinschaft der Direktoren an beruflichen Schulen, die Verbände der Lehrer an beruflichen Schulen und auch diejenigen, die in den Organisationen arbeiten, den Wohlfahrtsverbänden, die sich insbesondere mit Flüchtlingen oder benachteiligten Jugendlichen beschäftigen, inklusive des Landesjugendhilfeausschusses, haben positiv Stellung genommen. Auch die Wirtschaftsverbände, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer und der Deutsche Gewerkschaftsbund, haben positiv dazu Stellung genommen. Sie haben nur einen einzigen Einwand, den ich für unberechtigt halte, vorgebracht. Es könne nämlich durch die partielle Öffnung des Berufsschulwesens für die Gruppe, die keinen qualifi-

zierten Berufsschulabschluss und keine Stelle im dualen System hat, ein Anreiz geschaffen werden, von den Möglichkeiten des beruflichen Bildungssystems auf das schulische Bildungssystem zu wechseln. Das sei ein falscher Anreiz.

Ich teile diese Skepsis gegenüber den schulischen Möglichkeiten nicht. Das mag sein, wie es will. Ich sehe diese Gefahr nicht. Ich glaube, dass das duale System, von dem heute früh viel die Rede war, attraktiv genug ist, um solche Fehlanreize mindestens auszubalancieren. Von daher glaube ich, dass das unbeachtlich ist.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wer das befürchtet, dementiert seine eigenen Aussagen von der Leistungsfähigkeit des dualen Systems in der Bundesrepublik Deutschland. Wir teilen diese Befürchtungen deshalb nicht. Wir betonen noch einmal, dass auch die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer gesagt haben, es sei wünschenswert, die bisherige Altersgrenze von 18 Jahren anzuheben.

Jetzt komme ich zu dem zweiten Einwand. Ja, man kann darüber reden, ob 27 Jahre nicht doch ein wenig weit gegriffen sind. Ich habe schon erläutert, welcher Logik das folgt. Es folgt der Logik des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, des SGB VIII. Das ist von vielen Sachverständigen in der Anhörung bestätigt worden. Es hat auch kritische Einwände gegeben im Hinblick auf die sehr große Spreizung der Altersgruppen, die dann im Prinzip an den Schulen sein könnten. Die Direktoren haben meiner Erinnerung nach gesagt, sie könnten damit umgehen. Ich glaube das auch.

Wenn das Ihre Begründung dafür wäre, diesem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen – wir hatten in der Anhörung ausdrücklich angeboten, die Altersgrenze auf 25 Jahre herunterzusetzen; das hat aber auch zu nichts geführt, weil das Diktum des Kollegen Schwarz gegolten hat, dass man das nicht braucht –, dann ist es offensichtlich wieder eine von den Geschichten, bei denen ein Gesetzentwurf oder ein Antrag nicht deswegen verworfen wird, weil er etwas Falsches beinhaltet, sondern weil in seinem Kopf die falsche Partei steht. Ich erinnere an die Aussage des stellvertretenden Ministerpräsidenten im Jahr 2008, als er noch nicht stellvertretender Ministerpräsident war, dass wir uns vielleicht daran gewöhnen sollten, es einmal andersherum zu machen.

Ich nehme zur Kenntnis, dass es auch in diesem Fall wieder einmal nicht so ist. Das ist bedauerlich – weniger wegen uns, um uns geht es hier nicht. Es geht um die jungen Menschen, denen leider – jetzt ist Herr Kollege Boddenberg weg – ein Stoppschild zum Zugang zu den beruflichen Schulen vorgehalten wird bzw. das Stoppschild nicht beseitigt wird. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Merz. – Das Wort hat Herr Abg. Armin Schwarz, CDU-Fraktion.

Armin Schwarz (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! Wir beraten heute in zweiter Lesung den Ge-

setzentwurf der SPD zum Hessischen Schulgesetz, in dem § 62 verändert werden soll. In diesem Paragraphen ist die Altersgrenze hinsichtlich der Berufsschulberechtigung geregelt. Sie wollen das Alter auf 27 Jahre hochsetzen.

Herr Kollege Merz, wir haben in der Anhörung sehr genau zugehört, aber auch nach der Anhörung. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wird es Sie nicht überraschen, dass wir dem Gesetzentwurf auch jetzt nicht zustimmen können.

Tatsache ist, das haben Sie auch zugegeben, ohne Flüchtlingskrise wäre dieser Gesetzentwurf nie zustande gekommen. Ich möchte eingangs noch einmal einiges über die historische Kraftanstrengung sagen, die wir als Koalition gemeinsam mit den GRÜNEN zur Bewältigung der Flüchtlingskrise auf den Weg gebracht haben. Wir haben 800 zusätzliche Stellen für das Jahr 2016 geschaffen. Wenn das nicht reicht, dann steuern wir nach. Wir haben das mit so vielen Lehrerinnen und Lehrern wie nie zuvor bewerkstelligen können. Wir reagieren flexibel. Der Kultusminister hat mit seinem Erlass vom 4. September 2015 zur Umsetzung des schulischen Sprachförderprogramms InteA die Altersgrenze bereits bewegt. Im Klartext heißt das: Wir können an den beruflichen Schulen bis zum Alter von 23 Jahren unterrichten.

An dieser Stelle will ich auch nicht unerwähnt lassen, bevor ich gleich ins Detail gehe, dass die Hessische Landesregierung – dafür bin ich sehr dankbar – am 17. November 2015 den „Hessischen Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ vorgestellt hat.

(Beifall bei der Abg. Judith Lannert (CDU))

– Da darf man auch mal klatschen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein konzertiertes und planvolles Programm. So etwas gibt es nur in Hessen. Darauf können wir stolz sein. Wir können in anderen Bundesländern suchen, ob wir etwas Vergleichbares finden. Dort gibt es nur mehr leere Ausstellungsräume. Deswegen darf man an dieser Stelle durchaus wertschätzen, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

Wir reden auch nicht nur über die Fragestellung, wie wir im jungen Erwachsenenalter fördern. Die Landesregierung hat im Rahmen eines Gesamtsprachförderprogramms die bildungspolitische Herausforderung der Beschulung von Ausländern mit geringem oder fast keinem Deutschhintergrund bereits frühzeitig und mit großer Entschlossenheit in Angriff genommen.

Ich will auch betonen, und man darf einmal zurückblicken: Die CDU-Fraktion hat als Erste bereits vor vielen Jahren erkannt, dass die deutsche Sprache die elementare Voraussetzung für eine gelingende Integration ist.

(Beifall bei der CDU)

Nur wer neben grundsätzlicher Leistungsbereitschaft die Bereitschaft zum Erwerb der deutschen Sprache, aber auch zur Akzeptanz der vorherrschenden Werte, Ordnung und Leitkultur hat, hat später Chancen, eine Bildungskarriere hinzulegen, und hinterher Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Intensivklassen, Intensivkurse, Alphabetisierungskurse forcieren die sprachliche Erstintegration. Personell erfahren

die Programme, die wir als Land Hessen verantworten, überdies die stetige Anpassung. Ich habe es eben schon gesagt: Sollten die 800 Stellen nicht reichen, dann steuern wir nach.

Jetzt schauen wir einmal auf Zahlen, die gelegentlich auch beeindrucken. Im Zuge der Flüchtlingskrise ist die Zahl der Intensivklassen bis zum April dieses Jahres auf 807 angewachsen. Mittlerweile sind es noch mehr. Herr Kultusminister, Sie haben das gestern in Ihrer Antwort auf meine Anfrage deutlich gemacht. Die Zahl der InteA-Klassen ist auf 301 erhöht worden. Das bedeutet, es sind über 1.100 zusätzliche Klassen entstanden.

Es ist ja nicht so, dass das gerade einmal nichts wäre. Nebenbei können wir noch über ein Plus von zwölf Sprachförderkursen an Schulen für Erwachsene reden. Ich habe jetzt nicht die Zeit, über die Maßnahmen zur Gewinnung der qualifizierten Lehrkräfte, über die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und über die Kapazitätserhöhung bei den Aufnahme- und Beratungszentren zu sprechen.

Kommen wir zur Anhörung. Herr Kollege Merz, Sie haben darauf hingewiesen – ich habe sehr genau zugehört –, es hat sich keine einheitliche Linie bei den Anzuhörenden ergeben. Aber dann nehmen wir einmal den DGB. Ich unterstelle, dass Sie sich relativ verbunden mit dem DGB fühlen.

(Gerhard Merz (SPD): Das stimmt!)

Der sieht den Gesetzentwurf kritisch. Das sollten Sie noch einmal nachlesen. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern hat Bedenken, dass – ich zitiere –

... die erweiterte Möglichkeit des Berufsschulbesuches in der aus unserer Sicht falschen Richtung ... [genutzt wird], vollschulische Angebote als Alternative zu einer Ausbildung im dualen System anzunehmen.

Auch die beruflichen Schulen dürfen nicht überfordert werden – ein Zitat; Sie können gerne nachschauen. Die IHK sieht das ähnlich. Der Hessische Philologenverband stellt fest, die Altersgrenze, wie wir es machen, von 21 Jahren ist gut. Die Zahl der Betroffenen einer Erhöhung auf 27 Jahre wäre in den Konsequenzen nicht absehbar. Denn das Gesetz gilt für alle. Wir machen das Gesetz nicht nur für Flüchtlinge alleine, sondern wir machen es für alle Menschen, die hier leben. Insofern – auch das ist ein Zitat – „ist es unabdingbar, die Ressourcenfrage vorab zu klären“. So der Philologenverband. Es ist völlig richtig, was der Philologenverband an der Stelle sagt.

Die SPD will hier ein Gesetz machen und hinterher schauen, woher das Geld kommt. Zur Finanzierung ist im Gesetz null Komma null Aussage getroffen. Sie machen hier ein riesiges Fass auf, einen ungedeckten Scheck. Zur Frage der Räumlichkeiten, für die bekanntermaßen die Schulträger verantwortlich sind, ist auch nirgendwo diskutiert worden, wie das mit den Kapazitäten bewerkstelligt werden kann. Genau die Finanzierung stellt auch der Hessische Landkreistag in seiner Stellungnahme in den Blick und hat Sorgen.

Mit unserem Programm „Integration und Abschluss“, dem InteA-Programm, hat die Landesregierung ein zukunftsfähiges und wegweisendes Programm aufgelegt und die Angebotslücke bei der Beschulung von Ausländern geschlossen, nämlich zwischen 16 und mittlerweile 23 Jahren ist

das möglich. Der rasante Anstieg der Zahl der InteA-Klassen auf 301 – das habe ich eben schon gesagt – zeigt aber auch, dass es funktioniert mit der Personalausstattung. Das, was wir machen, passt zusammen. Wir machen keine ungedeckten Schecks. Wir gehen im Übrigen mit unseren Maßnahmen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, deutlich über das Maß hinaus, das andere Bundesländer an Programmen auflegen. Darauf können wir stolz sein.

Die von der SPD-Fraktion geforderte Ausweitung des InteA-Programms – darüber kann man auch reden; wir reden über Schule und Bildung – ist demgegenüber weder unter pädagogischen Gesichtspunkten noch im Hinblick auf die unterschiedlichen Zielrichtungen der Beschulung junger Erwachsener hilfreich. 16-jährige Pubertierende neben 27-jährigen Erwachsenen – ich will einmal das Bild stellen. Ich habe selbst viele Jahre in der Schule unterrichtet. Ich weiß, dass das nicht richtig gut funktionieren wird.

(Gerhard Merz (SPD): 27-Jährige?)

So ist für viele Menschen im Erwachsenenalter aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation weniger das Parken im schulischen Übergangssystem interessant. Vielmehr sind die Anerkennung von beruflichen Abschlüssen und das schnelle Überführen in das duale System und den Arbeitsmarkt bedeutsam und aus unserer Sicht der richtige und vernünftige Weg. Genau das ist die Grundlage unseres Handelns. Genau das ist die Zielsetzung unserer Politik. Genau so werden wir dort planvoll weitermachen.

Im Übrigen gibt es jenseits der 23 Jahre in den Wirtschaftsressorts, in den Sozialressorts, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, bei freien Trägern eine Vielzahl von Angeboten. Warum sollen wir zu denen in Konkurrenz treten? Das haben Sie mir bisher nicht plausibel erklären können.

Ich ziehe daher einen Strich darunter: Über 800 zusätzliche Lehrerstellen für die Beschulung von Flüchtlingen lassen die SPD-Forderung allenfalls als Pflichtübung der Opposition erscheinen. Das will ich schon feststellen. Vielfältige Anforderungsprofile der Flüchtlinge bedürfen vielfältiger Sprachförderungsmaßnahmen.

Deswegen bleibt es dabei: Wir sind gemeinsam mit unserem Koalitionspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf dem richtigen Kurs. Wir haben einen klaren Plan, wir haben ein klares Ziel. Wir wollen Integration fördern, und das wird auch vernünftig gelingen.

Wir lehnen den Gesetzentwurf der SPD auch in zweiter Lesung ab. Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich darauf, dass unsere Programme weiter erfolgreich sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Schwarz. – Es gibt eine Kurzintervention. Kollege Merz, bitte.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wissen Sie, Herr Kollege Schwarz, das ist genau der Ton, der diese Debatten immer so nervtötend macht.

(Beifall bei der SPD)

Es ist genau das bestätigt, was ich gesagt habe. Es ist das Problem, dass der Name SPD über diesem Gesetzentwurf steht, und nicht das Problem, was in diesem Gesetzentwurf steht.

Punkt zwei. Sie haben sehr viel Zeit Ihrer Rede auf Dinge verwandt, die mit diesem Gesetzentwurf gar nichts zu tun haben, die im Übrigen auch unstrittig sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß gar nicht, in welcher Kirche Sie hier gepredigt haben, als Sie uns zum 137. Mal die Erfolge der Intensivklassen und die Ausstattung vorgetragen haben. Das haben wir alles in dem Maßnahmenpaket Asyl mit Ihnen gemeinsam beschlossen. Das haben wir in vielen Debatten in diesem Landtag mit begrüßt. Ich weiß nicht, warum Sie das ausgerechnet gegen diesen Gesetzentwurf, bei dem es um etwas ganz anderes geht, ins Feld führen müssen, außer deswegen, dass Sie keine anderen Argumente hatten.

Drittens. Sie haben natürlich aus der Anhörung genau die Leute zitiert oder die Passagen von Stellungnahmen oder Ausführungen zitiert, die irgendwie kritisch gemeint werden könnten. Auf die bin ich aber zum guten Teil schon eingegangen.

Dass der DGB in seiner schriftlichen Stellungnahme, um das als Beispiel zu nehmen, uneingeschränkt und eindeutig unseren Gesetzentwurf unterstützt hat und dass die Kollegin, die den DGB vertretungsweise in der Anhörung vertreten hat, ausdrücklich ihre Privatmeinung geäußert hat, haben Sie vorsichtshalber nicht dazugesagt. Umgekehrt haben die Industrie- und Handelskammern diesen Entwurf grundsätzlich begrüßt und dann genau die Bedenken vorgetragen, die ich für unzutreffend und in die falsche Richtung gehend halte; das habe ich eben erwähnt. Dito die Handwerkskammer, auch das haben Sie vorsichtshalber nicht erwähnt. Es ist aber so.

Zum Philologenverband könnte ich sagen: Philologen unterrichten an Gymnasien, sie verstehen nicht wirklich viel von der Berufsschulwelt.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Merz, Sie denken – –

(Gerhard Merz (SPD): Ich bin am Ende!)

– Was heißt: „Ich bin am Ende“? Ich wollte nur sagen, Sie denken bitte daran. Wir sind alle mal am Ende.

Gerhard Merz (SPD):

Ich wollte sagen: Ich bin schon am Ende meiner Rede, Herr Präsident.

(Heiterkeit)

Ich komme zu derselben Schlussfolgerung, zu der ich schon in meinem ersten Beitrag gekommen bin: Es darf halt nicht sein, weil es von der SPD ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Merz. – Es antwortet Armin Schwarz.

Armin Schwarz (CDU):

Herr Kollege Merz, am Ende Ihrer Ausführungen wurde deutlich, dass auch Ihre Argumentation ziemlich am Ende ist. Das will ich einmal feststellen. Die entscheidenden Fragen haben Sie natürlich nicht beantwortet. Ich habe mehrfach die Frage der Finanzierung hier hinterlegt – keine Aussage dazu, genauso wenig wie im Gesetzentwurf.

Zweiter Punkt. Es ist Ihr gutes Recht, die Passagen, die Ihrer Intention am nächsten kommen, zu zitieren. Aber nun schreiben Sie mir bitte nicht vor, wen ich hier zitieren soll.

(Gerhard Merz (SPD): Ich habe nur auf etwas hingewiesen! – Fortgesetzte Zurufe des Abg. Gerhard Merz (SPD) – Glockenzeichen des Präsidenten)

Der dritte Punkt – darauf will ich Sie jetzt auch hinweisen, Herr Kollege Merz –, den ich hier erwähnen möchte, ist: Wen jetzt der DGB in die Anhörung schickt, ob das die Stellvertretung oder die Stellvertreterin der Stellvertretung ist, das ist mir zunächst einmal wurscht. Ich gehe davon aus, dass diejenige Person, die dort spricht, ein Mandat und einen klaren Arbeitsauftrag in einer Abstimmung hat, was dort gesprochen wird.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Ich sage es noch einmal: Diese Anhörung und die schriftlichen Stellungnahmen haben sehr eindrucksvoll dokumentiert, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich sage dazu: Wenn wir jetzt im Schlaraffenland wären und Geld überhaupt keine Rolle mehr spielen würde, dann könnten Sie hier mit Ihrer Gegenfinanzierung irgendetwas vorlegen. Aber Sie haben das getan, um in irgendeiner Form Aktivität zu dokumentieren. Das habe ich, glaube ich, mehrfach eindeutig entlarven können.

Insofern sage ich es noch einmal: Wir sind auf dem richtigen Weg, und der Gesetzentwurf ist in Ihrer Fassung auf jeden Fall mangelhaft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schwarz, vielen Dank. – Das Wort erhält Frau Abg. Cárdenas für die Fraktion DIE LINKE.

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser kurze und präzise Gesetzentwurf der SPD-Fraktion hat entgegen allen Erwartungen hier für mächtigen Diskussionsbedarf gesorgt. Wie mein Kollege Gerhard Merz in der letzten Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses schon bemerkte, mussten die Mitglieder der Opposition, also auch wir, leider schnell die Hoffnung begraben, dass die Mitglieder der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN einem Gesetzentwurf zustimmen würden, den sie zwar für sinnvoll halten, der aber nicht von ihnen stammt. Genau das wird heute wieder passieren. Das ist sehr schade. Denn dieser Gesetzentwurf würde einer bestimmten, nicht zu

großen Anzahl junger Menschen eine existenzielle Perspektive eröffnen können.

Es geht doch gar nicht um viele zusätzliche Ressourcen oder gar neue Strukturen. Es geht doch einzig und allein darum, die Schulpflicht-Altersgrenze für junge Menschen anzuheben, um ihnen den Besuch einer Schule oder einer schulischen Maßnahme auch über das 18. Lebensjahr hinaus zu ermöglichen. Herr Schwarz, das wäre dann lediglich ein neuer Mosaikstein für die von Ihnen richtig dargestellten weiteren Hilfen, um jungen Geflüchteten einen Bildungsabschluss zu ermöglichen.

Wem würde eine solche Maßnahme zugutekommen? Sie käme vor allem jungen Geflüchteten zugute, die das 18. Lebensjahr bereits überschritten haben. Das betrifft aber nicht nur Geflüchtete, sondern auch andere junge Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, den Anschluss einfach verpasst haben.

Herr Schwarz, da verstehe ich Ihre Argumentation auch nicht, dass eine Ausweitung der Schulpflicht eine zu große Herausforderung sei. Das ist unserer Ansicht nach zu kurz gesprungen. Denn die Frage ist doch, was zu einer größeren Herausforderung führt: die Beschulung junger Menschen bis zum 25. oder 27. Lebensjahr, die mit einem Schulabschluss endet, oder die Nichtbeschulung und damit die Inkaufnahme der Folgen, die sich ergeben, wenn man junge Menschen ohne Schulabschluss lässt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU, man ist Ihnen doch schon weit entgegengekommen. Die Altersgrenze wurde von 27 Jahren auf 25 Jahre abgesenkt. Ich verstehe einfach nicht, warum Sie da nicht über Ihren Schatten springen können.

Die Anzuhörenden, die sich weitestgehend für diesen Gesetzentwurf ausgesprochen haben, müssen sich meines Erachtens von Ihnen hinter das Licht geführt fühlen. Wir haben darüber eben schon gesprochen. Ihre Bedenken wurden in der letzten Ausschusssitzung ernsthaft diskutiert und mit Lösungsvorschlägen quittiert. Herr Schwarz, wie wollen Sie denen denn verständlich machen, dass Sie diesen Gesetzentwurf ablehnen?

In der Anhörung wurde von Frau Otten für den Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen wörtlich gesagt:

Nur gut ausgebildete Menschen haben langfristig eine Chance auf dem Arbeitsmarkt und können dann dauerhaft einen Beitrag zum Sozialsystem leisten.

Das wollen wir alle. Dann hat sie gesagt:

Daher ist es aus unserer Sicht notwendig, dass sie eine qualifizierte Ausbildung erhalten.

Frau Otten weist auf einen anderen entscheidenden Punkt hin, nämlich auf den Fachkräftemangel. Die Umsetzung dieses Gesetzentwurfs würde einen Beitrag zur Überwindung des Fachkräftemangels leisten. Wir haben eben schon gehört, dass die Vertreter der Wirtschaft diesen Gesetzentwurf mit unterstützen. Also ist auch deshalb nicht nachvollziehbar, wieso sich die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen derart sträuben.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Frau Ghasemi vom Caritasverband Gießen hat uns dann schließlich einen Einblick in den Alltag oder – wenn Sie so wollen – in die Praxis gegeben. Sie schilderte, dass junge

Menschen wegen der Erfahrung der Flucht eine gewisse Zeit brauchen, bis sie tatsächlich hier ankommen und realisieren, dass es auch Bildungsangebote für sie gibt. Sie brauchen Zeit, nachdem sie das ganze Erstaufnahmeverfahren und anderes abgeschlossen haben. Sie sagte:

Mit dem Programm InteA, das seit dem letzten Jahr eingeführt worden ist, sehen wir die Zeit als zu knapp an. Viele müssen noch alphabetisiert werden, sind sogar in der eigenen Herkunftssprache nicht alphabetisiert, sodass wir eine Ausweitung des Gesetzes sehr begrüßen würden im Sinne der jungen Menschen, ...

So weit die Stellung des Caritasverbandes Gießen, der wohl wesentlich vertrauter mit der Problematik ist.

Ich will noch ganz kurz die vorgeschobenen Bedenken ansprechen. Herr Kollege May fürchtet, dass das zu einer Konkurrenz für die duale Ausbildung würde. Auf diese Argumentation ist Herr Kollege Merz schon eingegangen. Das ist unseres Erachtens ebenfalls absurd. Denn wenn dem so wäre, hätte sich das schon längst unabhängig von der Altersgrenze gezeigt.

Hinzu kommt, dass die geflüchteten Menschen um den Aufbau ihrer Existenz kämpfen. Für sie ist es wesentlich attraktiver, im dualen System schon Geld zu verdienen und trotzdem einen Berufsabschluss zu erlangen, als eine jahrelange unentgeltliche Ausbildung zu machen.

Herr Schwarz, Sie haben ein – ich sage es einmal so – interessantes Gegenargument eingebracht. Sie sagten, dass Menschen, die ohne Berufsabschluss nach Hessen kämen, eine Chance benötigten, sei richtig. Dies müsse aber auch für beispielsweise 28-Jährige oder 29-Jährige gelten.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

Herr Kollege Schwarz, das ist schon bizarr: Wir verbessern deshalb ein Gesetz nicht, weil wir durch die Verbesserung zwar ganz vielen, aber nicht allen geholfen hätten. Analog wäre das so, wie wenn wir den Fluglärm nachts nicht verringern würden, sodass die Menschen von 0 Uhr bis 4 Uhr ruhig schlafen könnten, weil sie das von 4 Uhr bis 6 Uhr trotzdem nicht können.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das verstehen sie nicht, aber genau das ist die Logik!)

Das ist absurd. Es zeigt sich leider, dass das prinzipienhafte Ablehnen ohne inhaltliche Gründe nun auch bei den Kolleginnen und Kollegen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Einzug gehalten hat. Prinzipien sind allem Anschein nach immer noch wichtiger als die einzelnen Biografien und die Existenzchancen junger Menschen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das ist traurig. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Cárdenas, vielen Dank.

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Debatte fortfahren, begrüße ich ganz herzlich auf der Besuchertribüne den Premierminister der südafrikanischen Provinz Gauteng, Herrn David Makhura, mit seiner Delegation. Exzellenz, Sie sind uns im Hessischen Landtag sehr herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren in der Debatte fort. Das Wort erhält Herr Kollege Daniel May für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Dass die SPD-Fraktion mit ihrem Gesetzentwurf durchaus ein wichtiges Thema adressiert hat, nämlich wie wir junge Geflüchtete besser fördern können, habe ich beim letzten Plenardurchgang schon zugestanden. An dieser Feststellung ist auch nichts zu ändern.

Aber ich finde, dass die Debatte heute in eine Scheindebatte abgedriftet ist, nämlich eine Scheindebatte, die dahin geht – Frau Cárdenas hat das eben gerade auch noch einmal gemacht –, dass die einen die Förderung der jungen erwachsenen Geflüchteten wollen, die anderen aber nicht. Das ist einfach falsch. Ich finde es unredlich, dass Sie versuchen, das hier so aufzumachen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Denn wir reden hier darüber, welches Instrument das richtige ist, um junge Geflüchtete bestmöglich zu fördern. Darum geht der Streit. Von daher finde ich, dass die Zitate, die Sie da geliefert haben, dass wir Fachkräfte und gut ausgebildete junge Menschen bräuchten, alle Teil der Scheindebatte waren. Denn an dieser Stelle gibt es keinen Widerspruch. Da besteht hoffentlich Einigkeit in diesem Haus. Die Frage ist aber, ob dieser Gesetzentwurf tatsächlich sinnvoll ist, um dieses Ziel zu erreichen. Daran haben wir immer noch Zweifel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Michael Boddenberg und Judith Lanert (CDU))

Ich hatte im ersten Durchgang schon gesagt, dass ein Gesetzentwurf, der an und für sich den Zugang zur Berufsschule ändert, kein Konzept ersetzen kann. Ich habe schon seinerzeit gefragt, ob dieser Gesetzentwurf mit der vorgeschlagenen Änderung nicht auch Risiken und Nebenwirkungen mit sich bringen könnte, die wir noch nicht absehen können.

Zweitens hatte ich schon festgestellt, dass wir weitere Förderangebote für junge erwachsene Geflüchtete brauchen und dass wir diese weiterentwickeln müssen. Ich hatte seinerzeit angeboten, dass wir uns darüber im Kulturpolitischen Ausschuss intensiv unterhalten. Das hat auch so stattgefunden.

Wenn man sich diese beiden Vorüberlegungen mit anschaut, kommt man zu dem Ergebnis, dass das Angebot des Besuchs einer Berufsschule an und für sich noch kein Förderangebot bedeutet. Das muss natürlich in den Berufsschulen mit Leben erfüllt werden. Das wird von den Berufsschulen auch verlangt. – Ich sehe Zustimmung des Kollegen Merz.

Zweitens müssen wir schauen, welche Nebeneffekte eine solche Öffnung haben kann. In diesem Sinne haben wir die Anhörung ausgewertet. Wenn wir die Anhörung auswerten, sehen wir, dass es kein so eindeutiges Votum gegeben hat, wie Sie, Herr Kollege Merz, es dargestellt haben. Ich glaube, es ist vom Kollegen Schwarz schon richtig darauf

hingewiesen worden, dass es dort einen Aspekt gibt, über den man nicht so einfach hinweggehen kann, nämlich was das für die Situation vollschulische Ausbildung versus duale Ausbildung bedeutet. Es gab dort einige Stellungnahmen, die das auch so angesprochen haben.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

An dieser Stelle ist das Problem, dass Sie kein Angebot für die jungen Geflüchteten machen, sondern für alle bis 27-Jährigen. Jetzt stellt sich aber die Frage – und darauf sind Sie bisher noch nicht eingegangen –, warum die Maßnahmen, die bisher für alle diejenigen, die in diese Altersgruppe fallen, schlecht sein sollen, sodass man diese neue Maßnahme braucht. Darauf sind Sie nicht eingegangen. Daher müssen wir das schon einmal näher betrachten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Gerhard Merz (SPD): Das ist nicht das Problem! – Gegenruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Kollege Merz, ich glaube, dass Schlussfolgerungen hier schon frei gezogen werden dürfen. Ich möchte Ihnen einfach einmal die Schlussfolgerungen darlegen,

(Unruhe bei der SPD – Glockenzeichen des Präsidenten)

die nicht von mir, sondern von Anzuhörenden stammen. Dann können Sie das denen vorhalten.

Frau Birgit Groß, Geschäftsführerin des DGB Bildungswerkes,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

fragt:

Was passiert, wenn tatsächlich für alle die Berufsschulmöglichkeit bis 27 geöffnet wird? – Darin sehe ich auch eine sehr große Konkurrenz für das duale System auf uns zukommen, und ich bitte Sie, zu bedenken, natürlich gibt es Jugendliche mit einem besonderen Förderungsbedarf, und sie brauchen so etwas wie eine vollzeitschulische Ausbildung mit all den Rahmenbedingungen und Betreuungsmöglichkeiten, die es gibt. Aber ich warne auch davor, den Blick dafür zu verlieren, was dies für die duale Ausbildung bedeuten könnte und ob wir damit nicht eine Konkurrenzsituation schaffen, die wir so eigentlich alle nicht wollen.

Ich glaube, dass die Kollegin vom DGB Bildungswerk den Finger in die Wunde gelegt hat. Sie schaffen damit natürlich ein weiteres vollschulisches Angebot, das an die Stelle der bisher funktionierenden Förderangebote treten wird und das natürlich ein Konkurrenzangebot zur dualen Ausbildung ist. Dass es dort jetzt schon bei der Altersgruppe der bis 18-Jährigen eine Konkurrenzsituation und einen einseitigen Zug in Richtung vollschulischer Ausbildung gibt, haben wir heute Morgen bei dem Setzpunkt der CDU zur Situation der Ausbildung im Handwerk schon beklagt. Wenn man diese Möglichkeit für die jungen Erwachsenen eröffnet, ist doch zu erwarten, dass dadurch das Problem nicht kleiner, sondern größer wird. Daher ist das ein richtiger Schluss, der dort gezogen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb sage ich: Ja, wir müssen etwas für die jungen Geflüchteten tun. Ja, wir müssen etwas für all diejenigen jun-

gen Erwachsenen tun, die keinen direkten Zugang zum dualen Ausbildungssystem haben. Aber es gibt andere Instrumente und Möglichkeiten, um das zu erreichen.

Diese anderen Instrumente und Möglichkeiten hat die Landesregierung auch schon aufgelegt. Es ist eine ganze Reihe von Maßnahmen in diesem Bereich aufgegriffen worden. Die werden vom Sozial- und Wirtschaftsministerium, von der Bundesagentur für Arbeit, den Kammern sowie im Bereich der akademischen Bildung vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst, aber auch vom Kultusministerium verantwortet, weil im Programm InteA eine Öffnung nach oben stattgefunden hat.

Ihr Ansatz geht an dem Ziel, etwas für junge Geflüchtete zu tun, vorbei – einerseits, weil in diesem Bereich schon etwas geleistet wird, und andererseits, weil Sie damit eine Konkurrenzsituation zu anderen Maßnahmen schaffen, die wir nicht wollen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher komme ich zu der abschließenden Bewertung, dass die SPD seinerzeit durchaus auf einen schwierigen Sachverhalt aufmerksam gemacht hat. Das will ich Ihnen zustehen. Der Gesetzentwurf hat nämlich dazu geführt, dass wir uns noch einmal intensiv darüber beraten haben, was junge Geflüchtete in diesem Land brauchen.

Die Landesregierung hat, auch in Kooperation mit der SPD-Fraktion, ein ganzes Maßnahmenpaket zur Integration von Flüchtlingen auf den Weg gebracht. Darauf haben Sie eben per Zwischenruf hingewiesen. Ich glaube, dass dieses Maßnahmenbündel, das wir jetzt auf den Weg gebracht haben, wesentlich besser ist, als wenn wir den Berufsschulzugang für alle bis 27-Jährigen öffnen würden. Denn wir haben zur Förderung von jungen Erwachsenen bereits viele gute Instrumente entwickelt, zu denen wir dann in Konkurrenz treten würden. Das würde Risiken und Nebenwirkungen erzeugen, die wir nicht haben wollen. Daher lehnen wir den Gesetzentwurf heute ab.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege May. – Herr Abg. Greilich, FDP-Fraktion.

Wolfgang Greilich (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden heute über einen Gesetzentwurf der SPD, den es nicht gebraucht hätte, wenn diese Koalition ihre Hausaufgaben gemacht und die Probleme, die wir haben, gelöst hätte.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Insofern legt dieser Gesetzentwurf den Finger genau in die Wunde, die diese Koalition mit ihrer Landesregierung dummerweise verursacht hat.

Ich darf an die Vorgeschichte erinnern. Wir haben es vor der Landtagswahl geschafft – als sich das Flüchtlingsproblem erst in seiner Dimension abzeichnete, als es entstand und die erste Welle ankam –, mit der damaligen Kultusministerin Nicola Beer und ihrem Staatssekretär Lorz ein Programm aufzulegen bzw. Unterrichtsmodelle zu erproben, wie man junge Flüchtlinge auch über die Volljährigkeit

hinaus vernünftig beschulen kann. Das ist dann mit dem InteA-Programm teilweise, aber eben nur halbherzig, umgesetzt worden. Das ist das Grundproblem, warum wir heute diesen Gesetzentwurf auf dem Tisch haben und ihn auch brauchen – herzlichen Dank an die SPD.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

InteA ist ein Rückschritt gegenüber dem, was wir schon vorher auf den Weg gebracht hatten und in Modellschulen implementiert haben, in denen es dann möglich war, junge Flüchtlinge über das Alter von 18 und auch 21 Jahren hinaus zu beschulen und zu unterrichten. Sie haben das reduziert. Zunächst einmal war sehr früh Schluss mit der Schulpflicht; es sollte überhaupt nicht jenseits der normalen Schulpflicht beschult werden. Sie haben die Schulen dann für die Aufnahme von bis zu 21-Jährigen geöffnet. Das war sehr halbherzig, weil Sie die dafür erforderlichen Ressourcen nicht zur Verfügung stellen. Schulen, die davon Gebrauch machen, müssen das zulasten des Unterrichts für andere tun. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist genau der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen eine andere Altersgrenze. Wir brauchen vielleicht nicht unbedingt die Altersgrenze von 27 Jahren. Aber dazu will ich mich heute gar nicht mehr äußern. Herr Merz hat von Anfang an in der Diskussion deutlich gemacht, dass man das locker auf das aus meiner Sicht richtige Alter von 25 Jahren hätte ändern können – wenn denn diese Koalition überhaupt bereit gewesen wäre, den Weg der Vernunft ein Stück mitzugehen.

Aber diese Bereitschaft war nicht vorhanden. Wenn ich heute höre, es sei ein Problem, wenn plötzlich 27-Jährige auf der einen Seite neben pubertierenden Schülern auf der anderen Seite sitzen – Herr Kollege Schwarz, Sie haben das vorgetragen. Herr Kollege Schwarz, gehen Sie einmal in die Berufsschulen. Dort werden Sie sehen, dass Sie diese Situation schon heute haben. Die haben Sie schon immer gehabt. Die haben Sie natürlich auch bei solchen, die mit 21 Jahren aufgenommen werden.

Herr Kollege Schwarz, das Entscheidende ist – und das ist offensichtlich noch nicht in allen Köpfen angekommen –, dass diese Jugendlichen, die dort zu beschulen sind, gebrochene Laufbahnen, Lebensläufe und Bildungslaufbahnen haben. Diese Jugendlichen haben teilweise ein- bis dreijährige Fluchterfahrungen mit traumatischen Erlebnissen hinter sich. Das sind völlig andere Menschen als diejenigen, die hier behütet aufgewachsen sind und in den Berufsschulen landen. Das können Sie sich vor Ort anschauen. Insofern ist es ganz hilfreich, auf die Praxis zu hören. Deswegen war die Anhörung auch so wichtig.

Da muss ich sagen: Das ist schon ein bisschen ein Stück aus dem Tollhaus, wie hier diskutiert wird. Die Anzuhörenden aus der Praxis haben durchgängig gesagt: Na ja, wenn es keinen anderen Weg gibt, dann machen wir es halt mit dem Gesetzentwurf der SPD, das ist dann jedenfalls ein Schritt auf dem richtigen Weg. – Sehr deutlich will ich dazu noch Folgendes sagen: Es geht doch nicht darum, eine Berufsschulpflicht bis zum Alter von 27 Jahren zu implementieren, sondern es geht um das Recht, eine Schule zu besuchen, wenn man noch keinen Abschluss erlangt hat.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Dieses Recht wollen Sie jungen Menschen verwehren, die eine solch gebrochene Lebenslaufbahn hinter sich haben und gerade auf unsere Hilfe angewiesen sind? Dazu sage ich noch eines: Sie versündigen sich nicht nur gegenüber diesen jungen Menschen, sondern Sie versündigen sich damit gegen unsere Gesellschaft. Wir reden hier immer über Integration. Der beste Schlüssel zur Integration ist eine vernünftige Bildung, eine vernünftige Ausbildung. Das ist der Weg zur Integration in die Gesamtgesellschaft. Dazu aber brauchen wir die schulische Bildung, die Sie an dieser Stelle verweigern.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Kollege May, das ist in der Anhörung auch mehr als deutlich geworden. Da ist es schon ein bisschen bemerkenswert, wie hier zitiert wird. Es gab Stellungnahmen aus der Wirtschaft, die waren nicht vollständig unkritisch – aber im Grundtenor waren die positiv,

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

und zwar dahin gehend: Wir brauchen hier eine Verbesserung des Angebots. – Dazu hat man manche Bedenken geäußert. Das darf aber nicht dazu führen, dass insgesamt die Schulen als Ausweichsystem für die duale Ausbildung gewählt werden. Diese Diskussion kennen wir aus anderen Zusammenhängen, und die führen wir auch konkret. Das ist nicht das Thema. Wenn aber jetzt diese Fußnote der Wirtschaft von Ihnen als schlagkräftiges Argument gewählt wird, um das abzulehnen, oder auch wenn man die Vertreterin des DGB Bildungswerkes – nicht des DGB – zitiert, die aus relativ durchsichtigen Interessen – ich will das hier jetzt nicht näher ausführen – eine etwas abweichende Auffassung vertreten hat – – Ich hätte nie gedacht, dass das so zitiert wird.

Herr Kollege May, als ich Sie heute früh hier gesehen habe, haben Sie mich an Arturo Vidal gestern erinnert – keine Angst, nicht etwa von der Eleganz her, das war nicht der Punkt,

(Heiterkeit)

aber in der Art und Weise einer so offensichtlichen Schwalbe, wie Sie das hier mit Ihrer Interpretation des Anhörungsprotokolls versuchen.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos) – Zuruf des Abg. Armin Schwarz (CDU))

Herr Kollege Schwarz oder Herr Kollege May, so etwas sollten Sie uns zukünftig hier ersparen.

(Holger Bellino (CDU): Auch aus fußballtechnischen Gründen!)

– Herr Kollege Bellino, eigentlich wollte ich es nicht erwähnen, aber was mir aufgefallen ist, das ist, erstens, wie leer die Reihen der CDU-Fraktion bei diesem Tagesordnungspunkt sind; und zweitens vor allem, wer da fehlt. Da fehlt z. B. derjenige, dessen Reaktionen bei der Anhörung sehr deutlich waren und an dessen Gesicht man ablesen konnte, dass er gesagt hat: Genau, die haben doch alle recht. – Hugo Klein ist jetzt nicht da. Fragen Sie ihn einmal. Der versteht etwas von der Sache. Der wird Ihnen dann erklären, wie es geht und was das Entscheidende – –

(Holger Bellino (CDU): Der hat zurzeit ein Fachgespräch!)

– Das kann ich gut verstehen. An seiner Stelle wäre mir da auch ein Fachgespräch lieber, als dieser Debatte folgen zu müssen, in dieser Position der Koalitionsmehrheit.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Wie Sie schon sagten, ist das ein Fachgespräch. Er ist da nämlich der Fachmann. Also hätte man ihn vielleicht auch einmal dazu fragen sollen.

(Holger Bellino (CDU): Sie kennen das doch alles!)

Herr Kollege Bellino, ich wiederhole: Das, was wir brauchen, ist eine flexible Vorbereitung der jungen Menschen auf die duale Ausbildung. Wir müssen sie ausbildungsfähig machen. Sie müssen die Menschen zu einer geeigneten Ausbildungsqualifikation hinführen, damit die Ausbildung überhaupt gelingen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in unserem Bildungssystem ist eigentlich klar: Die Herstellung der Ausbildungsfähigkeit, die Hinführung zum Hauptschulabschluss, zum qualifizierenden Hauptschulabschluss ist eine schulische Aufgabe – und keine Aufgabe von Trägern der Erwachsenenbildung.

Deswegen: Kehren Sie um. Werden Sie einmal einsichtig. Ändern Sie Ihr Verhalten. Stimmen Sie gegen Ihre eigene Beschlussempfehlung. Wenn Ihnen das hilft, können wir sie auch nochmals an den Ausschuss zurückgeben.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie kennen das Geschäft! Sie sollten auf dem Teppich bleiben!)

Tun Sie das, wenn die Erkenntnis wachsen sollte, und dann gelangen wir zu einem guten Ergebnis. So allerdings leisten Sie unserer Gesellschaft einen Bärenienst.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Greilich. – Das Wort hat der Kultusminister, Staatsminister Lorz. Bitte.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Anhörung zu diesem Gesetzentwurf, das es heute in zweiter Lesung zu besprechen gibt, entsprach in gewisser Weise einer langen Tradition. Es war nämlich relativ überraschungsarm. Wir hatten einige klare Stellungnahmen. Wir haben eine ganze Reihe von Bedenken und Relativierungen gehört. Insgesamt war es ein relativ uneinheitliches Bild.

Das ist vielleicht das Erste, was man hier klarstellen muss, eine Mär, mit der man aufräumen muss: Es stimmt eben nicht, dass sich alle darin einig gewesen seien, dass die Heraufsetzung der Altersgrenze für die isolierte Berufsschulberechtigung per se eine gute Idee sei.

Worüber sich alle einig waren und einig sind – das hat die Debatte in diesem Hohen Hause ebenfalls gezeigt –, ist die Erkenntnis des generellen Handlungsbedarfs angesichts dieser großen Zahl zugewanderter junger Menschen mit großenteils gebrochenen Lebens- und Bildungsbiografien.

Deswegen – und darüber besteht die Einigkeit – hat die Integration von Flüchtlingen unter anderem durch Spracherwerb und Bildungsteilnahme höchste Priorität. Das gilt auch für die Politik dieser Landesregierung. Das ist die Intention – und das will ich ausdrücklich anerkennen –, die auch dem Gesetzentwurf der SPD zugrunde liegt.

Meine Damen und Herren, das gilt aber in jeder Altersgruppe. Wenn wir jetzt nicht auf den Gedanken kommen, dass einfach alle nochmals in die Schule gehen sollten, dann müssen wir an dieser Stelle differenzieren. Das gilt für die Kinder und Jugendlichen – bei denen es keinen vernünftigen Zweifel daran gibt, dass dort Spracherwerb und Bildungsteilnahme nur oder weitestgehend in der Schule erfolgen müssen. Das gilt für die Älteren, die nun wirklich niemand mehr in die Schule schicken mag. Aber das gilt eben auch für die Altersgruppe dazwischen, und über die reden wir hier.

Über die gibt es deswegen einen Dissens, weil sich hier das Engagement und die Kernkompetenzen verschiedener Bildungsinstitutionen überschneiden.

Meine Damen und Herren, ich will hier wiederholen, was ich schon in der ersten Lesung zu diesem Gesetzentwurf gesagt habe. Das Kultusministerium hat seinen Handlungs- und den schulischen Bildungsauftrag an dieser Stelle mit großem Einsatz angenommen und kommt ihm kompetent nach. Wir haben unser InteA-Programm flexibilisiert und passen es den sich schnell verändernden Anforderungen an. Gerade die Spielräume, die wir mit dem gemeinsam verabschiedeten Asylpaket vom letzten Dezember eingebaut haben, ermöglichen es uns jetzt, junge Erwachsene bis zu einem Alter von 23 Jahren – man muss immer wieder betonen: 21 ist nur das Eintrittsalter, und weil die Maßnahme bis zu zwei Jahre dauern kann, reicht das faktisch bis 23 – zu erreichen.

Herr Greilich, es ist schlicht falsch, dass die Schulen, wenn sie das tun, die Mittel dafür aus dem sonstigen Unterricht nehmen müssen. Lesen Sie nochmals die Beschlüsse. Lesen Sie den Haushaltsplan vom Dezember 2015 nach: Es sind 10 Millionen € extra nur für diesen Zweck bestimmt. Damit werden 4.500 Plätze geschaffen – und dafür wird kein anderer Platz gestrichen und keine andere Unterrichtsversorgung weggenommen, sondern das ist das, was wir im letzten Dezember obendrauf gesetzt haben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Herr Greilich hätte vielleicht einmal ein Fachgespräch führen sollen!)

Meine Damen und Herren: das alles ohne eine Änderung des Schulgesetzes. Das muss man auch einmal klarstellen. Das Gesetz verbietet es doch nicht, dass junge Menschen zu den beruflichen Schulen gehen, auch nicht jungen Erwachsenen. Worüber wir hier reden, das ist ein Rechtsanspruch für alle diese jungen Erwachsenen, dorthin zu gehen.

Meine Damen und Herren, da müssen wir nun beachten: Gerade in dieser Altersgruppe von 23 bis 27 Jahren sind die Ausgangssituationen – etwa was die anererkennungsfähige Vorbildung anbelangt, aber auch die über den Spracherwerb hinausreichenden Bildungsziele – so disparat, und gleichzeitig sind so viele unterschiedliche Akteure am Start, die genau dieser Unterschiedlichkeit mit ihren jeweils spezifischen Instrumenten und Fähigkeiten begegnen – die Hochschulen, die Volkshochschulen, die Wirtschaft,

die Bildungswerke, die Bundesagentur für Arbeit, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und noch viele freie Träger –, dass wir die Chancen dieser Unterschiedlichkeit nutzen müssen

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und uns nicht einbilden dürfen, mit der isolierten Übertragung dieser Altersgruppe in die Verantwortung der beruflichen Schulen das Problem gelöst zu haben.

Nun habe ich Ihnen durchaus zugehört, Herr Merz. Sie sagen immer, das sei kein Allheilmittel. So präsentieren Sie es auch nicht. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren.

(Wolfgang Decker (SPD): Gut! – Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Doch wenn Sie eine Vielfalt von Bildungsträgern und -angeboten haben, dann isoliert für eines davon einen Rechtsanspruch schaffen und sagen, dorthin sollen sie alle,

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

verschieben Sie ganz automatisch die Verantwortung an dieser Stelle und konzentrieren das auf einen bestimmten Bildungsträger oder eine bestimmte Bildungsinstitution.

Nicht alle gesellschaftlichen Anforderungen können einfach über eine Ausweitung der Teilhabe an schulischer Bildung gelöst werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass wir so viele andere Bildungsträger haben, die zum Glück auch in diesem Bereich sehr aktiv sind und die Angebote machen, die ab einem gewissen Alter der bei uns zugewanderten Menschen genauso passend oder sogar passender sind als die Angebote, die die beruflichen Schulen machen können.

Das sehen im Übrigen mehr oder weniger alle Bundesländer so, auch und gerade die sozialdemokratisch regierten. Deswegen hat beispielsweise die neue Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Frau Senatorin Bogedan aus Bremen, SPD, nach unserer letzten Sitzung im Frühjahr ausdrücklich erklärt: An dieser Schnittstelle der beruflichen Bildung sind verstärkt arbeitsmarktpolitische Förderangebote gefragt.

(Gerhard Merz (SPD): Stimmt!)

Für Förderungen auf dem Arbeitsmarkt trägt der Bund Verantwortung – das ist aber ein Sonderproblem. Es geht bei der Altersgruppe der 23- bis 27-Jährigen primär um einen Zugang zum Arbeitsmarkt. Deshalb geht es um arbeitsmarktpolitik und um arbeitsmarktpolitische Förderung. Dazu können die beruflichen Schulen einen Beitrag leisten – deshalb eröffnen wir z. B. die genannten Möglichkeiten zur Flexibilisierung –, aber es ist nicht primär die Verantwortung der beruflichen Schulen, und wir sollten ihnen die primäre Verantwortung dafür auch nicht zuweisen.

Das, was Frau Bogedan zum Ausdruck gebracht hat, war Konsens auf der letzten Frühjahrssitzung der Kultusministerkonferenz. Man muss dazu sagen – auch wenn das aus unserer parteipolitischen Sicht vielleicht eine traurige Feststellung ist –, dass zwölf der 16 Kultusminister – das wird sich jetzt ändern – der SPD angehören. Trotzdem bestand und besteht in dieser Frage ein Konsens unter allen Kultusministerinnen und Kultusministern. Deswegen wäre es ein

Irrweg, mit diesem Gesetzentwurf die Zuständigkeit der beruflichen Schulen beliebig auszuweiten. Wenn ich die Metapher von Herrn Greilich aufgreifen darf: Das wäre eine Art von Schwalbe, aber eine Schwalbe macht bekanntlich noch keinen Sommer.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Das erklärt auch die Bedenken, die im Rahmen der Anhörung von unterschiedlichsten Seiten und unter unterschiedlichsten Aspekten geäußert worden sind, auch wenn jeder das dahinter stehende hehre Ziel erkannt hat. Auf die Bedenken muss ich jetzt nicht mehr im Einzelnen eingehen, denn sie sind schon vielfach angesprochen worden. Sie reichen von einem Disput über die Höhe der Altersgrenze – wobei man sagen muss, dass man, wenn man von weniger als 27 Jahren in der Spitze ausgeht, sich dem annähert, was wir an Flexibilisierung faktisch schon geschaffen haben – über Sorgen, etwa der Kommunalen Spitzenverbände, was die Kapazität der beruflichen Schulen anbetrifft, bis zu den Befürchtungen der Wirtschaftsverbände, die in der Debatte ebenfalls schon mehrfach aufgeschienen sind. Hierzu will ich nur sagen: Wir sitzen in der nächsten Woche wieder im „Bündnis Ausbildung Hessen“ zusammen, übrigens nicht nur mit den Wirtschaftsverbänden, sondern auch mit Gewerkschaftsvertretern. Ich weiß jetzt schon, dass man mir als Kultusminister Schwüre abverlangen wird, dass wir das vollschulische Ausbildungssystem zugunsten der dualen Ausbildung zurückfahren. Das muss man zumindest berücksichtigen, wenn man an dieser Stelle sagt, die Zuständigkeit der Schulen müsse entsprechend ausgeweitet werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gerhard Merz (SPD): Die muss nicht ausgeweitet werden!)

Aus all diesen Gründen vermag ich auch nach dieser Anhörung keinen Änderungsbedarf im Hessischen Schulgesetz zu erkennen, sondern wir bleiben als Landesregierung bei unserer Linie. Wir behalten die Situation im Blick. Wir werden die Entwicklung der Bedarfe genau beobachten. Wir werden die Verzahnung der Bildungsträger und ihrer Angebote vorantreiben. Dabei spielen unsere beruflichen Schulen eine rühmliche und sehr verdienstvolle Rolle, und wir werden natürlich unser eigenes Angebot, wie wir es zuletzt im Dezember getan haben, mit der gebotenen Flexibilität anpassen. Das ist die angemessene Antwort auf die Problemstellung, der wir uns hier gegenübersehen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Das Wort hat der Kollege Gerhard Merz, SPD-Fraktion.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hätte wirklich nicht geglaubt, dass ein so kleiner Vorschlag für ein im Grunde, der Struktur nach, einfaches Problem solche Debatten auslösen kann. Das hätte ich wirklich nicht geglaubt, als wir diesen Vorschlag für eine Gesetzesänderung gemacht haben.

Herr Minister, ich will auf ein paar Ihrer Äußerungen antworten. Sie haben gefragt: Warum schlägt die SPD einen

Rechtsanspruch nur für den Schulbesuch vor? – Für was denn sonst? Muss ich Ihnen wirklich den Unterschied zwischen dem öffentlichen Schulwesen und der vielfältigen Förderlandschaft aus Angeboten freier Träger, teilweise öffentlicher Träger, aus Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit usw. erklären? Muss ich Ihnen tatsächlich erklären, dass wir als Hessischer Landtag nun einmal für das Hessische Schulgesetz zuständig sind, beispielsweise aber nicht für Maßnahmen der BfA? Es ist doch evident, warum wir diesen Vorschlag gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Zweitens. Weil Sie so vehement – diese Vehemenz haben auch andere an den Tag gelegt – gegen die Einräumung eines Rechts auf Schulbesuch für diese Altersgruppe gestritten haben:

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Erklären Sie uns und dem Haus einmal, wie Ihre Bundespartei dazu kommt, eine Pflicht für den Schulbesuch genau dieser Altersgruppe zu fordern. Erklären Sie uns das bitte, lösen Sie diesen Widerspruch auf. Darüber haben wir noch gar nicht gesprochen.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Drittens. Herr Minister, muss ich Ihnen wirklich den Unterschied zwischen der Einräumung eines Rechtsanspruchs und der faktischen Wahrnehmung eines Rechtsanspruchs erklären? Ist es nicht offensichtlich, dass zwischen beidem eine logische, in aller Regel auch eine reale Differenz besteht? Natürlich wird nicht jeder der jungen Volljährigen, von denen wir hier reden, dieses Recht in Anspruch nehmen, nämlich z. B. dann nicht, wenn ihm ein attraktives Angebot auf dem dualen Ausbildungsmarkt gemacht wird, oder auch dann nicht, wenn ihm ein Angebot im Bereich der BfA-Maßnahmen oder von Maßnahmen nach dem Kinder- und Jugendhilferecht – die für die Altersgruppe nach wie vor möglich sind – gemacht wird.

Zu dem von Ihnen vorgebrachten Scheinargument in Bezug auf die Verstärkung der Konkurrenz durch vollschulische Angebote möchte ich sagen: Darum geht es hier gar nicht. Es geht nicht um zusätzliche vollschulische Angebote, sondern darum, die vorhandenen vollschulischen Angebote, die oft in enger Verzahnung mit der beruflichen Praxis, insbesondere mit Handwerksbetrieben, dargestellt werden, für eine neue Zielgruppe zu öffnen. Es geht nicht um zusätzliche vollschulische Angebote. Deswegen geht Ihr Argument, Herr Minister, fehl.

Sie haben wieder einmal einen Beitrag zu den offenen hessischen Meisterschaften im Offene-Türen-Einrennen geleistet. Das haben heute auch viele andere getan. Natürlich sind Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik erforderlich. Dafür gibt es jetzt Gott sei Dank einen Ansatz, auch für Jüngere. Ich sage aber noch einmal: Es geht hier um ein sehr begrenztes Problem, nämlich die Abschaffung bürokratischer Hürden in Gestalt einer Altersgrenze für die Inanspruchnahme eines Teilförderangebots – das quantitativ nicht ausgeweitet werden soll –, damit an ihm mehr junge Volljährige teilnehmen. Darum geht es, um nichts anderes.

Vor diesem Hintergrund hätte ich gerne noch eine Auskunft von Ihnen, Herr Minister. Sie haben gesagt – das habe ich mit Interesse gehört –, es gebe zwar eine Altersgrenze

ze, aber es sei niemandem verboten, junge Volljährige aufzunehmen. Heißt das, dass die beruflichen Schulen auf der gegenwärtigen Rechtsgrundlage Schüler bis zum 27. Lebensjahr aufnehmen dürfen? Werden, wenn sie es tun, die jungen Volljährigen bei der Bemessung der Stellenzuweisungen angerechnet oder nicht angerechnet? Das hätte ich gerne von Ihnen beantwortet. Das war nämlich die einzige wirklich bemerkenswerte Aussage in Ihrer heutigen Rede.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Greilich, FDP-Fraktion.

Wolfgang Greilich (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin vorhin vom Herrn Minister zitiert und darauf hingewiesen worden, ich hätte etwas Falsches vorgetragen, als ich gesagt habe, dass die Schulen dafür bestraft werden, wenn sie auch ältere Schüler in diesem Segment aufnehmen, dass das zulasten des sonstigen Unterrichts geht.

Herr Minister, ich habe mir erlaubt, auf der Homepage Ihres Ministeriums nachzusehen. Es ist relativ einfach: Natürlich steht da nirgends, dass Sie die Schulen bestrafen, dass Sie den Schulen etwas wegnehmen.

Tatsache ist – es ist dort nachzulesen –: Das InteA-Programm – da darf ich dem Kollegen Merz vielleicht noch ein paar aktuelle Informationen liefern – ist für Schüler im Alter von 16 bis 18 Jahren ausgelegt.

Wir haben ansonsten von der Landesregierung gehört und das in Form der Antwort auf die Anfrage des Abg. Degen vom letzten Herbst schriftlich bekommen, dass in begrenztem Rahmen auch eine Aufnahme von 18- bis 21-Jährigen zulässig ist, wobei im Einzelfall immer wieder Diskussionen darüber entstehen, ob man die 20-Jährigen zwei Jahre lang beschulen darf und wie sich das auf die Lehrerzuweisung auswirkt. Herr Minister, es geht nämlich letztlich darum, ob man das bei der Lehrerzuweisung entsprechend berücksichtigt.

Eines ist nämlich klar – das stand noch vor fünf Minuten auf Ihrer Homepage; daran hat sich in den letzten 14 Tagen nichts geändert –: Wenn sich Schulen entscheiden, über 18-jährige Schüler aufzunehmen – was sie dürfen –, geht das zulasten der Lehrerversorgung, die sie sowieso haben, da sie für diese zusätzlichen Schüler keine zusätzlichen Lehrer bekommen. Das führt dazu, dass rechnerisch – mit dem Rechnerischen haben wir es morgen bei unserem Setzpunkt noch einmal zu tun – pro Schüler weniger Lehrer zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Sie können zwar sagen: „Der Lehrer ist da, er muss nur etwas anderes machen“, aber das hilft einem im Einzelfall letztlich auch nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kultusminister.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Um auf die Frage von Herrn Merz und Herr Greilich, auch auf Ihren Punkt noch einmal einzugehen: Wir reden hier in der Tat über die Konsequenzen der Altersgrenze bei der Berufsschulberechtigung. Die liegt im Moment, wie übrigens in allen anderen Bundesländern – mit einer Ausnahme –, bei 18 Jahren. Das heißt, bis zum Alter von 18 Jahren hat man einen Rechtsanspruch, und bis die Schüler dieses Alter erreicht haben, erfolgt die Lehrerzuweisung nach den ganz normalen Regeln. Das gilt auch für die InteA-Gruppen.

Dann haben wir ein spezielles Programm geschaffen und es mit 10 Millionen € ausgestattet, um 4.500 zusätzliche Plätze für die Zielgruppe der über 18-Jährigen einzurichten und ihnen somit, in Verzahnung mit den anderen Bildungsträgern, den Spracherwerb zu ermöglichen. Das ist extra finanziert. Daran sieht man, dass die Altersgrenze, die im Hessischen Schulgesetz verankert ist, in keiner Weise ein Hindernis dafür ist, zusätzliche Plätze einzurichten und zu finanzieren. Das zeigt, dass die Diskussion über die Konsequenzen dieser Altersgrenze an diesem Punkt zum Teil eine Scheindebatte ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes in zweiter Lesung seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, DIE LINKE und die FDP. Wer ist dagegen? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf in zweiter Lesung abgelehnt wurde.

Wir wollen jetzt keinen weiteren Tagesordnungspunkt aufrufen, sondern in die Mittagspause eintreten. Ich will noch darauf hinweisen, dass zu Beginn der Mittagspause der Untersuchungsausschuss 19/1 im Sitzungsraum 510 W zu einer Sitzung zusammenkommt. Wir unterbrechen die Sitzung bis 15 Uhr. – Vielen Dank, alles Gute, guten Appetit, Glück auf.

(Unterbrechung von 12:33 bis 15:00 Uhr)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung kann nach der Mittagspause jetzt weitergehen.

(Unruhe)

– Darf ich vielleicht um etwas Ruhe bitten?

Noch eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN betreffend „Panama Papers“ belegen Notwendigkeit weiterer nationaler und internationaler Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Drucks. 19/3306. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 59 und kann zu-

sammen mit Tagesordnungspunkt 42 zu diesem Thema aufgerufen werden.

Außerdem eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Handels- und Investitionsschutzabkommen CETA im Bundestag und Bundesrat ablehnen, Drucks. 19/3307. – Auch hier wird die Dringlichkeit bejaht, und der Antrag wird Tagesordnungspunkt 60. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion.

Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 42** auf:

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Konsequenzen aus den „Panama Papers“ ziehen – Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit herstellen – Drucks. 19/3280 –

zusammen mit dem **Tagesordnungspunkt 59**, den wir gerade auf die Tagesordnung genommen haben.

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Erster Redner ist Kollege van Ooyen für die Fraktion die LINKE.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! „Oh, wie schön ist Panama“ war nicht nur die abgegriffene Überschrift in zahlreichen Medien über den Artikeln zu den heute behandelten Panama Papers, es war natürlich auch der Titel eines Kinderbuches, in dem sich Tiger und Bär auf den Weg in ihr Traumland Panama begeben haben.

Panama klingt sowohl in den Überschriften als auch in dem Kinderbuch vor allem wie ein Ort, der weit weg ist – jedenfalls so weit, dass er nicht als Zuhause gilt. Was die Überschriften der Zeitungen und Onlinemedien angeht, hat das den für deutsche Finanzminister angenehmen Vorteil, dass die anderen schuld daran sind, wenn Schwarzgeld gewaschen wird und Steuern hinterzogen werden. Es lohnt sich aber, wie gesagt, das Kinderbuch weiter zu lesen. Und so wie es Bär und Tiger im Kinderbuch ergeht, kann man auch die Geschichte der Panama Papers erzählen. Ein bisschen Panama gibt es auch hier. Oder, wie es der Autor Janosch vor einigen Jahren der „Frankfurter Rundschau“ sagte: „Jeder lebte schon immer im Paradies, hat es nur nicht gewusst.“ In unserem Fall bedeutet das das Steuerparadies.

Dabei haben es ja wohl einige schon gewusst. Der hessische Finanzminister beispielsweise erklärte etwa kürzlich: „Der Steuerbetrug mithilfe von Briefkastenfirmen im Ausland ist uns selbstverständlich nicht erst seit den Veröffentlichungen der Panama Papers bekannt.“ Und in der Tat sind die Panama Papers nichts gänzlich Neues. In den letzten Jahren konnte man sich schon fast daran gewöhnen – von der Liechtensteiner Steueraffäre über die sogenannten Offshore Leaks, die Luxemburg Leaks, die Swiss Leaks bis jetzt zu den Panama Papers. Immer wieder wird deutlich, dass, wie es Finanzminister Dr. Schäfer sagte, „der Steuerbetrug mit Auslandsbezug weiterhin ein entschlossenes und konzentriertes Vorgehen von Staat und Gesellschaft erfordert“. So auch in Ihrem jetzt vorgelegten neuen Antrag, der heute zur Abstimmung steht. Irgendwie muss das passieren.

Nur frage ich mich so langsam, wann das eigentlich geschehen soll. Der Bundesfinanzminister ist im Moment auch wieder dabei, den eigentlichen Skandal auszusitzen.

Denn das entscheidende Problem ist nicht, dass es einige wenige mit besonders gewieften Methoden schaffen, Steuern zu hinterziehen, Schwarzgeld zu waschen und ihr Vermögen geheim zu halten. Das Entscheidende ist, dass dies seit Jahren und Jahrzehnten in Deutschland, ja eigentlich in ganz Europa wohlwollend geduldet wird. So war es die rot-grüne Bundesregierung unter Finanzminister Eichel, die die sogenannte Cum-Ex-Geschäfte, die Hedgefonds, das Casino insgesamt ermöglichte und jahrelang unter dem Druck der Bankenlobby verhinderte, dass die entstandene Lücke geschlossen wird. Allein durch diese Lücke bei den Cum-Ex-Geschäften gingen dem Fiskus etwa 12 Milliarden € an Einnahmen verloren.

Oder nehmen sie den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, der während seiner Amtszeit als luxemburgischer Premierminister seit 2002 komplizierte Steuerabkommen zwischen Hunderten internationaler Konzerne und Luxemburg abgeschlossen hat. Dadurch wurden Hunderte Milliarden Euro durch Luxemburg geschleust, und die Konzerne sparten Steuern in Millionen- und Milliardenhöhe. Solche Steuerabkommen gab es beispielsweise zwischen Luxemburg und Amazon, FedEx, IKEA, Pepsi, Procter & Gamble, Deutscher Bank und E.ON.

Oh, wie schön ist Panama. Und in der Tat ist Deutschland mehr als nur ein Stück auch wie Panama: Deutschland belegt beim Schattenfinanzindex 2015 Platz 8. Panama muss sich mit einem bescheidenen Platz 13 zufrieden geben. Auf Deutschland entfallen über 6 % des globalen Marktes für Offshore-Finanzdienstleistungen. Es ist ein sicherer Hafen für die gestohlenen Reichtümer von Diktatoren, für Steuerfluchtgelder und Mafiavermögen aus aller Welt.

In Hessen regiert mit der CDU eine Partei, die ihren Wahlkampf einst mit Schwarzgeld finanzierte. Erinnerung sei daran, dass der Bundesfinanzminister damals 100.000 D-Mark in bar von einem Waffenschieber angenommen hat.

(Anhaltende Zurufe von der CDU: Frechheit! – Thema verfehlt! – Glockenzeichen der Präsidentin)

Wenn uns nun wieder einmal die gleichen Akteure, die seit Jahren und Jahrzehnten Steuerhinterziehung dulden und zum Teil sogar fördern, sagen, dass jetzt endlich etwas geschehen muss, dann ist das langsam, aber sicher lächerlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Maßnahmenpaket von Herrn Schäuble aus seinem Zehnpunkteplan etwa enthält lediglich Maßnahmen, die entweder bereits seit Jahren angekündigt oder vereinbart sind, aber immer noch nicht umgesetzt werden, sowie Maßnahmen, die von anderen durchgeführt werden sollen, oder aber Vorschläge, die so unkonkret sind, dass wir noch lange gespannt sein dürfen, was sich überhaupt dahinter verbirgt.

Statt diesem Zögern und Zaudern, ja statt diesem Aussitzen fordere ich einige ganz konkrete Schritte. Zum einen will ich, dass die Hessische Landesregierung endlich der Forderung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft nachkommt und die personelle Ausstattung der Steuerbehörden verbessert, und zwar konsequent.

(Beifall bei der LINKEN)

Es kann nicht angehen, dass wir immer wieder sehen, dass Banken und Konzerne den Steuerbehörden personell schlicht so weit überlegen sind, dass diese gar keine Chan-

ce haben, deren Steuertricks zu durchschauen und Steuerhinterziehung konsequent zu verfolgen.

Zum anderen will ich aber auch, dass wir endlich wieder dazu kommen, dass die großen Vermögen, die hier immer wieder eine Rolle spielen, als Vermögen überhaupt wieder besteuert werden;

(Beifall bei der LINKEN)

denn die Geschäfte, über die wir hier reden, sind nicht die Geschäfte von Kleinsparern oder von Menschen, die es durch Talent und Leistung zu Vermögen gebracht haben.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland noch viel größer ist als bisher angenommen. Demnach besitzen die reichsten 10 % der Bevölkerung zwischen 63 und 74 % des Vermögens, das reichste Prozent der Deutschen rund ein Drittel der Privatvermögen und die reichsten 0,1 % rund 15 % der Vermögen.

Diese Reichen und Superreichen sind es, die wir endlich wieder durch eine Vermögensteuer dazu heranziehen müssen, sich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen. Unter ihnen dürften auch diejenigen sein, die einen großen Teil der Schäden verursachen, die durch Steuerhinterziehung und sogenannte Steueroptimierung entstehen; denn normale Angestellte und kleine Unternehmer haben überhaupt nicht die Möglichkeiten für diese Art der Kriminalität. Und hier ist klar, dass Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit zwei Seiten der gleichen Medaille sind.

Deshalb ist es Zeit, zu handeln, und zwar schnell und sehr konkret. Allerdings fürchte ich, dass sowohl Schwarz-Grün in Hessen als auch die Große Koalition nicht willens sind, etwas wirklich Grundsätzliches gegen Steuerflüchtlinge zu tun. Schließlich handelt es sich nicht um richtige Flüchtlinge; gegen die hätte man sicherlich schon längst etwas in der Tasche oder etwas unternommen.

(Michael Boddenberg (CDU): Reden Sie von Frau Wagenknecht, oder von wem reden Sie? – Weitere Zurufe von der CDU)

Ein Hinweis sei mir noch gestattet, Herr Minister Schäfer. Wenn Sie in der gestrigen „FAZ“ betonen, dass Sie alle Steuerbetrüger fassen werden, dann sollte in der Ausbildung von Steuerbeamten der Satz von Karl Marx erkenntnisleitend vermittelt werden:

(Zurufe von der CDU)

Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10 % sicher, und man kann es überall anwenden; 20 %, es wird lebhaft; 50 %, positiv waghalsig; für 100 % stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 %, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herzlichen Dank. – Als Nächste spricht Kollegin Arnoldt, CDU-Fraktion.

Lena Arnoldt (CDU):

Sehr geehrte Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr van Ooyen, Sie haben gerade eben gesagt, die Bemühungen der Finanzminister in diesem Bereich seien lächerlich. Wissen Sie, was lächerlich ist? – Dass Ihr Antrag überhaupt nicht die Vorgaben unserer Geschäftsordnung erfüllt. Ist Ihnen das aufgefallen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Ist das jetzt Kritik an der Landtagsverwaltung? – Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist nämlich beispielsweise auch lächerlich. Es fehlt nämlich nach § 27 Abs. 2 der Hinweis, was wir hier eigentlich beschließen wollen. Das zum Thema „lächerlich“.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Dann hätte ihn der Präsident nicht zugelassen!)

Von daher reicht schon dieser Formfehler für eine Ablehnung. Aber auch die von Ihnen vorgebrachten Argumente lassen uns zu keinem anderen Ergebnis als zur Ablehnung kommen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Hermann Schaus und Janine Wissler (DIE LINKE) – Weitere Zurufe von der CDU)

– Frau Wissler, jetzt bin ich dran. Sie sind gleich dran. – Sie haben es erwähnt: das Kinderbuch „Oh, wie schön ist Panama“, die Geschichte von dem kleinen Bären und dem kleinen Tiger, die nach Panama reisen wollen, weil es dort eigentlich so viel schöner ist. Sie stellen fest, dass sie über Umwege wieder zu Hause ankommen, dass sie dort überaus glücklich und zufrieden sind und es sich lohnt, dort zu leben. Wie passt das zum vorliegenden Sachverhalt? – Recht gut; denn genau da wollen wir hin.

(Zurufe der Abg. Hermann Schaus und Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ach ja?)

Wir wollen erreichen, dass sich Unternehmer, Investoren und Vermögende darauf zurückbesinnen, woher sie kommen, und erkennen, dass ihre Heimat viel schöner ist als ein Ziel, das laut Aussage des kleinen Bären so erstrebenswert sein soll. Sie sollen erkennen, dass hierzu auch gehört – das möchte ich besonders betonen –, sich fair an der Finanzierung des so schönen Gemeinwesens zu beteiligen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage, die uns dabei beschäftigen sollte, ist: Wie kommen wir da hin? Wie vermeiden und bekämpfen wir Steuerflucht und Steuerhinterziehung in Deutschland?

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Genau!)

Kollege van Ooyen, da komme ich bereits an den Punkt, an dem ich ihr eben vorgetragenes Märchen etwas entzaubern muss. Ihre kleine Wunschliste an die Landesregierung, die Sie uns da vorlegen, hat aus unserer Sicht rein gar nichts mit dem zentralen Problem zu tun. Lassen Sie mich einen Blick darauf richten, wo wir schon erfolgreich auf dem Weg sind.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Bei den Steuerfahndern z. B.!)

Erstens haben wir im Rahmen des Fünfpunkteprogramms zur verstärkten Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität im Bereich der Betriebsprüfer und der Steuerfahnder insgesamt 105 zusätzliche Einstellungen in den

letzten drei Jahren vorgenommen. Seit 2005 wurde der Bereich der Betriebsprüfung bereits um gut 25 % personell verstärkt. Dank der guten und professionellen Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Steuerverwaltung konnten allein im Jahr 2014 5.986 Ermittlungsaufträge der Steuerfahndung erfolgreich abgeschlossen werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Zweitens führten die durchgeführten Maßnahmen der Steuerfahndung im Jahr 2014 zu Steuermehreinnahmen von über 364 Millionen €. An diesem Punkt möchte ich ganz ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Finanzverwaltung, beim Zoll, bei der Staatsanwaltschaft und auch bei der hessischen Polizei sowie unserem Minister Dr. Thomas Schäfer zu diesem Erfolg gratulieren und mich im Namen unserer Fraktion für ihren Einsatz bedanken.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Unsere Steuerfahnder und Betriebsprüfer machen eine hervorragende Arbeit, sind unverzichtbar und direkt beteiligt am Erfolg bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Durch fremde CDs allerdings!)

Die Zahlen sprechen für sich.

Drittens ist die Vermögensteuer nicht nur aus unserer Sicht kein geeignetes Instrument für mehr Steuergerechtigkeit und schon gar kein Instrument, um Steuerflucht und Steuerhinterziehung in irgendeiner Form aufzuhalten oder zu bekämpfen. Dazu benötigt man etwas mehr als Ihre ständige Leier von der Vermögensteuer, die, wie Sie ja auch wissen, bisher nicht verfassungskonform ist.

(Zurufe der Abg. Hermann Schaus und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Sie vergessen auch immer wieder, dabei zu erwähnen, dass in Deutschland bereits mehr umverteilt wird als in fast allen OECD-Ländern

(Janine Wissler (DIE LINKE): Aber nicht in die richtige Richtung!)

und dass der Anteil der ärmsten 25 % der Bevölkerung an dem verfügbaren Einkommen in den vergangenen 20 Jahren annähernd stabil geblieben ist. Das vergessen Sie in dem Zusammenhang.

Nun möchte ich zu dem eigentlichen Problem zurückkommen. Das Schlusszitat aus der auch von Ihnen zitierten Geschichte von dem kleinen Bären und dem Tiger, die nach Panama wollen, ist: „Wenn man einen Freund hat, braucht man sich vor nichts zu fürchten.“

Wer hat denn diesen Freund? – Die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in diesem Land haben uns als Freund. Die haben hier in Deutschland und auch im Land Hessen viele Freunde.

(Zurufe von der LINKEN)

Dazu zähle ich unsere Fraktionen, unseren Finanzminister und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Finanzverwaltung. Die brauchen nichts zu fürchten. Das gilt unserer Meinung nach selbstverständlich auch für alle ehrlichen Unternehmer, auch wenn sie international tätig

sind, und auch für in Panama tätige ehrliche und faire Unternehmen. Wir stellen niemanden unter Generalverdacht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jedoch müssen sich diejenigen fürchten, die nicht zuletzt durch die Veröffentlichung der Panama Papers nun identifiziert und auch strafrechtlich mit allen Konsequenzen zu verfolgen sind.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Steuerhinterziehung ist eine Straftat und muss bekämpft werden. Jeder einzelne Steuerhinterzieher schädigt das Gemeinwesen und hat somit jedes Verständnis unsererseits verwirkt.

Wer die Vorzüge des Rechts- und Sozialstaates genießt und daraus privaten oder unternehmerischen Nutzen zieht, muss dafür auch die vorgeschriebenen Steuern entrichten, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer feststellt, dass er jenseits der Panama Papers einen Fehler begangen hat, sollte diesen Fehler schnellstmöglich korrigieren und sich ehrlich machen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ganz aus Versehen habe ich mein Geld in Panama angelegt!)

Übrigens ist eine strafbefreiende Selbstanzeige nicht mehr möglich, sobald Finanzbehörden Hinweise auf konkrete Sachverhalte vorliegen; bei Verfehlungen also möglichst schnell reinen Tisch machen und nicht darauf hoffen, dass man nicht erwischt wird. Dann schläft es sich auch gleich viel ruhiger.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bekämpfung der Steuerkriminalität in Hessen und in Deutschland sehen wir in guten Händen. Das wird nicht ausgesessen, Herr van Ooyen. Wir begrüßen die Bemühungen der Landes- und der Bundesregierung sowie der Beteiligten in den Behörden ausdrücklich. Das hessische Fünf- und Zehnpunkteprogramm sind aus unserer Sicht der richtige Weg, um Steuerhinterziehung, aggressive Steuer- und Vermögensvermeidung sowie leichtfertige Steuerverkürzung zu bekämpfen. Hier wird nichts ausgesessen.

Aber wir wissen auch, dass wir dieses Problem auf internationaler Ebene angehen müssen. Ein Staat allein kann dies nicht lösen. Eine Zusammenarbeit über die Grenzen von Nationalstaaten hinweg ist für uns unerlässlich. Deswegen sind wir davon überzeugt, dass die EU und die OECD beim Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht Schlüsselrollen einnehmen müssen. Wir benötigen ein hohes Maß an Transparenz; diese wird nicht zuletzt durch die Regelungen des automatischen Informationsaustauschs und durch die Einführung eines international vernetzten Registers für Unternehmenskonstruktionen einschließlich der Briefkastenfirmen geschaffen.

Das wirksamste Mittel gegen Steuerhinterziehungen ist nicht die Vermögensteuer; es sind scharfe gesetzliche Regelungen und eine konsequente Strafverfolgung, nicht nur auf nationaler, sondern insbesondere auf internationaler

Ebene. Wir unterstützen daher unseren Bundesfinanzminister Dr. Schäuble dabei, den Druck gegenüber Staaten, die Steuerhinterziehung und Geldwäsche begünstigen, mithilfe seiner Kollegen der G-7- und der G-20-Staaten weiter aufzubauen. Die von mir vorgetragenen Fakten zeigen deutlich, dass wir auf allen politischen Ebenen bereits auf dem richtigen Weg sind. Die Forderungen der LINKEN braucht es dazu nicht.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die Forderungen schon!)

Die Tatsache, dass von den 200.000 Briefkastenfirmen in Panama nur etwa 1.000 aus Deutschland kommen, untermauert noch einmal die Effektivität unserer Steuerverwaltung.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Es ist nicht eine Firma, die so etwas macht!)

Wir in Hessen leisten insbesondere mit unserer schlagkräftigen Steuerverwaltung einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Ich finde, wir können stolz darauf sein, dass Hessen bei den Prüfungsquoten von Großbetrieben bundesweit regelmäßig an der Spitze liegt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Frau Kollegin Arnoldt, kommen Sie bitte zum Schluss.

Lena Arnoldt (CDU):

Ich komme zum Schluss. – In diesem Sinne rufe ich allen zu: Lassen Sie sich vom kleinen Bären nicht irgendwelche Fantasiekonstrukte und Märchen auftischen, sondern bleiben Sie seriös. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Warnecke, SPD-Fraktion.

(Holger Bellino (CDU): Es ist doch schon alles gesagt!)

Torsten Warnecke (SPD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Briefkastenbesitzerinnen und -besitzer!

(Heiterkeit bei der SPD)

Was findet meine Nachbarin, was findet mein Nachbar zu meist im Briefkasten? – Rechnungen, beispielsweise Nachforderungen der Stadtwerke

(Gerhard Merz (SPD): Werbung!)

– und Werbung –, aber nicht das, worüber wir uns heute unterhalten, nämlich Geld. Geld, das dort in diesen Briefkasten hineingelangt, und dazu bedarf es offenkundig einer

Firma, obwohl andere wie die Bundesrepublik Deutschland hierauf einen Anspruch haben.

Frau Arnoldt, wir reden jetzt über Fakten. Deshalb darf ich jetzt mit der Erlaubnis der Präsidentin zitieren, was ein Unternehmen namens „Focus“ – Stichwort: Pauschalverdacht – folgendermaßen beschreibt:

Unternehmen und Privatpersonen nutzen Briefkastenfirmen oft, um Geldtransfers zu verschleiern. Sofern das Geld bei mehreren Briefkastenfirmen angelegt ist, kann nur schwer nachgewiesen werden, woher es stammt. Besonders Kriminelle nutzen solche Firmen, um ihre illegalen Einnahmen zu „waschen“. Für Unternehmen und Privatpersonen sind Briefkastenfirmen lukrativ, da Finanzämter kaum einen Überblick über sie haben. So lassen sich Steuern in großem Stil hinterziehen. Das Firmenkonstrukt an sich ist jedoch erst einmal nicht illegal.

So weit, so gut. Über die Dimensionen, über die Herr van Ooyen hier berichtet hat, wird in diesem Zusammenhang nicht geredet. Aber offenkundig liegt dem Ganzen ein Grundkonstrukt zugrunde, nämlich zu fragen: Wie kann ich dem Staat ihm zustehende Einnahmen vorenthalten oder im Steuerbetrugsfall möglicherweise gar Einnahmen, die der Staat gar nicht bekommen hat, selbst generieren?

Herr van Ooyen, warum füge ich das hinzu? – Aus dem einfachen Grund: Ich glaube, dass diese Cum-Ex-Geschäfte, über die in der Bundesrepublik Deutschland in großer Aufregung diskutiert wird, wenn man diese richtig versteht, einen sachlogischen Zusammenhang haben, der seitens der Politik, vielleicht aber auch von so manchem Juristen nicht richtig betrachtet wird; denn das Geschäft zielt offenkundig nicht darauf ab, die Dividende, die einem zusteht, mehrfach auszuzahlen, sondern nur die Steuerbegünstigung.

Jetzt müssen wir uns auch fragen, wer das Ganze abwickelt: Banken. Diese Banken haben nicht demjenigen Dividenden ausgezahlt, der in diesem schnellen Drehen des Aktienkaufs eigentlich auch eine Dividende bekommen müsste – dann hätte die Aktiengesellschaft gesagt: „Moment einmal, das, was wir ausgezahlt haben, übersteigt ein Vielfaches dessen, was wir auf unserer Jahreshauptversammlung beschlossen haben“ –, sondern es ging nur zulasten des Staates.

Meine Damen und Herren, bedenken Sie einmal, welches geistiges Potenzial dadurch verschenkt wird. Sowohl in Deutschland als auch auf der ganzen Welt gibt es hoch qualifizierte Leute, die sich damit beschäftigen, diesen sachlogischen Zusammenhang zu negieren und zu glauben, dass der Staat jemals die Absicht gehabt habe, Leuten, die keine Steuerbegünstigungen kriegen sollten, Steuerbegünstigungen zu zahlen. Das wird sogar von Banken unterstützt, indem diese diesen sachlogischen Zusammenhang negieren.

Sie hätten die Dividenden ja wie die Weltmeister an die Aktionäre ausstreuen können und hätten anschließend der Nachforderung von Mannesmann oder von wem auch immer begegnen müssen, die gesagt hätten: „Moment einmal, das ist unser Geld; das hättet ihr gar nicht ausschütten dürfen“. Daher sollten wir bei der Beurteilung vieler dieser Konstruktionen vielleicht einfach einmal darüber nachdenken, wie die Nachbarin über eine Briefkastenfirma denkt und nicht wie hoch komplizierte juristische Konstrukte entwickelt werden.

In diesem Zusammenhang ein weiterer Hinweis: Es geht nicht allein um Briefkastenfirmen; es geht auch um Stiftungen. Ich darf den sachlogischen Zusammenhang zitieren, den wiederum der „Focus“ nach dem Slogan „Fakten, Fakten, Fakten“ formuliert hat:

Damit die Spur des Geldes verwischt wird, gründen die Briefkastenfirmen in einem weiteren Schritt Stiftungen. Dort landet schließlich das Geld, das der Treugeber dem heimischen Fiskus oder anderen Behörden entziehen möchte. So versteckt er die Spur zu sich immer weiter. Für die Verwaltung der Stiftungen sind dann ebenfalls Strohmänner zuständig.

Das wird im „Focus“ in wenigen Sätzen skizziert, und wir lassen uns als Politiker vorwerfen, dass wir diesen Zusammenhang nicht erkennen. Jetzt können wir darüber diskutieren, dass manche Stiftungen mit Briefkastenfirmen zusammenarbeiten und dass manches, was dann dort funktioniert oder nicht funktioniert, so eigentlich gar nicht gedacht war. Das können wir alles diskutieren. Aber wir müssen uns doch auch fragen, was der Sinn und der Zweck ist und ob wir solche Konstruktionen überhaupt zulassen wollen.

Im Antrag der LINKEN ist dankenswerterweise auch die Frage aufgeführt, ob wir den Banken als Drehscheibe daher nicht die Lizenzen entziehen sollten. – Ja, auch die SPD-Bundestagsfraktion ist hierfür. Auf europäischer Ebene gibt es auch dazu eine klare Meinung des EU-Parlaments. Vielleicht ist das ein Druckmittel. Ein zweites Druckmittel sind offenkundig nicht irgendwelche Sanktionen im Anschluss „in Form von Barmitteln“, wie das so schön heißt, sondern Sanktionen in Form von Haftstrafen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei dem einen oder anderen führt die Haftstrafe offenkundig zu der notwendigen Hirnklärung. Aber wir reden eigentlich über etwas ganz anderes. Wir reden eigentlich – das ist übrigens von meinen beiden Vorrednern angesprochen worden – über das Fundament unserer Gesellschaft. Dabei geht es nicht immer um Legalität – dazu habe ich in Verbindung mit den Cum-Ex-Geschäften schon etwas gesagt –, sondern um die Legitimität. Wie kann man überhaupt auf solche Ideen kommen?

Sie kommen nicht auf die Idee, mit einem Produkt etwas Vernünftiges produziert zu haben und dafür einen ordentlichen Preis und einen ordentlichen Gewinn zu erzielen, sondern sich in irgendwelchen Sphären, im wahrsten Sinne des Wortes, Geld zuzuordnen. Vielleicht noch eines: Wie kindlich das zugleich zugeht, merken Sie daran, dass diese Briefkastenfirmen z. B. „Winnie Puuh“, „Harry Potter“ oder „Askaban“ heißen. Was ist das eigentlich für eine infantile Bande, die sich da als Elite geriert?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, da wir auch mit der Frage befasst sind, ob das so neu ist und ob man das von heute auf morgen abschaffen kann – Letzteres sicherlich weniger, weil der Fantasie wenig Grenzen gesetzt sind –, zitiere ich:

Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen.

Das ist aus dem Heidelberger Programm der SPD von vor nunmehr 90 Jahren. Weiter heißt es:

Weiterbildung der Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer. Gleichmäßige und einheitliche Steuerveranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfungen.

Deshalb werden wir dem Antrag der LINKEN zustimmen. Ich merke allerdings an, dass die 1.250 Stellen, von denen Sie reden, sehr sportlich sind, Herr van Ooyen. Sie werden in dieser Legislaturperiode auch nicht in irgendeiner Form zu verwirklichen sein. Damit nimmt man eine Zielbeschreibung vor, aber auch nicht mehr. Nicht, dass es nachher heißt, wir hätten zugestimmt, und jetzt müssten in den nächsten zwei Jahren die Stellen her. Das ist eine Zielbeschreibung.

Was wollen wir damit zum Ausdruck bringen, liebe Kolleginnen und Kollegen? – Das Thema wird uns weiterhin begleiten. Offenkundig wird viel Intelligenz von Menschen hineingesteckt, etwas zu tun, was keiner als legitim erachtet. Dieser kriminellen Energie, die dahintersteckt, gilt es strafrechtlich und staatlich zu begegnen. Das müssen wir auch auf europäischer Ebene tun.

Ich darf eine Anmerkung machen, die auch mit der Diskussion über den Plan, in Großbritannien eine Volksabstimmung durchzuführen, in Zusammenhang steht. Es mag auch nicht klug gewesen sein, Großbritannien damit zu locken, dass es zukünftig in der EU über die Finanz- und Steuerpolitik, die den Euroraum betrifft, mitbestimmen soll. – Das als kleiner Hinweis. – Die EU sollte in ihrem Euroraum vorangehen. Wir sind ein so großer Wirtschaftsraum, dass wir in der Lage sind, das eine oder das andere zu bekämpfen.

Damit Sie nicht glauben, dass das nur ein Problem des Auslands, von, wie man gehört hat, armen Ländern ist, die sich einer zusätzlichen Einnahmequelle bedienen: Es gibt in den USA den Staat Delaware, der offenkundig mit 200.000 Briefkastenfirmen und rund 900 Millionen \$ Einnahmen, die daraus generiert werden, ein Viertel seiner Staatseinnahmen bekommt. Das ist ein kleiner Bundesstaat der USA, der für sich die Möglichkeit ausgelotet hat, bei sich, wo man nichts ansiedeln kann, zu Geld zu kommen.

Ich würde das Panama auch nicht unbedingt vorwerfen. Diejenigen, die dort agieren, sind nicht die Panamaer. So viele reiche Diktatoren und Oligarchen usw. kann es in diesem armen Land gar nicht geben. Die gibt es eher in Russland, wo beispielsweise ein hoch angesehener kompetenter Geiger auf einmal von einer Bank einen Kredit über 2 Milliarden \$ bekommt, um damit seine Spielchen zu betreiben und irgendwelches Kulturgut zu kaufen. Das ist sehr erstaunlich.

Wir haben dieses Thema vor der Haustür. Die Zahl, die hier angeführt wurde, sollten wir aus einem anderen Blickwinkel betrachten. Die in Panama in Rede stehende Kanzlei oder Agentur ist nur die viertgrößte auf dem Markt. Soweit ich weiß, orientiert sich Hessen immer an der Stelle 1 und 2. Vielleicht wäre es angemessen, bei diesen Kanzleien einmal nachzuschauen; möglicherweise würden sich dort aufgrund der Attraktivität der anderen Unternehmen mehr Kapital und mehr Briefkastenfirmen finden. Insofern würde ich das Argument nicht pars pro toto kaufen.

Zum Abschluss zu dem Antrag der CDU. Dem Antrag der CDU werden wir auch zustimmen, obwohl Sie – Herr Al-

Wazir hat heute darauf hingewiesen – mit Eigenlob nicht sparen.

(Günter Rudolph (SPD): Das wäre neu!)

Die grundsätzliche Intention ist zustimmungsfähig. Sie verweisen sehr stark auf die international notwendigen Maßnahmen. Da stimmen wir auch zu. Ob in Hessen alles gut ist, wenn wir diesen Antrag beschließen, daran haben wir unseren Zweifel.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss: Es gibt, das ereilt uns wahrscheinlich in den nächsten Tagen, einen Artikel in einer Tageszeitung, wonach wir auch im Landkreis Fulda das eine oder andere Problem haben. Auch dort geht es um Briefkastenfirmen und um Stiftungen.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Kollege Warnecke, kommen Sie bitte ganz schnell zum Schluss.

Torsten Warnecke (SPD):

Ich komme ganz schnell zum Schluss. – „Stiftungsoase Österreich“ sagt dem einen oder anderen ganz bestimmt auch etwas. Sie liegt direkt vor der Tür.

(Michael Boddenberg (CDU): Hongkong!)

– Hongkong liegt nicht so direkt vor der Tür, Herr Boddenberg. – Das, was Sie angesprochen haben, ist in der Tat das Problem, über das wir geredet haben. Da hätten wir gar kein Problem, zu sagen: Wenn jemand strafrechtlich verknackt gehört, gehört er verknackt. – So einfach ist das für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Damit können Sie uns nicht in irgendeiner Form beeindrucken.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU)

Ich danke fürs Zuhören und wünsche noch einen schönen Tag.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Kollegin Erfurth, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach meiner Wahrnehmung kann man mit Fug und Recht behaupten, die Veröffentlichung der Panama Papers durch ein weltweites Rechercheteam ist ein Musterbeispiel für gelungenen Journalismus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Den vielen beteiligten Journalistinnen und Journalisten gebührt unser ausdrücklicher Dank. Es zeigt sich auch an diesem Punkt: In Zeiten von Twitter-Meldungen brauchen wir gründliche Recherche, auch wenn es nicht immer ein solch gigantischer Aufwand sein muss. Mit der Auswertung der Panama Papers, dem größten Datenleck der Geschichte,

waren mehr als 100 Medienorganisationen rund ein Jahr lang beschäftigt, und das unter völliger Geheimhaltung. Auch das ist ein Wert an sich.

In Deutschland waren die „Süddeutsche Zeitung“, der WDR und der NDR beteiligt. Es waren international prominente Medien aus Großbritannien, Frankreich und den USA dabei. Es gab Medienpartner in Kolumbien, Brasilien, Südafrika, Jordanien, dem Senegal, Indien und Japan.

Das ist ein super Beispiel für eine gelungene internationale Zusammenarbeit, die größten Respekt verdient. Auslöser war eine kurze E-Mail an die „Süddeutsche Zeitung“. Am Ende wurde bekannt, dass die in Panama ansässige Kanzlei Mossack Fonseca in den letzten 38 Jahren offenbar so eine Art Fabrik war, in der wie am Fließband über 200.000 Briefkastenfirmen erstellt wurden. Es wurden mehr als 14.000 Anwälte, Banken und Treuhänder beraten. Zwölf amtierende oder ehemalige Staatschefs hatten Verbindungen in diese Kanzlei in Panama.

Die Briefkastenfirmen residierten und residieren nicht alle in Panama. Es gibt ganz prominente Standorte. Ich kann allen nur empfehlen, sich auf „tagesschau.de“ dieses hübsche Beispiel anzuschauen, wo die Briefkastenfirmen überall sind, nämlich in mehr als 20 Ländern dieser Welt: British Virgin Islands, Bahamas, Nevada, auf den Seychellen, auf Zypern, auf Malta, auf Jersey – insgesamt, wie gesagt, in über 20 Ländern.

So groß dieser Fall auch erscheinen mag, er zeigt auch zweierlei. Herr Warnecke, Sie haben es beschrieben: Es gibt viel Kreativität und kriminelle Energie, Einkommen und Vermögen der ganz normalen Besteuerung zu entziehen.

Aber es gibt auch, das ist die andere, erfreuliche Seite, einen zunehmenden öffentlichen Druck, Steuerehrlichkeit zu erzwingen. Es gibt auch den öffentlichen Druck, darauf hinzuwirken, dass Menschen steuerehrlich werden. Daran hatten mit Sicherheit die Veröffentlichungen der Steuer-CDs in der Vergangenheit ihren Anteil.

Steuerhinterziehung galt vor wenigen Jahren noch als eine Art Kavaliersdelikt, das man augenzwinkernd hingenommen hat. Der Steuerhinterzieher war etwas Besonderes. Er war besonders schlau. Man hat das nicht so sehr mit Kriminalität in Verbindung gebracht. Hier hat sich der Wind gedreht, das finde ich positiv. Inzwischen werden Steuertricksereien und Steuerbetrügereien als das empfunden, was sie sind, nämlich als verantwortungsloses Handeln gegenüber unserer Gesellschaft, die aus allgemeinen Steuermitteln Leistungen für unser aller Wohlstand und für den Rechtsstaat bezahlt. Da hat sich viel verändert, und das ist auch gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wer Steuerhinterziehung mit Briefkastenfirmen betreibt, kann also nicht mehr auf Verständnis hoffen, sondern muss sich durchaus mit öffentlicher Empörung auseinandersetzen, und er muss auch mit Konsequenzen rechnen. Von guten und nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen wird nicht nur erwartet, dass sie sich an Tarifverträge halten, dass sie gute und faire Arbeitsbedingungen zur Verfügung stellen, dass sie auch darauf achten, dass in der Vorlieferkette nichts Unrechtes passiert. Sie müssen heutzutage aber auch Steuern zahlen, und auch das ist eine gute Entwick-

lung. Das gilt nicht nur für Deutschland. Das ist auch ein Teil dieser Entwicklung.

Schauen wir einmal, was bereits passiert ist. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus richtig und wichtig, dass sich einiges in die richtige Richtung bewegt hat. Es ist nicht so, dass nichts passiert wäre. Auf der Berliner Steuerkonferenz im Oktober 2014 wurde als neuer Standard der neue automatische Informationsaustausch über Finanzkonten festgelegt. Fast 100 Staaten haben zugesagt, daran mitzuwirken. Das ist ein qualitativer Fortschritt an sich. Noch vor einigen Jahren galt Informationsaustausch als etwas, was es nie geben kann.

Von daher ist es ein Schritt in die richtige Richtung, aber längst nicht genug; denn Panama, über das wir alle reden, macht noch nicht mit. Der Präsident hat jetzt zumindest zugesagt, 2018 wolle man auch dabei sein. Das ist eine Ankündigung. Aber es müssen noch die anderen Steueroasen mitziehen, von denen ich eben gesprochen habe.

Es kommt hinzu: Der Druck muss bleiben, dass auch tatsächlich etwas passiert und dass Panama und andere bisherige Steueroasen dann auch am Informationsaustausch teilnehmen. Beim Treffen der G-20-Staaten wurde angekündigt: Wer nicht mitmacht, muss mit Abwehrmaßnahmen, sprich: mit Sanktionen, rechnen. Auch das ist ein richtiger Schritt, auch wenn er für meinen Geschmack durchaus schon viel früher hätte passieren können.

In unserem Antrag, den wir Ihnen vorgelegt haben, haben wir Ihnen Schritte benannt, die auf internationaler Ebene zu gehen sind. Denn wir brauchen überregionale und grenzüberschreitende Mechanismen, da weltweit arbeitende Firmen nur dann ins Geflecht der Steuerzahlung eingebunden werden können, wenn man das grenzübergreifend tut. Deshalb brauchen wir ein weltweites Register, damit auch die wirtschaftlich begünstigten Personen hinter den Unternehmenskonstruktionen erkennbar werden und damit auch hier Finanzverwaltungen eingreifen können. Darauf hat Frau Arnoldt schon hingewiesen.

Das Register, das wir auf EU-Ebene beschlossen haben, ist auch sinnvoll, aber auch nur ein erster Schritt, bevor sich eine internationale Lösung durchsetzt. Von daher muss das aus unserer Sicht passieren.

Die internationalen Einrichtungen wie die EU und die OECD müssen beim Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht in Zukunft eine Schlüsselrolle einnehmen. Dazu gehört auch der Aktionsplan der OECD gegen die Aushöhlung der Steuerbasis und die Gewinnverlagerung. Die englische Abkürzung heißt BEPS. Dieser Aktionsplan muss mit Leben gefüllt werden. Das ist dringend erforderlich.

Herr Warnecke, Sie sprachen auch davon: Was ist mit den Banken, die – ich sage es einmal so – in die Steuerunehrlichkeit hinein beraten? Da gibt es häufig Probleme, dass das Fehlverhalten dieser einzelnen Mitarbeiter der Banken nicht sanktioniert werden kann, weil man ihnen kein persönliches Fehlverhalten nachweisen kann. Da muss etwas passieren, dass die Aufsichtsbehörden künftig die Unternehmen stärker zur Verantwortung ziehen können. Ich glaube, das ist auch ein wichtiger Schritt.

Auch hier in Deutschland sollten wir durchaus tätig werden. Wir sollten bei den Verjährungsfristen dafür sorgen, dass sich Steuerhinterzieher nicht durch das Verschweigen von Auslandsbezügen künftig Straffreiheit erwirken kön-

nen. Sprich, wir müssen die Anlaufhemmungen ausweiten, damit sich die Steuerhinterzieher nicht in Verjährungsfristen flüchten können.

Das sind alles Punkte, an denen wir arbeiten müssen, die wir Ihnen auch in unserem Antrag aufgeschrieben haben und die wir damit heute in die Debatte geben. Ich glaube, dass wir daran gemeinsam arbeiten müssen.

Ich war jetzt auf der internationalen Ebene, aber es ist durchaus so, dass wir in Hessen und vor Ort handeln müssen. Auch bei der Steuergerechtigkeit gilt der alte Satz: Wir denken global, aber wir handeln auch lokal.

Ich kann mich dem Dank von Frau Arnoldt an die hessische Steuerverwaltung nur anschließen. Wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht so konsequent arbeiten würden an dem, was jeden Tag zu besorgen ist, und nicht dafür sorgen würden, dass jeden Tag Steuern eingenommen werden, dann hätten wir diesen Standard nicht. Die Kolleginnen und Kollegen in der Steuerverwaltung machen da einen verdammt guten Job.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind in Hessen recht gut aufgestellt. Frau Arnoldt hat darauf hingewiesen: Bei den Einkommensmillionären liegt die Prüfdichte in Hessen deutlich über dem Mittelwert in den Bundesländern. Auch bei den aufkommensstarken Großbetrieben, also den großen Unternehmen und den Banken, haben wir gute Werte im Ländervergleich. Da haben wir Anschlussprüfungen, und da stehen wir, glaube ich, ganz gut da.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

– Ja, das ist auch eine Frage des Risikos. Da haben Sie durchaus recht, Herr van Ooyen. Aber da sind wir gut aufgestellt. Wir prüfen diese großen Unternehmen regelmäßig, und zwar viel öfter, als das in anderen Bundesländern der Fall ist.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollegin Erfurth, kommen Sie bitte zum Schluss.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin. – Wir sind durchaus gut aufgestellt. Über den Fünfpunkteplan der Landesregierung sind mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgebildet worden, damit wir in die Prüfung investieren können.

In diesem Sinne kann ich nur sagen: Wir alle sollten weiterhin daran arbeiten, dass Steuergerechtigkeit ein Thema bleibt. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass sie auch durchgesetzt wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP sowie des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Herr Kollege Hahn, FDP-Fraktion.

Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin den Kolleginnen Frau Arnoldt und Frau Erfurth sehr dankbar, dass sie dieses Thema ohne das emotionale Beiwerk – ich habe gerade ein Wort gesucht, das noch einigermaßen parlamentarisch ist –, ohne dass sie mit Schaum vor dem Mund hier vorne stehen, vorgetragen haben und entsprechende Lösungsvorschläge unterbreitet haben. Ich sage gleich zu Beginn: Sie haben es schon an unserem Beifall gemerkt, dass die Fraktion der FDP den Antrag der Regierungsfractionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir finden, dass sie auf die Vorlage, die die LINKEN uns wieder beschert haben, in der angemessenen Art und Weise in ihrem Antrag reagiert haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Freien Demokraten will ich drei wesentliche Punkte an den Anfang stellen. Zum Ersten erwarten wir von Landesregierungen und der Bundesregierung, dass sie den internationalen Kampf gegen Steuerhinterziehung mit allen rechtsstaatlichen Mitteln führen.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zum Zweiten darf dabei in keiner Weise von dem Rechtsstaatsprinzip abgerückt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, drittens sollte man so einem Thema nicht mit blindem Aktionismus begegnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ja, durch die Panama Papers sind Geflechte von Briefkastenfirmen aufgedeckt worden. Ja, es ist naheliegend, dass bei diesen Konstrukten auch strafbare Handlungen identifiziert werden dürften. Diese gehören im Falle ihres Nachweises konsequent sanktioniert. Ja, für die Freien Demokraten ist es wichtig, dass der Staat die Steuereinnahmen, die er so veranschlagt hat, von den Bürgern und den Unternehmen auch bekommt. Der Staat ist darauf angewiesen. Wer sich in Deutschland der öffentlichen Infrastruktur bedient und Geld verdient, hat es hier gemäß unserer Rechtsordnung zu versteuern. Alles andere ist ein Betrug an der Allgemeinheit.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, je gravierender die strafbare Handlung ist, desto härter müssen die Strafen ausfallen. Aber auch ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das entscheidet nicht die erste Gewalt in diesem Hause, das entscheidet auch nicht die zweite Gewalt, sondern das entscheidet die unabhängige dritte Gewalt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns auf dieses System einigen, dann wird sich einiges von den moralischen Worten, die ich gerade vom Kollegen van Ooyen, aber noch viel mehr – ich bin überrascht – vom Kollegen Warnecke gehört habe, um es höflich und diplomatisch auszudrücken, stark relativieren.

Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen: Eine Briefkastenfirma ist per se nicht verwerflich. Es gibt sogar kluge

Gründe, Briefkastenfirmen anzulegen. Einen Grund haben wir mit der weltweiten Schifffahrt. Es gibt die Regel – das ist üblich, das ist eine Usance –, dass viele Schiffe dieser Welt unter bestimmten Flaggen fahren, wie es so schön heißt.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Auch Panama!)

– „Auch Panama!“ Herr Kollege van Ooyen, sehr gut. „Auch Panama!“

Um ein Schiff unter panamaischer Flagge haben zu können, brauchen Sie eine Firma in Panama. So einfach ist das Geschäft. Dieses Beispiel ist schon in mehreren Landtagen diskutiert worden. Lieber Herr Kollege van Ooyen, es gibt überhaupt kein Argument, das dagegen spricht.

(Zuruf)

– Seien Sie doch bitte ein bisschen entspannter. – Ich will das dann jetzt schon einbringen. Eigentlich wollte ich es erst später einbringen. Das Thema Briefkastenfirmen hat den Deutschen Bundestag Anfang der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts sehr beschäftigt. Wissen Sie eigentlich, weshalb? – Das geschah im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Vermögens der SED und des SED-Unrechtsstaates. Da kamen Briefkastenfirmen haufenweise vor.

(Beifall bei der FDP)

Das sind Ihre parteilichen Eltern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie bigott ist das eigentlich, dass Sie sich jetzt hierher stellen und den Saubermann in Sachen Briefkastenfirmen spielen, obwohl Ihre politischen Ahnen und Mitnamensgeber dieses Instrument tagein, tagaus zulasten der Bevölkerung benutzt haben?

(Manfred Pentz (CDU): So ist es! Recht hat er!)

Hören Sie doch mit dieser bigotten Argumentation auf.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Manfred Pentz (CDU): Wo er recht hat, hat er recht!)

In einer Debatte im Landtag in Düsseldorf zu diesem Thema haben Vertreter der Sozialdemokraten und der GRÜNEN von einer Beweislastumkehr mit Blick auf strafrechtliche Vorwürfe gesprochen. Das ist so etwas, was ich vorhin mit dem Abrücken von dem Rechtsstaatsprinzip gemeint habe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden uns Liberale immer mit der Position finden, dass wir sagen: Die Prinzipien unseres Rechtsstaates gehen allem vor. Sie sind der Kitt unserer Gesellschaft. Jemand ist erst dann schuldig, wenn er mit Beweisen schuldig gesprochen wurde.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Nächste Bemerkung. Frau Kollegin Arnold wie auch Frau Kollegin Erfurth haben darauf hingewiesen. Ich will das etwas verstärken tun. Herr van Ooyen, Sie stellen das Bild, als ob hier alle mit den Händen im Schoß dasitzen und hoffen würden, dass alles wieder vorübergeht. Nein, dieses Bild ist falsch. Sie haben offensichtlich keinen Kontakt mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament. Wir haben den schon, und zwar insbesondere zu dem Sonderberichterstatter zu den Enthüllungen von Lux Leaks, unserem Freund Theurer.

Im Europäischen Parlament sind sie gerade in der Endphase, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, damit die Probleme, die mit den Enthüllungen von Lux Leaks zu tun haben, aufgedeckt und damit weiter bearbeitet werden können.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

– Herr Kollege van Ooyen, hören Sie doch einfach einmal zu. Wenn Sie nichts wissen wollen und wenn Sie schon so verbohrt sind, dass Sie alles selbst wissen, dann brauchen wir keine Debatte zu führen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dann kann hier jeder seinen Kram heruntererzählen. Das ist aber unparlamentarisch. Das mag vielleicht früher einmal bei den Briefkastenfirmen der Fall gewesen sein. Aber in einem frei gewählten Parlament reden wir miteinander.

Ich sage Ihnen: Im Europäischen Parlament wird nicht nur das ältere Thema Lux Leaks aufgearbeitet. Vielmehr gibt es bereits die Beschlusslage der Fraktionen, dass es einen Untersuchungsausschuss genau zu dem Thema Panama Papers geben wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Was sollen das Parlament und die Politik denn noch mehr machen, als das aufzunehmen?

Ein weiterer Punkt. Frau Arnold, als ehemaliger Justizminister bin ich ein bisschen darüber traurig, dass Sie ausschließlich die Finanzbeamten gelobt haben. Einmal kam kurz der Staatsanwalt vor. Aber die Justizministerin haben Sie nicht positiv erwähnt, sondern nur den Finanzminister.

(Beifall der Abg. Florian Rentsch und Wolfgang Greilich (FDP))

Ich sage das sehr bewusst. Thomas Schäfer weiß, warum ich das anspreche. Denn wir haben darüber vor drei oder vier Jahren heftig diskutiert, und zwar gemeinsam in eine Richtung.

Die Erfolge, die die hessische Finanzverwaltung hat, seien ihr gegönnt. Sie hat sie sich selbst erarbeitet. Sie wurde von der damaligen Landesregierung unterstützt und wird das von der jetzigen.

Aber das funktioniert nur, wenn man das System, das wir in Deutschland mit der Balance of Power zu Recht haben, auch einhält. Frau Kollegin Kühne-Hörmann, da hat die Justiz in den letzten Jahren richtig gute Arbeit geleistet. Wir sollten das nicht unter den Scheffel stellen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Letzte Bemerkung. Herr Kollege Warnecke, ich bin kein Kaffeefreund. Ich würde lieber Tee trinken. Aber das ist egal. Wir können nachher gerne noch einmal die Themen Cum-Ex-Geschäfte und Dividendenstripping diskutieren. Wenn ich es richtig verstanden habe, hat das nämlich miteinander nichts zu tun. Sie haben es aber eben so dargestellt, als ob das etwas miteinander zu tun hätte. Das geschah nach einem Motto. Das Bild war klasse. Auf den ersten Blick hat das Spaß gemacht. Nur, das war einfach falsch.

Sie haben gesagt, die Unternehmen hätten sich gar nicht gemeldet. Sie wurden gar nicht damit konfrontiert, dass die Dividende mehrfach abgeholt werden sollte.

Das hat mit Cum-Ex-Geschäften nichts zu tun. Bei Cum-Ex-Geschäften geht es ausschließlich darum, dass man Mehrwertsteueroptionen mehrfach zieht. Das merken dann natürlich die betroffenen Unternehmer, also die betroffenen Aktiengesellschaften, nicht.

Übrigens heißt das Hauptversammlung. Aber das ist Kindergarten. Sie haben von der Jahreshauptversammlung gesprochen. Das nehme ich hiermit wieder zurück.

Das merken die überhaupt nicht. Man muss schon genau darauf achten, dass es verschiedene Arten von – ich sage das jetzt einmal sehr bewusst, ich glaube, ich werde dafür nicht gerügt werden – Beschiss gibt. Cum-Ex-Geschäfte sind das eine System. Da soll die Mehrwertsteuer mehrfach optiert werden. Das geschieht dann direkt auf Kosten des Staates.

Dividendenstripping ist eine Veranstaltung, bei der man unter anderem das Unternehmen, dann aber auch teilweise andere Mitgeschafter über den Tisch ziehen will. Das, was wir hier in manchen Fällen offensichtlich haben, geschieht in Panama und in anderen Ländern. Es wurde schon darauf hingewiesen – das waren sogar Sie –, dass auch Delaware oder die Kanalinseln klassisch mit dazugehören. Da will man dem Staat nicht das geben, was des Staates ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein bisschen weniger aufgeregt und ein bisschen mehr mit der Materie beschäftigt, dann würde man auch feststellen, dass der Staat in Hessen, in Deutschland und in Europa schon vieles getan hat. Das würde uns allen guttun. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Es spricht Staatsminister Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin den Rednerinnen und Rednern, die vor mir in dieser Debatte gesprochen haben, sehr dankbar, dass es gelungen ist, es bei dieser an vielen Stellen in dieser Gesellschaft durchaus emotional aufgeheizten Diskussion doch weitestgehend bei den sachlichen Grundlagen zu belassen und darüber zu sprechen. Wir haben natürlich eine ganze Reihe an Sachverhalten und Facetten, die in der Diskussion munter durcheinandergehen. Die Dinge sind ein Stück weit komplex.

Hinsichtlich dessen, was jetzt rund um die Strukturen, die in Panama aufgedeckt wurden, diskutiert wird, ist zunächst einmal sicherlich die prinzipielle Frage zu beantworten: Ist das Unterhalten einer Briefkastenfirma per se illegal? – Per se ist es das nicht. Aber das Unterhalten einer Briefkastenfirma wirft Fragen auf – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Vielleicht können wir aufgrund dessen, was wir in den letzten Jahren sowohl auf der Ebene der Steuergesetzgebung – ich komme darauf zurück – als auch bei der Struk-

turierung und Verbesserung der Arbeit der Betriebsprüfer und der Steuerfahnder gemacht haben, durchaus nicht unzufrieden darüber sein, dass von den 200.000 dort offensichtlich über die eine Kanzlei eingerichteten Briefkastenfirmen – in Anführungsstrichen – „nur“ 1.000 aus Deutschland sind. Auch 1.000 sind etliche zu viel. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Aber es scheint offensichtlich so zu sein, dass in Deutschland jedenfalls das Geschäftsmodell Briefkastenfirma sozusagen nicht zum Kernbestand unternehmerischer Tätigkeiten gehört.

Es gab auch schon einmal andere Zeiten. Es gab diese anderen Zeiten, die wir in unserem Land relativ lang ertragen haben. Sie erinnern sich vielleicht noch an die kleine Gemeinde Norderfriedrichskoog. Norderfriedrichskoog war massenhaft ein Standort von Firmen, die im wahrsten Sinne des Wortes dort wahrscheinlich noch nicht einmal einen Briefkasten hatten. Diese Gemeinde hatte sich nämlich darauf spezialisiert, einen Gewerbesteuerersatz von null zu erheben. Das haben wir vor etlichen Jahren einmal gesetzgeberisch korrigiert. Da ist jetzt ein Mindestgewerbesteuerhebesatz. Seitdem ist die Zahl der Firmen auf dieser Hallig ziemlich drastisch zurückgegangen.

(Vizepräsidentin Ursula Hammann übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, das zeigt aber auch ein Teil der Debatte: Man muss da fein differenzieren. Das, was damals die Unternehmen gemacht haben, war legal. Aber wir müssen in dieser Gesellschaft gemeinsam die Frage diskutieren und beantworten: Ist alles, was legal ist, am Ende auch legitim?

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut! Gute Frage!)

Das, was uns an Steuergestaltung zum Teil begegnet, ist nicht nur davon gekennzeichnet, dass bestimmte ökonomische Sachverhalte so sortiert werden, dass sie für den Berechtigten den größtmöglichen ökonomischen Vorteil generieren. Vielmehr werden Gestaltungen ausschließlich gewählt, um steuerliche Sachverhalte auszunutzen. Dafür gibt es keinen anderen ökonomischen Hintergrund, teilweise erschwert das sogar gesellschaftsrechtliche Konstruktionen. Es steht ausschließlich die Ausnutzung von steuerlichen Gegebenheiten im Mittelpunkt.

Es erscheint mir extrem sinnvoll und notwendig, in unserer Gesellschaft eine Diskussion darüber zu führen, welche Gestaltungsmöglichkeiten große internationale Konzerne haben und ausnutzen, die ein deutscher Mittelständler niemals hätte. Am Ende landet deutsches Steuersubstrat als Darlehen bei den Muttergesellschaften in den USA über eine Reihe von Konstruktionen wie Lizenzgestaltungen – Strukturen, die es in Irland mit einer viel zu langen Übergangsfrist leider immer noch gibt – und über zu niedrig besteuerte Gelder auf Karibikinseln. Ich finde, es ist richtig, politisch legitim und sogar notwendig, laut darüber zu diskutieren. Denn möglicherweise ist eine Imageverschlechterung der davon betroffenen Unternehmen eine sehr viel größere Bedrohung für deren Marktaussichten als manche gesetzgeberische Maßnahme, die unzweifelhaft trotzdem ergriffen werden muss.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau an dieser Linie – legal, aber aus unserer Sicht nicht legitim – bewegt sich die Gesetzgebung. In der letzten Wahlperiode von 2009 bis 2013 haben wir allein 27 nationale Gesetzgebungsmaßnahmen gehabt, mit denen bis dahin legale, von der Mehrheit im Deutschen Bundestag und im Bundesrat aber nicht für legitim gehaltene Gestaltungsmöglichkeiten durch eine neue Gesetzgebung verschlossen worden sind. Allein in dieser Wahlperiode sind es schon 17. Das wird immer ein Hase-und-Igel-Spiel bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einem nicht unerheblichen Teil reden Verbände und Ähnliche in Sonntagsreden der Steuervereinfachung das Wort. Sie selbst leisten aber an anderen Stellen ihre Beiträge dazu, dass die Lücken gezielt gesucht und gefunden werden und es dann eine Verkomplizierung erfordert, um diese Lücken wieder zu schließen. Wir haben da in unserer Gesellschaft manche bigotte Diskussion.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der anderen Seite ist es die Aufgabe des Staates mit allen Behörden der Finanzverwaltung, zuvorderst aber in enger Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden – in der letzten Legislaturperiode haben wir da vieles gemeinsam hinbekommen und werden das weiter optimieren –, alles aufzudecken, was klar gegen Gesetze verstoßen hat.

Da haben wir in den letzten Jahren relativ viel erreicht. Wir haben in den letzten zehn Jahren die Zahl der Betriebsprüfer in den hessischen Finanzämtern um 30 % gesteigert. Wir haben die Zahl der in der Steuerfahndung Beschäftigten in den letzten zehn Jahren um fast 25 % gesteigert. Die Mehrerträge, die die Kolleginnen und Kollegen dort erwirtschaften, sind beträchtlich.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ach ja?)

Die Betriebsprüfung bringt jedes Jahr zwischen 1,5 und 2 Milliarden € an Mehrerträgen. Im Übrigen geschieht das nicht parallel zur gesteigerten Zahl der Betriebsprüfungen, sondern das wechselt von Jahr zu Jahr, je nachdem, wie die Fälle einsortiert sind. Daher ist die Regel „Mehr Betriebsprüfer gleich mehr Mehrertrag“ eine relative Milchmädchenrechnung. Die Steuerfahndung erwirtschaftet jedes Jahr zwischen 240 Millionen und 1 Milliarde € an Mehrerträgen. Das zeigt, dass das System funktioniert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die gerne vertretene These, der Ehrliche sei der Dumme, stimmt nicht. Diejenigen, die dort prüfen, generieren beträchtliche Mehrerträge. Ich habe sie Ihnen eben genannt.

Wir können auch sehr stolz darauf sein, dass die hessische Politik bei den Gesetzgebungsiniciativen sehr oft die Taktgeberin war, um das Schließen von Lücken zu initiieren. Es ist der Aufdeckung durch eine hessische Betriebsprüfung und einer hessischen Gesetzgebungsiniciative meines Vorgängers Karlheinz Weimar zu verdanken gewesen, dass Cum-Ex überhaupt zum Gegenstand der Debatte geworden ist.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen geht es bei Cum-Ex nicht um Mehrwertsteuer, sondern um Kapitalertragsteuer.

Das zentrale Register, das jetzt diskutiert wird, war bereits Gegenstand einer hessischen Bundesratsiniciative im Jahr 2008, die bedauerlicherweise seinerzeit keine Mehrheit ge-

funden hat. Die Entwicklung der Zinsschranke, um Gestaltungsmöglichkeiten beim Transfer von Zinserträgen ins Ausland zu vermeiden, ist eine hessische Erfindung. Die Idee, das Gleiche, was im Moment mit Lizenzentnahmen gemacht wird, ebenfalls mittels einer Schranke zu bekämpfen, ist eine hessische Initiative. Im Moment haben wir noch keine Mehrheit dafür. Das, was im Moment in der Gesetzgebung als Reform der Investmentbesteuerung diskutiert wird, ist im Wesentlichen in der hessischen Finanzverwaltung entstanden. Die RETT-Blocker-Regelung zur Bekämpfung der Hinterziehung von Grunderwerbsteuer ist eine hessische Initiative gewesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kommt aber auch nicht von ungefähr, weil unsere Betriebsprüferinnen und -prüfer sehr viel näher an diesen gestaltungsrelevanten Unternehmen dran sind als die Betriebsprüfer vieler anderer Bundesländer, die zwar gelegentlich sehr viel öffentlich über ihre Maßnahmen reden, aber in der Praxis weniger bewegen als unsere Leute – Stichwort: Finanzplatz Frankfurt am Main.

Deshalb sage ich ausdrücklich, ich habe Anlass, nicht nur stolz darauf zu sein, was meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten, sondern auch dankbar dafür zu sein, in welcher Situation sie jeden Tag ihre Arbeit verrichten. Sie sitzen zum Teil Heerscharen von gestaltenden und beratenden Berufsträgern gegenüber, die vermutlich ein Vielfaches von dem Einkommen haben, das sie selbst erhalten. Trotzdem gehen sie mit großem Nachdruck und großer Klarheit ihrer Arbeit nach. Meine Damen und Herren, dabei haben sie die Unterstützung des ganzen Hauses verdient. Ich hatte aus der eben geführten Debatte den Eindruck, dass Sie das genauso sehen wie ich. Dafür danke ich Ihnen sehr. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Schäfer. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Mir wurde gesagt, dass beide Anträge an den Ausschuss überwiesen werden. – Wir handhaben das so, das geht an den Haushaltsausschuss.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Große Anfrage der Abg. Löber, Gremmels, Lotz, Müller (Schwalmstadt), Schmitt, Siebel, Warnecke (SPD) und Fraktion betreffend Gefahren durch Lebensmittelverpackungen aus Kunststoff – Drucks. 19/2664 zu Drucks. 19/2083 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Als Erste hat sich Frau Kollegin Löber von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Angelika Löber (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Jahren hat die Bedeutung der Verpackungen aus Kunststoffen zugenommen. Laut dem Statistischen Bundesamt gehören kunststoffhaltige Verpackungen neben Glas und Papier zu den heute am meisten verwendeten Verpackungsmaterialien.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei Kunststoffverpackungen im Lebensmittelbereich zu. So wurden allein im Jahr 2013 knapp 4,3 Millionen t Verpackungsmaterialien aus Kunststoff produziert. Neben dem vergleichsweise günstigen Kostenfaktor spielen auf den ersten Blick noch weitere Argumente für eine zunehmende Verwendung kunststoffhaltiger Verpackungsmaterialien eine Rolle. So qualifizieren sich diese vor allem dadurch, dass sie leicht, formbar und dennoch stabil sind.

Nicht zu bestreiten ist auch die Kausalität zwischen der zunehmenden Verwendung von Kunststoffverpackungen und der heutigen Vielfalt des Nahrungsmittelangebotes in unseren Supermärkten. Kunststoffverpackungen haben den Vorteil, dass die darin verpackten Lebensmittel über einen längeren Zeitraum vor Verderb und Verunreinigungen geschützt werden können. Somit können auch leicht verderbliche Lebensmittel über lange Transportwege hinweg frisch gehalten werden.

Angesichts dieser Vorteile stellt sich dennoch die Frage, inwieweit Lebensmittelverpackungen aus Kunststoff gesundheitsbelastende Stoffe an das zu schützende Produkt abgeben und damit die Gesundheit der Konsumenten gefährden können.

Im Sinne der Verordnung EG-Nr. 1935/2004 dürfen Lebensmittelverpackungen unter normalen oder vorhersehbareren Verwendungsbedingungen keine Bestandteile an das Lebensmittel abgeben, die die Gesundheit des Menschen gefährden. Findet ein Übergang von Substanzen aus der Verpackung an das zu verpackende Lebensmittel statt, so bezeichnet man dies als Migration. Verbraucherschutzorganisationen befürchten, dass besonders Inhaltsstoffe von Kunststoffverpackungen an die enthaltenen Produkte abgegeben werden könnten.

Diese Befürchtungen sind nicht ohne Grund. Laut Information der Landesregierung im Rahmen der Beantwortung der Großen Anfrage betreffend Gefahren durch Lebensmittelverpackungen aus Kunststoff ergaben Stichprobenuntersuchungen innerhalb des Hessischen Landeslabors in den vergangenen fünf Jahren, dass bei Lebensmittelzutaten für die Herstellung von Bubble-Tea-Getränken Phthalsäureester nachgewiesen werden konnte. Nach Auskunft der Landesregierung ist davon auszugehen, dass dies möglicherweise auf die Verpackung zurückzuführen ist. Das Bundesinstitut für Risikobewertung bescheinigt, dass Phthalsäureester die Gefahr von Hormonveränderungen erhöhen kann.

Darüber hinaus wurden bei einer Probe Mortadella, die in einer Kunststoffverpackung aus Polyester und Polyethylen verpackt war, Stanzreste des Verpackungsmaterials in der Mortadella nachgewiesen.

Erlauben Sie mir weitere Beispiele. Des Weiteren wurden im Rahmen eines Programms des Bundesweiten Überwachungsplans im Jahr 2012 insgesamt 20 in bedruckten Umkartons aus Papier und Pappe verpackte trockene Lebensmittel wie Haferflocken, Müsli und Reis auf den Fotoinitiator Benzophenon untersucht. Auch dieses Ergebnis ist beunruhigend. Hier wurden in 13 Lebensmitteln Gehalte nachgewiesen, die auf die entsprechende Kartonverpackung zurückzuführen sind. Nicht auszuschließen ist dabei ein enger Zusammenhang zwischen der verwendeten Druckfarbe und der nachweisbaren Migration von Substanzen an die Lebensmittel.

Wahrscheinlich werden die nachfolgenden Redner wieder relativieren, dass diese Befunde doch die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte der EU nicht überschritten hätten.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

An dieser Stelle möchte ich Sie aber darauf hinweisen, dass es sich auch bei den EU-Grenzwerten nur um durchschnittliche Grenzwerte handelt, die im Einklang aller Mitgliedstaaten festgelegt werden. Es muss jedoch deutlich gesagt werden: Diese Grenzwerte geben keinen Aufschluss über die gesundheitliche Unbedenklichkeit der nachgewiesenen Stoffe.

(Beifall bei der SPD)

In der Sendung „Der große Küchen-Check“ im Jahr 2012 fand der MDR den Weichmacher DEHP, Diethylhexylphthalat, in einer Stichprobe verschiedener Lebensmittel deutscher Supermärkte. Dieser Stoff wurde unter anderem in Futter und Weichkäse nachgewiesen. DEHP wurde seit 2008 aufgrund seiner fortpflanzungsschädigenden Eigenschaften in die REACH-Kandidatenliste der Europäischen Chemikalienverordnung und später auch in die Liste der zulassungspflichtigen Stoffe aufgenommen. Seit dem 21. Februar letzten Jahres darf DEHP innerhalb der Europäischen Union nicht mehr ohne Zulassung verwendet werden.

Fest steht: Dieser Schritt hätte auch schon sieben Jahre zuvor, im Jahr 2008, nach Bekanntwerden der fortpflanzungsschädigenden Wirkung von DEHP erfolgen können. Fest steht: Jedes Milligramm chemischer Schadstoffe in Lebensmitteln, verursacht durch kunststoffhaltige Verpackung, ist zu viel.

(Beifall bei der SPD)

Daher sollten wir nicht darüber diskutieren, ob Grenzwerte noch eingehalten werden müssen, sondern eher darüber, wie wir die generelle Gefahr potenzieller Schadstoffe für den Menschen verhindern können. Die gesundheitlichen Risiken von Kunststoffverpackungen bei Lebensmitteln sind dabei bisher nicht ausreichend erforscht.

Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die möglichen Gefahren umfassender analysiert werden, gerade weil die Verwendung dieser Verpackungen bei Lebensmitteln zugenommen hat und weiter zunehmen wird.

Neben den potenziellen gesundheitlichen Risiken kunststoffhaltiger Verpackungen möchte ich nachfolgend auf den Aspekt der Umweltverträglichkeit eingehen.

Nach Informationen des Umweltbundesamtes fielen im Jahr 2013 17,1 Millionen t Verpackungsabfälle an. Leider sind die Zahlen für die darauffolgenden Jahre 2014 und 2015 noch nicht statistisch erfasst. Somit stellt der Wert für das Jahr 2013 den bisher höchsten dar. Die Vermutung lautet, dass die Werte für die beiden Jahre 2014 und 2015 erneut gestiegen sind.

Interessant ist dabei insbesondere der Anstieg des Anteils von kunststoffhaltigen Verpackungen. Im Jahr 1993 betrug der prozentuale Anteil von Kunststoffverpackungen am Verpackungsaufkommen noch insgesamt 10,6 %. Zum direkten Vergleich: Im Jahr 2013 erreichte das schon einen Anteil von 16,7 %, Tendenz weiter steigend. Da es sich bei erdölbasierten Kunststoffen um chemische Verbindungen handelt, die sich auf natürlichem Weg nicht vollständig, sondern allenfalls zu einem gewissen Teil abbauen können, ist eine sachgemäße Entsorgung unerlässlich. Bis sich bei-

spielsweise eine normale Plastiktüte zersetzt, dauert es fast 400 Jahre.

Daher kann es nur als ein Teil einer Gesamtlösung betrachtet werden, wenn wir versuchen, die Verbraucherinnen und Verbraucher besser über eine sachgemäße Entsorgung zu informieren. Wir müssen uns auch dafür einsetzen, dass die bestehenden Recyclingvorschriften gerade bei Kunststoffen optimiert werden.

Ich sage das nicht ohne Grund. Denn gerade bei Kunststoffen bestehen noch erhebliche Probleme in der Verwertung. So werden in Deutschland zwar mehr als 90 % aller Plastikabfälle wieder eingesammelt; laut Information des Umweltbundesamtes konnten bei Kunststoffabfällen, die im Jahr 2013 aus privaten Haushalten stammten, jedoch nur 34,2 % wieder stofflich verwertet werden. Der überwiegende Anteil an Plastikabfällen, fast 57 %, wurde energetisch verwertet – also verbrannt. Das liegt auch daran, dass beim Sortieren ein großer Teil der Kunststoffe einfach verloren geht, da die entsprechenden Sortieranlagen die Stoffe nicht erkennen.

Darüber hinaus ist die Verbrennung gegenüber dem Recycling einfach gewinnbringender. Mischkunststoffe wie z. B. Chipstüten stellen die Recyclingbetriebe vor enorme Herausforderungen, da sie sich nur aufwendig – und daher teuer – trennen lassen. Die einfachste Lösung ist hier die umweltbelastende Verbrennung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Entscheidung seitens der Europäischen Union, den Gebrauch von Plastiktüten in der Wertegemeinschaft deutlich zu beschränken, ist ein wichtiges erstes Signal zum Schutz der Umwelt. Neben einer Reduzierung müssen wir uns allerdings auch dafür einsetzen, dass die Verwertung kunststoffhaltiger Verpackungen ausgeweitet wird. Höhere Verwertungsquoten sind hierbei wünschenswert und werden auch schon länger von Experten des Umweltbundesamtes gefordert.

Festzuhalten bleibt: Verpackungen aus Kunststoff bieten Vorteile, aber ebenso bestehen gesundheitliche und umweltbelastende Risiken.

Daher brauchen wir eine wesentlich umfangreichere Analyse, Begrenzung und Reduzierung der Risiken, sodass die Verbraucherinnen und Verbraucher keine gesundheitlichen Gefahren befürchten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen aber auch mehr Kontrollen, um besser ausschließen zu können, dass Verpackungen Schadstoffe an das Lebensmittel abgeben. Der Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger muss für uns alle oberste Priorität haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Löber. – Als nächste Rednerin spricht nun Frau Kollegin Müller-Klepper von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Petra Müller-Klepper (CDU):

Werte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wurst in der Folie, Mineralwasser in der Plastikflasche, Joghurtbecher – Kunststoffe sind in der EU das Material, das

am häufigsten für Lebensmittelverpackungen verwendet wird. Gerade für derart breit eingesetzte Stoffe muss das Prinzip des vorsorgenden Verbraucherschutzes gelten: Es muss alles getan werden, um eine gesundheitliche Gefährdung der Verbraucherinnen und Verbraucher auszuschließen.

Das geschieht auch. Der Verbraucherschutz hat für die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen einen hohen Stellenwert. Nicht nur, dass wir die Mittel für den Verbraucherschutz um ein Drittel erhöht haben, auch die Themen des Verbraucherschutzes bekommen eine hohe Aufmerksamkeit, wie aktuell die Initiativen in der Verbraucherschutzministerkonferenz belegen, aber auch die Beantwortung dieser Großen Anfrage, ebenso die Aktivitäten, die das Ministerium unterstützt und initiiert, um Verbraucherberatung und -information über den sachgemäßen Umgang mit Kunststoffverpackungen zu ermöglichen.

Warum sind Kunststoffe das Mittel der Wahl, wenn es um Verpackungen geht? Frau Löber hat bereits darauf hingewiesen: weil sie unter verschiedenen Aspekten vorteilhaft sind, insbesondere um Vorgaben zu Hygiene und Sicherheit zu erfüllen. Sie schützen vor Verunreinigungen, Mikroorganismen, Feuchtigkeit, Sauerstoff und Licht, sie halten Waren frisch, sie sind leicht, stabil und gut formbar.

Der Siegeszug der Kunststoffe begann in den Fünfzigerjahren. Bereits seit dieser Zeit werden auch die möglichen Risiken systematisch in den Blick genommen. Seit 1958 gibt es in Deutschland Empfehlungen zur gesundheitlichen Beurteilung von Kunststoffen. Was das Bundesgesundheitsamt begonnen hat, setzt das Bundesinstitut für Risikobewertung fort. Die Empfehlungen sind in einer Datenbank abrufbar, und sie spiegeln den jeweils aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik unter Berücksichtigung der Rechtslage wider. Sie sind eine anerkannte Orientierungshilfe, um abzuleiten, ob die gesetzlichen Anforderungen erfüllt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Um ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit zu gewährleisten, gelten für Kunststoffverpackungen – wie für alle Verpackungen – klare Vorschriften. Materialien, die für den Kontakt mit Lebensmitteln verwendet werden, unterliegen einer strengen gesetzlichen Regelung, der sogenannten EU-Rahmenverordnung. Art. 3 dieser Verordnung enthält die zentrale Bestimmung: Die Materialien müssen so hergestellt sein, dass ihre stofflichen Bestandteile unter den normalen und vorhersehbaren Verwendungsbedingungen nicht oder nur in Mengen auf das Lebensmittel übergehen, die die Gesundheit des Verbrauchers nicht gefährden.

Es gibt für Kunststoffe stoffspezifische Grenzwerte für den Übergang auf Lebensmittel, sogenannte Migrationsgrenzwerte. Liebe Frau Löber, erlauben Sie mir die Anmerkung: Diese Grenzwerte sind eine wissenschaftlich basierte Richtschnur für die Beurteilung, ob die Gesundheit der Verbraucher gefährdet ist oder nicht. Insofern gibt es keinerlei Ansatzpunkt, dieses Mittel der Wahl in Kritik zu stellen und zu diffamieren. Es handelt sich nämlich um ein wissenschaftlich basiertes Instrument.

Im Jahre 2011 ist mit der sogenannten europäischen Kunststoffverordnung eine spezifische, direkt rechtswirksame europäische Regelung für Kunststoffe in Kraft getreten – mit Vorschriften zur Beschaffenheit von Kunststoffen, mit

einer verbindlichen Positivliste von Stoffen, die für den Kontakt mit Lebensmitteln verwendet werden dürfen, und mit den eben bereits erwähnten Migrationsgrenzwerten.

Spezielle Vorschriften gibt es auch für Verpackungen aus recyceltem Kunststoff, für die sogenannten aktiven Verpackungsmaterialien, bei denen bestimmte Stoffe an das Lebensmittel abgegeben werden, die die Haltbarkeit verlängern, und für sogenannte intelligente Verpackungen, mit denen der Zustand eines Lebensmittels überwacht werden kann, was unter dem Aspekt der Lebensmittelsicherheit prinzipiell sinnvoll sein kann, beispielsweise weil angezeigt wird, ob die Kühlkette unterbrochen worden ist.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gibt für Kunststoffverpackungen ein umfassendes rechtliches Regelwerk zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Regelwerk greift, und es wird ständig fortgeschrieben.

Wo sind Verbesserungen nötig? Ich sehe Verbesserungsbedarf zum einen bei Weichmachern, die eingesetzt werden, um Kunststoffe formbar und flexibel zu machen, und die ein Risiko darstellen können. Es gibt eine Vielzahl unterschiedlichster Chemikalien, die unter dem Begriff Weichmacher zusammengefasst werden, die unter toxikologischen Aspekten aber differieren. Um die Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen, hat die EU bereits einige Verbote eingeführt. Europäische Regelungen sind das richtige Instrument. Es ist daher zu begrüßen, dass die Landesregierung solche Initiativen mit Nachdruck unterstützt.

(Beifall der Abg. Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der zweite Ansatzpunkt, wo eine Verbesserung erforderlich ist, sind die Druckfarben, die beim Bedrucken von Verpackungen eingesetzt werden und die gesundheitsgefährdende Substanzen beinhalten können, z. B. Mineralöl. Über 1.000 Stoffe werden hier eingesetzt. Für die meisten liegen keine oder nur geringe Erkenntnisse zu möglichen gesundheitlichen Wirkungen vor. Dieses Gefährdungspotenzial muss eliminiert werden.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat den Entwurf der sogenannten Druckfarbenverordnung vorgelegt. Kernstück dieser Verordnung ist eine abschließende Liste von Substanzen, die zur Herstellung von Druckfarben für Lebensmittelbedarfsgegenstände verwendet werden dürfen. Eine solche Regelung ist sinnvoll und vonnöten, solange es noch keine europaweite Lösung gibt.

All dies belegt: Die Politik trägt ihrer Verantwortung Rechnung, indem sie einen umfassenden rechtlichen Rahmen geschaffen hat und ihn entsprechend den aktuellen Bedarfen weiterentwickelt. Sie setzt diese Vorgaben kontinuierlich um – durch Kontrollen, aber auch durch Bewertungen und durch Forschungen, die von den Experten der zuständigen Institutionen durchgeführt werden, z. B. vom Bundesinstitut für Risikobewertung und der EFSA. Auch die Hersteller werden ihrer Verantwortung gerecht, indem sie die Vorschriften durch gute Herstellungspraxis umsetzen.

Meine Damen und Herren, die Antworten auf die Große Anfrage zeigen: Das Land Hessen erfüllt seinen Auftrag im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung durch die Ämter für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung sowie das Hessische Landeslabor. Einen herzlichen Dank an Frau Ministerin Hinz für das Engagement und die

detaillierte, sachliche Darstellung der Situation, die zeigt: Es gibt ein solides Schutzsystem auf hohem Niveau.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den letzten vier Jahren wurden in Hessen keine Grenzwertüberschreitungen bei Schadstoffen im Bezug auf Lebensmittelverpackungsmaterialien aus Kunststoff festgestellt. Es gibt keinen Grund, Alarm zu schlagen oder Panik zu schüren.

Meine Damen und Herren, Anlass zur Sorge und eine Notwendigkeit, zu handeln, besteht dagegen aufgrund der Belastung der Umwelt durch Plastikabfälle. Es geht hier um die unsachgemäße Entsorgung dieser Abfälle, die insbesondere die Meere, aber auch Flüsse und Landschaften zur Endstation von Plastikmüll werden lässt. Hier sind weltweit Verbesserungen des Müllmanagements vonnöten. Die Abfälle müssen im Wirtschaftskreislauf bleiben und einer Verwertung zugeführt werden.

In Deutschland werden immerhin bereits 70 % der Verpackungsabfälle recycelt und ein Großteil von ihnen wiederverwertet. Weltweit wird die Recyclingquote von Kunststoffen dagegen auf unter 5 % beziffert. Die Vereinten Nationen schätzen, dass jährlich 25 Millionen t Plastikabfall letztlich im Meer landen – ein großes ökologisches und ökonomisches Problem. Wir müssen hier die Verbraucherinnen und Verbraucher noch mehr sensibilisieren. Auf der Bundesebene ist die Umsetzung des Wertstoffgesetzes voranzubringen, und auf europäischer Ebene ist ein Einsatz für eine effiziente Wertstofffassung und für eine hochwertige Wertstoffverwertung sowie für wirkungsvolle Lösungen zur Förderung von Mehrwegsystemen erforderlich. Unsere Umweltministerin hat diese Aktivitäten vom Bund zu Recht eingefordert.

Das EU-Forschungsprogramm zum Thema Mikroplastik ist ein weiterer wichtiger Schritt, ebenso die bereits erwähnte Richtlinie vom 30. April vergangenen Jahres zur Reduzierung der Verwendung von Plastiktüten. Ihre Umsetzung findet bei uns derzeit statt, indem auf der Grundlage einer freiwilligen Vereinbarung zwischen dem Handelsverband Deutschland und der Bundesregierung kostenlose Plastiktüten Schritt für Schritt aus dem Handel verschwinden. Bis Ende 2025 soll EU-weit der Verbrauch von Plastiktüten von derzeit bis zu 200 Stück pro Kopf und Jahr auf unter 40 Stück pro Jahr sinken.

All dies sind erste wichtige Schritte. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass sie zu einem umfassenden Maßnahmenkatalog mit dem Ziel ausgebaut werden, die Belastung der Umwelt deutlich zu verringern und dieses globale Problem in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Klepper. – Als nächste Rednerin spricht nun Frau Kollegin Schott von der Fraktion DIE LINKE. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir befassen uns heute mit einem Problem und damit, wie wir es lösen können, ohne uns zu fragen, warum wir dieses Problem eigentlich haben. Wir befassen uns nämlich damit, dass Lebensmittelverpackungen aus Kunststoff Stoffe an Lebensmittel abgeben können und dass Farbstoffe, die aufgedruckt sind, in Lebensmittel übergehen können.

Dabei lassen wir völlig die Frage außer Acht, warum zum Teufel – das sage ich hier einmal so – eine Gurke in eine Plastikfolie eingeschweißt werden muss, bevor sie verkauft werden kann, und warum Äpfel in Vierer- oder Sechsergruppen in Schalen gepackt werden, die bestenfalls aus Pappmaché bestehen, um dann eine Plastikfolie darüber zu ziehen. Es wird gemacht, weil es bequem ist. Ja, das ist richtig. Nun können wir sagen, wir lassen alles zu, was für den Menschen bequem ist, ohne über die Folgen nachzudenken.

Wir haben es mit mehreren Folgen zu tun. Wir haben zum einen Belastungen der Gesundheit dadurch, dass wir möglicherweise Lebensmittel zu uns nehmen, die Stoffe aufgenommen haben, die eigentlich in Lebensmitteln nichts zu suchen haben. Wir haben zum anderen Umweltprobleme, die schon bei der Herstellung dieser Materialien entstehen, weil dadurch Gifte in die Umwelt gelangen und Abfallprodukte anfallen, die wir wirklich nicht brauchen und die wir an verschiedenen Stellen mühsam sammeln und filtern, um zu versuchen, diese Filterstäube wieder loszuwerden. Am Ende haben wir ein Problem mit riesengroßen, irrwitzigen und unvorstellbaren Mengen von Abfall, die im Meer schwimmen, wie wir hier auch schon beschrieben haben.

Jetzt überlegen wir uns, wie wir mit einem besseren Recycling damit umgehen können und wie das, was tatsächlich eingesammelt wird, wiederverwertet werden kann, anstatt einmal darüber nachzudenken, warum wir überhaupt zulassen, dass wir diese Dinge haben, die wir de facto nicht brauchen. Wären nämlich einige der knappsten und wichtigsten Dinge auf der Welt Nahrungsmittel, gäbe es die Notwendigkeit, sie so zu verpacken, dass sie unglaublich lange haltbar sind. Es ist auch gut, unsere Nahrungsmittel vor dem Verfall zu schützen.

Aber wir haben gleichzeitig die Situation, dass wir auf dem Weg von der Produktion zum Endverbraucher – also vom Acker bis zum Teller – jedes Jahr aberwitzig viele Lebensmittel vernichten, von frisch Gewachsenem über endgefertigte Produkte bis zu großen, vollen Tafeln und Platten im Restaurant, die einfach vernichtet werden. Das gilt auch für den privaten Haushalt.

Was macht die Politik? Die Politiker appellieren; ansonsten lassen sie zu. Ich glaube, das ist definitiv der falsche Weg. Es kann nicht sein, dass wir in aller Gelassenheit zulassen, dass allein in Deutschland 4.000 t Abfall aus Kaffee kapseln produziert werden und der Kaffee in Kapseln gefüllt wird, obwohl wir nicht immer genau wissen, ob das, was auf den Kaffee übergeht, wirklich gut ist, und dass wir bereit sind, für diesen Kaffee einen Preis von 50 bis 80 € pro Kilo zu zahlen, während wir auf der anderen Seite sagen, fair gehandelter Kaffee sei zu teuer. Aber genau das lassen wir zu; denn alles, was machbar ist, wird in diesem Land auch gemacht, solange es den Menschen nicht unmittelbar umbringt.

Wir haben hier aber eine Situation, in der wir sagen können: Wir begrenzen das. Wir begrenzen es nicht durch

einen Appell, aus Freiwilligkeit oder durch gutes Zureden, sondern wir begrenzen es per Regulierung. – Ich weiß, dass man nicht alles bis ins kleinste Detail regulieren kann, aber ich bin überzeugt davon, dass wir uns – unserer Gesundheit und unserer Umwelt – einen erheblichen Teil des Verpackungsmülls ersparen könnten, wenn wir genau hinschauen würden und den Mut hätten, zu sagen: Wir wollen ihn nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir könnten ihn uns ersparen, wenn wir auch politisch den Mut hätten, zu sagen: Wir sind bereit, an bestimmten Stellen Verbote auszusprechen. – Wir brauchen diese Dinge nämlich nicht. Niemand braucht eine irgendwie geschäumte Schale und eine Plastikfolie, um vier Äpfel zu kaufen. Das kann man ganz gewöhnlich mithilfe einer Papiertüte machen. Wenn man dieses Ziel nicht per Appell erreicht, dann eben per Regulierung. Noch einmal: Warum müssen wir Bananen in Folien verpacken, warum müssen wir Gurken in Folien verpacken, und warum werden Kleinstmengen einzeln verpackt, die dadurch letztendlich teurer werden, da wir zum Teil mehr für die Verpackung zahlen als für den Inhalt?

Das ist der nächste Punkt: Wir haben da eine riesige Industrie mit einer riesigen Lobby. Sie alle wissen doch, dass wir von den Verpackern regelmäßig wunderbare Hochglanzzeitschriften zugesickt bekommen. All die, die sich mit dem Thema beschäftigen haben, z. B. die Autoren einer WWF-Studie aus dem letzten Jahr, erklären, die vollmundigen Ankündigungen der Politiker müssten aufhören, man brauche hier Handlungen.

Wir brauchen keine Optimierung des Recyclings. Sicher brauchen wir an vielen Stellen auch das Recycling, denn wir werden nicht jeden Abfall vermeiden können; vor allen Dingen aber brauchen wir die Vermeidung all dieser Stoffe, die uns weder in der Produktion noch in der Nutzung, noch in der Entsorgung guttun. Es ist allerhöchste Zeit, dass hier gehandelt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Als nächste Rednerin spricht Frau Kollegin Feldmayer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Löber, ich bedanke mich erst einmal bei Ihnen dafür, dass Sie uns mit der Großen Anfrage diese Informationen geliefert haben. Ich bedanke mich aber vor allem bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für die Beantwortung der Großen Anfrage.

Es wurde schon viel darüber gesprochen, worum es bei den Antworten auf die Anfrage geht. Es geht um die gesundheitlichen Gefahren durch Lebensmittelverpackungen aus Plastik; aber auch Kunststoffe und Papier wurden angesprochen.

Der Grund, warum Lebensmittel verpackt werden, ist klar: Die Lebensmittel sollen geschützt und frisch gehalten wer-

den, und sie sollen hygienisch bleiben. Das ist alles in Ordnung.

Diese Plastikverpackungen haben normalerweise eine spröde Struktur. Aber wir alle wissen, Plastikverpackungen gibt es in allen möglichen Formen und Farben, und sie werden mit Weichmachern, den sogenannten Phthalaten, geschmeidig gemacht. Das ist ein Problem. Solange diese Weichmacher – die gibt es in den unterschiedlichsten Verbindungen – in Kunststoff gebunden sind, ist es kein Problem. Aber wenn beispielsweise eine normale Plastikdose, die dafür nicht geeignet ist, erwärmt wird, hat das natürlich Auswirkungen. Dann können diese Stoffe freigesetzt werden, und dann kann das Auswirkungen auf die Gesundheit haben.

Je billiger Kunststoff produziert wird, umso schneller lösen sich die Partikel. Sie merken das wahrscheinlich alle, wenn Sie in einen Billigladen gehen, in dem viele Plastikgegenstände sind: Dann hat man diesen bestimmten Geruch in der Nase und erkennt, wie wichtig es ist, dass es auch hochwertige Plastikverpackungen gibt.

Wir brauchen einen sachgerechten Einsatz von Plastikverpackungen, aber auch Kontrollen. Darüber wurde schon gesprochen, und darüber wird von der Landesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage berichtet: wie viele Kontrollen es in den letzten vier Jahren gegeben hat und ob die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten wurden. Kollegin Löber hat schon darauf hingewiesen, dass die Grenzwerte eingehalten worden sind. All dies wird von der Landesregierung schon gemacht.

Es gab bei den Schadstoffen keine Grenzwertüberschreitungen; aber in einigen Proben konnten doch Weichmacher nachgewiesen werden. Besonders auffällig war die Bubble-Tea-Probe, d. h. die Werte für die Zutaten, die dort hineingeschüttet werden. Dort sind Weichmacher enthalten. Natürlich ist das wichtig und richtig: Je weniger davon enthalten ist – auch wenn die Werte noch unter der Grenze liegen –, desto besser. Ich glaube, deswegen sollten wir dieses Thema im Auge behalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Was das Verbot von Weichmachern betrifft: Es ist klar geregelt, dass auf europäischer Ebene und auf der Bundesebene entschieden werden muss, wie man mit diesen riskanten Stoffen umgeht. Es gibt die unterschiedlichsten Stoffe; sie müssen bewertet werden. Die Landesregierung unterstützt, so, wie sie es in der Antwort auf die Große Anfrage schreibt, diese Initiativen.

Die Landesregierung hat nicht die Kompetenz – auch wenn sie sie gern hätte –, um auf der Bundesebene das zu bewegen, was Sie jetzt vorgeschlagen haben, z. B. Verbote. Da müssen die Bundesregierung und die Europäische Kommission reagieren. Aber die Landesregierung unterstützt das gern, wie man an der Beantwortung der Großen Anfrage sieht.

Plastik ist ziemlich praktisch, und deshalb findet es sich so gut wie überall. Die Kolleginnen haben schon darauf hingewiesen: Es ist ein generelles Problem, und wir können es jetzt wahrscheinlich nicht einseitig lösen, indem wir die Migration bei Lebensmitteln angehen, sondern wir müssen das Thema ein bisschen globaler sehen.

Das globale Problem ist, wie der Film „Plastic Planet“ drastisch verdeutlicht hat, dass Plastik fast überall im Ge-

brauch ist und dass es die Meere verschmutzt. Wir alle kennen die Bilder von den Müllstrudeln im Meer, also quadratmetergroße Flächen von aneinandergereihten Plastiktüten im Meer. Deshalb greift es zu kurz, wenn man jetzt nur über diese Grenzwerte sprechen würde, über Verbote von Einzelsubstanzen und Kontrollen. Das ist natürlich wichtig. Das will ich nicht in Abrede stellen. Aber ich glaube, dass wir das Ganze auch ein bisschen globaler betrachten müssen, um das ganze Problem in den Griff zu bekommen.

(Beifall der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir müssen darüber reden, wie wir dahin kommen, den Plastikmüllberg zu verkleinern. Ich glaube, das ist die zentrale Frage. Deutschland ist leider Europameister. Wir produzieren mit Abstand am meisten Verpackungsmüll in der gesamten Europäischen Union – insgesamt und pro Kopf. Ich glaube, auf diesen Meistertitel können wir nicht stolz sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wie kann man darauf reagieren? – Wir brauchen eine längere Lebensdauer von Produkten. Wir müssen natürlich Plastikmüll vermeiden. Unnötige Verpackungen müssen vermieden werden. Wir brauchen mehr Recycling, und wir brauchen Produkte, die nicht von der Wiege, also der Produktion, bis zur Bahre gehen und dann vernichtet, also verbrannt, oder vielleicht, wenn es hochkommt, recycelt werden, sondern wir brauchen wirklich einen Produktzyklus von der Wiege bis zur Wiege, der dann also komplett in den Kreislauf der Produktion geht. Ich glaube, das ist die Antwort auf die zentralen Fragen.

Meine Damen und Herren, der Trend zur Wegwerfkultur – Frau Kollegin Schott hat auch darauf hingewiesen – muss gestoppt werden. Wir leben jetzt schon über die Grenzen unseres Planeten hinaus. Sicherlich benötigen wir weiterhin das Material Kunststoff, das in vielen Bereichen wie z. B. der Medizin unabdingbar ist. Aber wir müssen einfach wegkommen von unserer Ex-und-hopp-Kultur, sonst schaufeln wir uns unser eigenes Plastikgrab.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Alternativen gibt es. Es gibt biologisch abbaubare Stoffe. Es gibt nachwachsende Rohstoffe. Es gibt Mehrweg. All das gibt es schon. Es gibt Läden wie „Unverpackt“, also Läden, zu denen man hingehen und sich selbst seine Lebensmittel in mitgebrachte Behälter abpacken kann. Ich glaube, das sind gute Ansätze. Sie sind unterstützenswert. Es gibt Alternativen wie Bee's Wrap, also eine Bienenhülle, ganz aus Öl und Wachs bestehende Baumwollgewebe, die eine Alternative zu Plastik darstellen und innerhalb von sechs Wochen abbaubar sind statt wie Plastik innerhalb von 100 Jahren.

All diese Dinge gibt es. Ich bin froh, dass es hier schon Initiativen und Ansätze gibt und dass es mittlerweile viel mehr Menschen gibt, die sagen, dass sie einfach keine Lust mehr auf diesen ganzen Plastikmüll haben, und in diese Läden gehen und diese Alternativen auch nutzen.

Auch Plastiktüten sind nicht notwendig. Ich bin aufgewachsen mit dem Spruch „Jute statt Plastik“. Dieser Spruch hat sozusagen meine Schulzeit begleitet. Diese etwas muffig riechende kratzende Stoffhülle kennen Sie viel-

leicht auch. Das war damals der Klassiker für die Umweltbewegung und die Solidarität mit der Dritten Welt. Wer nicht unbedingt eine Jutetasche haben will, kann auch eine ganz normale Stofftasche nehmen. All diese Dinge gibt es schon. Man muss es nur anpacken.

Ich bin froh, dass auch unsere Ministerin sich des Themas annimmt und auch konkrete Initiativen in diese Richtung zum Thema nachhaltiger Konsum, weniger Verpackung und weniger Verpackungsmüll startet, wie z. B. die Initiative „Becher-Bonus“. Kaffeetrinker sollen ihre eigene Tasse mitnehmen und füllen lassen, wenn sie im Café, der Bäckerei oder in der Tankstelle ein Getränk mitnehmen. Das schlägt sie im Rahmen der Initiative „Becher-Bonus“ vor. Ich habe einmal nachgeschaut: Die Deutsche Umwelthilfe prangert an, dass im Jahr in Deutschland 2,8 Milliarden Becher für Mitnehmekaffee verbraucht werden. Das sind nicht einfach nur Papp- oder Papierbecher, sondern sie sind auch beschichtet. Von daher ist es auch ein Riesemüllberg, der da produziert wird. Auch die Deutsche Umwelthilfe schlägt vor, dass man freiwillige Anreize und Bonussysteme nutzt, wie unsere Ministerin das auch vorgeschlagen hat. Da bekommen die Leute wirklich einen Anreiz, mit ihrem eigenen Becher dahin zu gehen, indem sie dann 10 oder 20 Cent sparen.

Wir haben es bedauert, dass die SPD, die Opposition, dann reflexhaft, weil es ein Vorschlag von unserer Ministerin ist, das als Symbolpolitik abtut. Die Ministerin handelt hier also konkret bei den Kontrollen für die Lebensmittelverpackung, aber auch beim Thema nachhaltiger Konsum. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Feldmayer. – Als Nächster spricht nun Kollege Lenders von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Lenders (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lebensmittelverpackungen haben viele Aufgaben. Sie sind Fläche für notwendige Informationen wie Preis und Gewicht etc., vielleicht auch eine Informationsfläche für das, was eigentlich drin ist. Sie sind Fläche für vorgeschriebene Aufdrucke. Sie sind Fläche für nützliche Verbraucherhinweise und z. B. Informationen über Zertifizierungen. Sie sind auch sicherlich Fläche für Werbung und sollen Kaufanreize bieten.

Die Alternativen zu Kunststofflebensmittelverpackungen kennen wir aus der Vergangenheit. Da ist sicherlich die Glasflasche immer wieder ein Thema, aber der eine oder andere kennt auch noch eine Milchkanne.

(Michael Boddenberg (CDU): Das war der Mehdorn!)

Selbst wenn man zu diesen ganz alten Methoden zurückkommen wollte, stößt man doch sehr schnell auf Hürden. Versuchen Sie z. B. einmal, in ein Lebensmittelgeschäft hineinzugehen mit einer selbst mitgebrachten Verpackung. Sie werden Ihr blaues Wunder erleben, was Sie sich da alles anhören dürfen. Man muss sagen, Frau Löber, dass Sie dann auch ganz schnell an Hygienevorschriften

stoßen. Das sind Dinge, an die man jetzt gar nicht denken mag, wie Schadenersatzansprüche und dergleichen, wenn Lebensmittel verdorben sind. Das ist eigentlich die wichtigste Herausforderung und eine Aufgabe, die solche Kunststoffverpackungen mit übernehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben die Große Anfrage, wie ich meine, schon sehr ausführlich beantwortet. Ich habe diese Antwort auch sehr genau gelesen. Zwei Zahlen sind bei mir hängen geblieben: 70,5 % der Lebensmittelverpackungen werden recycelt. 96,3 % werden verwertet. Es bleibt natürlich ein Rest. Da muss man sich fragen, wo der eigentlich abgeblieben ist. Da kann man auch Sorgen haben, ob das in die falschen Kanäle gerät. Man kann sich lange über thermische Verwertung – ja oder nein – unterhalten. Aber fest steht: Der allergrößte Teil geht in die Kette zurück.

Was ich allerdings durchaus auch als Problem ansehe, ist die Frage, wie denn recycelt wird. Ich glaube, dass, wenn im Moment 70 % recycelt wird, da noch Luft nach oben ist. Für ein vernünftiges Recyceln wäre es auch nötig, dass wir über eine Sortenreinheit sprechen. Kunststoffprodukte können Sie nur dann vernünftig recyceln und dem Wertstoffkreislauf wieder zuführen, wenn sie sortenrein sind. Allein das stellt den Handel schon vor große Herausforderungen. Stellen Sie sich ein Lager vor, in dem ein Lagerist die einzelnen Kunststoffsorten unterscheiden muss. Wo er das nicht mit bloßem Auge erkennen kann, bräuchte er teilweise quasi ein Labor, um das zu differenzieren. Wenn man da rangehen will, wenn man die Recyclingquote stärker anheben will, muss man pragmatische Lösungen finden, die auch tatsächlich umgesetzt werden können.

(Beifall bei der FDP)

Große Anfragen, die von der Landesregierung beantwortet werden, sind gut, auch wenn sie nicht immer vorgefertigte Meinungen bestätigen. Dann wäre es doch dieser Erkenntnisgewinn, den man daraus hat, dass man vielleicht dazu kommen sollte, lieb gewonnene Vorurteile einfach einmal über Bord zu werfen.

Meine Damen und Herren, wenn sich eine Landesregierung auf das Landeslabor bezieht und die Werte dann auch anführt, sage ich: Ich kann das natürlich immer alles infrage stellen. Ich kann natürlich immer alle Grenzwerte infrage stellen. Ich glaube aber, dass wir als Abgeordnete einfach überfordert sind, eigene Grenzwerte festlegen zu wollen. Wenn wir uns nicht mehr auf die Wissenschaft verlassen können, auf was sollen wir uns denn dann verlassen? Was soll denn Grundlage politischen Handelns sein?

(Beifall bei der FDP und der Abg. Eva Kühne-Hörmann (CDU))

Stichwort: Stoffübertragungen. Auch hier ist die Auskunft – ich habe das gründlich gelesen –, mechanische Probleme waren oftmals der Grund dafür. Das kann passieren in einem Unternehmen. Es sollte nicht passieren, dass, wenn sie in einem Stanzwerk Kunststoffreste haben, diese dann in die Lebensmittelkette geraten. Ich glaube, dass solche Teile – da reden wir auch nicht von Mikroteilen, sondern von Teilen, die auch gefunden werden können – in Lebensmittel geraten, das sollte nicht passieren. Ich bin aber relativ froh darüber, dass die Verbraucherschützer in Hessen solche Dinge dann auch aufdecken und so etwas auch finden,

zeigt es doch, dass die Kette und die Überwachung auch funktioniert.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Eva Kühne-Hörmann (CDU))

Die Wasserflasche ist sicherlich eine der interessantesten Lebensmittelverpackungen. Wenn wir die Anfrage richtig lesen, stellen wir fest, die größten Probleme hat es bei den Schraubverschlüssen gegeben. Ich glaube, da muss man genau hinschauen, damit man Lösungen dafür findet, wenn die Kunststoffe von Kunststoffflasche und Schraubverschluss nicht richtig miteinander übereinstimmen.

(Michael Boddenberg (CDU): Korkennutzung!)

– Genau, Korkennutzung. Herr Boddenberg, da haben wir aber ein paar Probleme, was den Kork anbelangt. Es ist nicht umsonst so, dass viele Weinflaschen mittlerweile einen Schraubverschluss haben. Da würden wir eine neue Diskussion führen.

Aber die Glaubensfrage, ob die Kunststoffflasche oder die Glasflasche besser ist, können Sie schon in Ihrer eigenen Familie diskutieren. Die einen glauben, das Wasser aus der Kunststoffflasche schmeckt „ein bisschen komisch“ und die anderen sagen, die Glasflasche ist das Einzige, was vernünftig ist, und der andere sagt: Bin ich denn verrückt? Ich schleppe dir doch die Glasflaschen nicht hoch. Dann schleppst du einmal selbst. – Selbst in Ihrer eigenen Familie wird das dann schnell zu Glaubensfragen.

Nachweisbar ist da nichts. Ganz objektiv muss man sagen, es gibt keine Veränderung. Wenn man sich die Kunststoffflasche genau anschaut, sieht man dort keinen Austausch von – wie haben Sie es genannt? – unterschiedlichen Stoffen, die ins Wasser eindringen.

Meine Damen und Herren, der Verbraucher sollte dann am besten selbst entscheiden, ob er jetzt zur Glasflasche oder zur Kunststoffflasche greift, ob er eine verpackte Banane nimmt oder die lose verpackte, ob er verpackte Tomaten nimmt oder die losen Verpackungen. Ganz klar muss nur sein: Wenn Sie einen Apfel, der nicht verpackt ist, nicht abwaschen, machen Sie als Verbraucher da auch einen Fehler.

(Beifall bei der FDP)

Bei Weichmachern muss man differenziert betrachten, über welche einzelnen Substanzen wir uns da unterhalten. Da muss man sicherlich weiterhin nach Alternativen forschen. Aber eines ist auch ganz klar: Wenn Verbraucher nicht vernünftig auf Warnhinweise reagieren, die aufgedruckt sind, und wenn sie ein Produkt nicht ordnungsgemäß anwenden, z. B. ein Produkt, das erhitzt werden soll, in einer Kunststoffverpackung, wenn sie beispielsweise glauben, dass sie die Milchtüte, wenn sie die Milch warm machen wollen, auf die Herdplatte stellen können, dann werden Sie Schiffbruch erleiden. Wir müssen auf einen mündigen Verbraucher setzen, der Warnhinweise und die Verbrauchsanweisung auch vernünftig lesen kann.

(Beifall bei der FDP)

Mein Kollege Rock hat gesagt, er hätte es auch nicht gerne, wenn Kunststoffe in seinem Essen zu finden sind. Stimmt. Damit haben wir sicherlich eine Gemeinsamkeit hier im Hause über alle Fraktionsgrenzen hinweg.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Es ist ein globales Problem. Es ist vor allen Dingen auch in den Entwicklungsländern ein Problem. Wenn Sie einem Menschen in einem Entwicklungsland sagen, dass eine Kunststofftüte bitte recycelt werden soll, wird er Sie mit großen Augen anstarren und sich fragen: Was ist das, recyceln? – Er sieht in solch einer Tüte durchaus einen Wertgegenstand.

Wenn Sie das wirklich ernst meinen, dann müssen wir dort mehr in die Forschung investieren, um Kunststoffe zu haben, die tatsächlich komplett abbaubar sind. Bisher sind Tüten, die wieder abbaubar sind, also nicht mehr nachweisbar sind, nur mit großem technischen Aufwand tatsächlich einem neuen Weg zuzuführen.

Ein Problem bleibt bei den Kunststoffabfällen in den Meeren bestehen. Aber auch in diesem Zusammenhang ist es gerade Aufgabe von großen Industrienationen, mehr Geld für die Forschung in Kunststoffe zu investieren, um solch eines Problems Herr zu werden. Alleine von Hessen ausgehend wird uns das nicht gelingen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Lenders. – Für die Landesregierung spricht nun Staatsministerin Hinz. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Lenders, bei den Wasserflaschen kann ich Ihnen vielleicht helfen: Das am besten untersuchte Lebensmittel ist das Leitungswasser.

(Jürgen Lenders (FDP): Ja, das stimmt! – Zurufe der Abg. Florian Rentsch (FDP) und Michael Siebel (SPD))

Da brauchen Sie weder das eine noch das andere zu kaufen.

Meine Damen und Herren, ich komme zurück zu den Lebensmittelverpackungen und der Großen Anfrage. Natürlich sind Lebensmittelverpackungen gut für die einfache Handhabung, für die Haltbarkeit von Produkten, auch für die Vielseitigkeit von Angeboten, die wir haben, und oftmals hilft es auch unserer Bequemlichkeit, dass etwas in Plastik verpackt ist.

(Zuruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Aber es ist auch eine große Herausforderung für die amtliche Lebensmittelüberwachung, wirklich zu kontrollieren und nachzuvollziehen, ob es Gefährdungspotenziale gibt, das dann auch bekannt zu machen und nachzuverfolgen, damit es sich ändert.

Vor allen Dingen produzieren wir unglaublich viel Müll mit den Plastikverpackungen. Hierbei sind aus umweltpolitischen Gründen grundsätzlich alle Verpackungen, bei denen die Gefahr besteht, dass sie bei einer unsachgemäßen Verwendung gesundheitsschädlich wirken oder bei der Entsorgung in die Umwelt gelangen, kritisch zu sehen.

Viele Plastikverpackungen bauen sich nur ganz langsam ab, verbleiben lange in der Umwelt und können sich dort

anreichern. Auch dies ist ein grundsätzliches Umweltproblem. Die aktuelle Diskussion um die Mikroplastikrückstände in der Umwelt und die zunehmende Vermüllung der Meere beleuchtet in eindringlicher Weise diese Problematik.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung versucht, die Verbraucherinnen und Verbraucher über den richtigen Umgang mit Lebensmittelverpackungen vor allen Dingen über die Internetseiten des Verbraucherfensters Hessen zu informieren. Dort befinden sich Tipps für den Umgang mit Lebensmittelverpackungen, Tipps für die mögliche Reduzierung von Verpackungen, aber auch weiterführende Links zum Umgang mit gebrauchten Lebensmittelverpackungen.

Oftmals hat man zu Hause Verpackungen und nutzt diese für ein anderes Lebensmittel noch weiter. Das kann durchaus gesundheitsschädlich sein. Oder aber die Frage: Welche Plastikverpackung stelle ich eigentlich in die Mikrowelle? – Wenn man denn auf Plastik setzt, sollte man auch da wirklich nur das nehmen, was tatsächlich auch für Mikrowellen zugelassen ist. Alles andere kann sich auf die Speisen übertragen, und auch dies kann der Gesundheit schaden.

Meine Damen und Herren, zur Aufklärung, Information aber auch zur Reduzierung des Mülls soll auch meine Kampagne beitragen, die auch die Abg. Feldmayer eben genannt hat, nämlich der „Becher-Bonus“. Sie müssen sich einmal überlegen: 320.000 Becher pro Stunde werden durch die Bevölkerung verbraucht, weil sie Kaffee in diesen plastikbeschichteten Bechern kauft, mitnimmt, trinkt und diese dann wegwirft. 320.000 pro Stunde.

Deswegen, glaube ich, ist es sinnvoll, dass wir versuchen, die Verbraucher und die Verbraucherinnen nicht nur über Verbote, sondern auch über Anreize dahin zu bringen, dass sie nicht ganz bequem sind, sondern in einer anderen Art und Weise mit diesem Problem umgehen, und wir sollten ihnen das auch bewusst machen.

Aber wir brauchen natürlich auch eine Regulierung, nationale und europäische Lösungen. Das ist ganz klar. Deshalb unterstützt die Landesregierung den Beschluss der Umweltministerkonferenz zur Reduzierung des Eintrags von Kunststoffen in die Umwelt. Dabei geht es vor allen Dingen auch um den Verbrauch von Plastiktüten. Die EU möchte, dass wir den Verbrauch von Plastiktüten in den nächsten zehn Jahren auf 40 Tüten pro Kopf und Jahr senken – was für ein irrer Zeitraum, um dann auf 40 Tüten zu kommen. Derzeit verbrauchen die Bundesbürger noch durchschnittlich 71 Plastiktüten pro Jahr. Es kann sich jeder einmal an die eigene Nase fassen und überlegen, wofür er Plastiktüten nutzt und wo die dann hinterher landen. Diese Plastiktüten müssen jetzt kostenpflichtig werden, und dem Handel wurde Zeit gelassen, das erst einmal freiwillig zu regeln. Man bemüht sich jetzt; wenn das allerdings nicht klappt, wird es eine verpflichtende gesetzliche Regelung geben müssen.

Ein immer größer werdendes Problem gibt es bei den erwähnten Kunststoffteilchen in einer Größenordnung im Mikro- und Nanometerbereich; das sind die sogenannten Mikroplastikartikel. Hierzu haben wir den UMK-Beschluss gefasst, dass es beispielsweise in Reinigungsmitteln, Kosmetika und Körperpflegemitteln ein Verwendungsverbot geben soll. Wir brauchen kein Plastik in der Kosmetik. Ich

will mir keine Mikroplastikteilchen ins Gesicht schmieren müssen.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich nehme an, die Männer hier im Saal wollen das auch nicht. Von daher gehe ich davon aus, dass Sie alle dafür sind, dass man das verbietet, wenn es keinen freiwilligen Ausstieg seitens der Industrie gibt. Wir können dazu selbst beitragen, indem wir auf Feuchttücher verzichten, die aus einem Polyester-Viskose-Gemisch oder aus in Kunstharz getränkten Fasern bestehen.

Die Landesregierung handelt auch vor Ort. Wir haben im September 2015 einen Zuwendungsbescheid in Höhe von fast 900.000 € für die Fortführung eines eineinhalbjährigen Forschungsvorhabens des Abwasserverbandes Langen-Egelsbach-Erzhausen zur Entfernung von Mikroplastik in der Kläranlage überreicht. Diese Forschung ist wichtig – Herr Lenders, da gebe ich Ihnen recht –, aber das reicht nicht. Es ist natürlich sinnvoll, dass Industrie und Hochschulen forschen. Aber auch wir versuchen auf unserem Felde zu erforschen, wo Plastik tatsächlich in die Umwelt, in das Wasser, in das Abwasser gelangt, damit man es in den Kläranlagen aufhalten kann, bevor es wiederum in die Meere geht oder auf eine andere Art und Weise in den Kreislauf zurückkommt und sich in unseren Körpern anreichert.

Meine Damen und Herren, es geht bei dem Bereich, den Frau Löber mit der Großen Anfrage angesprochen hat, nicht nur um Kunststoffverpackungen. Es geht unter anderem – ich komme noch zu einem weiteren Punkt – um sogenannte Lebensmittelbedarfsgegenstände. Dazu zählen alle Gegenstände, die generell mit Lebensmitteln in Berührung kommen. Das umfasst auch so alltägliche Dinge wie Messer, Gabel, Löffel und Teller, aber es umfasst beispielsweise auch Schläuche von Bierzapfanlagen.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das ist ein wichtiger Punkt, Frau Abgeordnete. Das Reinheitsgebot soll nicht dadurch gestört werden, dass in den Schläuchen irgendwelche Rückstände sind, die dann irgendwie im Bier landen und wiederum in unseren Mägen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Im Jahr 2014 wurden im Hessischen Landeslabor insgesamt 582 Bedarfsgegenstände mit Lebensmittelkontakt untersucht. Die Beanstandungsquote betrug 11 %. Das ist aus meiner Sicht noch immer zu viel. Das reichte von Kennzeichnungsmängeln, das ist nicht ganz so dramatisch, bis hin zu überhöhten Freisetzung von Schwermetallen. Die Messungen sind so wichtig, damit wir das nachverfolgen können, damit die Beanstandungen auch zu Veränderungen führen.

Die Landesregierung wird weiterhin an der Reduzierung und der Überwachung arbeiten, damit wir weniger Plastik und vor allen Dingen weniger Gesundheitsschädigungen durch Plastik haben werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Das heißt, die Große Anfrage ist hiermit besprochen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Große Anfrage der Abg. Löber, Schmitt, Decker, Hofmeyer, Kummer, Warnecke, Weiß und Geis (SPD) betreffend Green IT – Drucks. 19/2929 zu Drucks. 19/2290 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Als erste Rednerin spricht Frau Kollegin Löber von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Angelika Löber (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Informationstechnik gehört zu den Bereichen im 21. Jahrhundert, bei denen ein hoher und stetig steigender Ressourcen- und Energiebedarf besteht. Dies ist nicht zuletzt dadurch zu erklären, dass die Informationstechnik mittlerweile zunehmend vielfältige Lebensbereiche der Menschen, speziell in den Industrienationen und heranwachsenden Schwellenländern, durchdringt und bestimmt. Um der steigenden Verwendung der Informationstechnik jedoch auf lange Sicht gerecht werden zu können, bedarf es einer effizienten Ressourcennutzung. Seit einiger Zeit gewinnen daher die ökologischen Informations- und Kommunikationstechnologien immer mehr an Relevanz. Im Sinne der ökologischen Informations- und Kommunikationstechnologien werden bei der Wahl der Hardwarekomponenten und den eingesetzten Softwareprodukten Umweltaspekte berücksichtigt. Das Ziel besteht also darin, die IT-Landschaft umweltschonender und vor allem ressourcenschonender zu gestalten.

Der Begriff „Green IT“ fasst nun die Bestrebungen einer effizienteren Ressourcennutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zusammen, diese über deren gesamten Lebenszyklus hinweg umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten. Hierbei kann vor allem die Optimierung der Umweltaspekte und des Ressourcenverbrauchs bei der Herstellung und letztlich besonders bei der Entsorgung der Produkte betrachtet werden. Zumindest hierin ist sich die Landesregierung mit uns einig, da sie inhaltlich unter dem Begriff „Green IT“ die Zielsetzung einer umweltschonenden Gestaltung und Nutzung von Informationstechnologien über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg versteht.

(Günter Rudolph (SPD): Es ist noch kein Minister da! Daher ist das wohl nicht so interessant!)

– Ja, ich wundere mich auch.

(Ministerin Priska Hinz: Doch, ich bin da – noch! Aber die Staatssekretärin ist auch zuständig! – Günter Rudolph (SPD): Und Sie sind auf dem Sprung!)

Es bleibt in der Beantwortung der Großen Anfrage bei diesen allgemeinen Aussagen. Der tatsächliche Lebenszyklus der Produkte wird bei der effizienten Ressourcennutzung leider nicht betrachtet. So wird bei der Herstellung der Geräte nicht auf Ressourcenschonung geachtet und am Ende der Nutzungsdauer von den Vertragspartnern kein Recyceln oder Wiederverwerten der Produkte und ihrer Be-

standteile gefordert, was eigentlich in vielen Bereich Standard sein sollte.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt keine ökologischen Anforderungen an die Vertragspartner für die Entsorgung alter Produkte. Es wird z. B. dem Leasinggeber in eigener Verantwortung überlassen, ob die Geräte einer Wiederverwendung oder nur der Entsorgung zugeführt werden. Das ist nicht mehr Stand der heutigen Zeit. Die meisten Geräte werden von der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung in ihrer Rolle als zentrale Beschaffungsstelle des Landes geleast. Dies führt zumindest zu ökonomischen Vorteilen und sicherlich zu einer Beachtung des Leitfadens zur Beschaffung von Computern und Monitoren. Den Leitfaden zur Beschaffung von Computern und Monitoren erwähne ich ausdrücklich positiv, da er auf viele Aspekte einer ressourcenschonenden ökologischen Beschaffung eingeht, die in den Antworten auf die Große Anfrage nicht ausgeführt werden.

Unfassbar in den Antworten auf die Große Anfrage fand ich die Auskunft, dass nach Ende der Leasingfrist IT-Anlagen und Geräte an den Leasinggeber zurückgegeben werden und erst der Leasinggeber die auf den Geräten befindlichen Daten löscht. Ich hoffe sehr, dass dies eine fehlerhafte Antwort war und nicht der Realität entspricht.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Wer weiß?)

Datenschutz und Datensicherheit wären so nicht gegeben, wenn erst der Leasinggeber Daten löschen kann und das nicht hier innerhalb der Zuständigkeiten geschieht. Das ist skandalös.

Leider liegt der Schwerpunkt der Beantwortung der Großen Anfrage auf Strom- und Energieeffizienz, allgemeinen Aussagen zur CO₂-neutralen Landesregierung und Klimastrategien. Okay, es spart Zeit, mit Satzbausteinen und Allgemeinplätzen zu antworten. Dies geht an den Fragen vorbei und wird dem Thema leider überhaupt nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

In den Antworten wird zudem auf die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen verwiesen, um den Eindruck zu erwecken, dass sich die Landesregierung mit der Thematik Green IT beschäftigt hat. Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie soll ein integrierter Klimaschutzplan Hessen 2025 entwickelt werden – allgemeine Darstellung der bestehenden Vorhaben der Landesregierung, ohne konkrete Aussagen zu Green IT.

Es wird weiter ausgeführt, dass der Sanierungsrate im Gebäudebestand eine besondere Bedeutung zukommt. Das wirkt auf mich fast so, als ob dies aus anderen Beiträgen der Landesregierung und der Regierungserklärung einfach in die Antwort übernommen wurde, ohne die Antworten auf das Thema der Großen Anfrage zu Green IT zu beziehen. Sicherlich wird mir – der Staatsminister ist nicht da –

(Günter Rudolph (SPD): Es ist kein Minister da!)

die Staatssekretärin den Zusammenhang der Sanierungsrate im Gebäudebestand mit Green IT erklären können. Ich verstehe es leider nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Letztlich gibt es keine eigene Strategie der Landesregierung für Green IT und keine eigens hierfür definierten Ziele. Das ist bei einer Regierungsbeteiligung der GRÜNEN traurig. Es verwundert mich aber nicht mehr.

Auch der, wie den Antworten zu entnehmen ist, verwendete grüne Strom kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass zum eigentlichen Thema wenig gesagt wird und wenig vorangeht, kein konkretes Ziel für die nächsten Jahre, unabhängig von allgemeinen Projekten, wirklich definiert ist.

Würde es eine Strategie geben, wäre sie aufgeführt oder wäre Teil einer der umfangreichen Anlagen geworden, die auch nur Aktivitäten der Landesregierung zu diesem Thema suggerieren sollen.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Stattdessen nur allgemeine Statements. Ich zitiere:

Das Ziel aus Sicht der Landesverwaltung ist es, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, auch und gerade in Verantwortung für kommende Generationen.

Ich zitiere erneut:

Als tragende Säule des Klimaschutzes in den Ministerien und nachgeordneten Behörden ist das Projekt der Nachhaltigkeitsstrategie „CO₂-neutrale Landesverwaltung“ zu nennen.

Sparsamer Umgang mit Ressourcen wird aufgeführt – sehr beachtlich. Das sollte schon allein aus ökonomischen Gründen selbstverständlich sein.

(Beifall bei der SPD)

Kein einziges und vor allem messbares Ziel für Green IT wird aufgeführt, weder für dieses Jahr noch für die nächsten Jahre. Die Ziele einer durchdachten Strategie für Green IT gehen über die aufgeführten Punkte, die nicht wirklich neu und innovativ sind, weit hinaus. Der Gedanke von Green IT fasst die Bestrebungen, eine effizientere Ressourcennutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie über deren gesamten Lebenszyklus hinweg umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten, zusammen. Hierbei kann vor allem die Optimierung der Umweltaspekte und des Ressourcenverbrauchs bei der Herstellung, dem Betrieb und letztlich bei der Entsorgung der Produkte betrachtet werden.

Die Landesregierung konzentriert sich dabei nur auf den Teil des Betriebs von IT-Anlagen und Geräten, hierbei hauptsächlich auf die Energieeffizienz. Die Optimierung der Umweltaspekte und des Ressourcenverbrauchs bei der Herstellung und besonders bei der Entsorgung der Produkte wird dagegen gar nicht betrachtet. Die Landesregierung ist noch nicht einmal auf dem Weg, sondern auf dem Stand von vor ein paar Jahren stehen geblieben.

Da mir noch ein wenig Redezeit verbleibt, erlauben Sie mir ein paar Worte zu einer der letzten Großen Anfragen. Leider ist Kollegin Goldbach nicht da. Ich danke ihr für die Aufzählung der von meiner Fraktion eingebrachten parlamentarischen Initiativen im Bereich des Verbraucherschutzes in ihrer Rede zur Großen Anfrage zum Aktenführungserlass. Es ist schön, wenn auch die Regierungsfractionen unsere Bemühungen für den Verbraucherschutz loben und sich mit den Themen auseinandersetzen, wie Frau Goldbach es immer wieder tut.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nur bedauerlich, dass die angesprochenen Themen seit ihrer Regierungsbeteiligung kaum mehr Bedeutung finden. Sie versucht sogar, die Themen und mich lächerlich zu machen. So ein Versuch, das sage ich hier ganz deutlich, wird jedoch immer wieder auf sie zurückschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Gut zu wissen, dass wenigstens wir die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht aus dem Blick verlieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Löber. – Herr Kollege Rudolph, zur Geschäftsordnung.

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin! Ich wollte nur darauf hinweisen, dass nicht eine einzige Ministerin oder ein einziger Minister während der Aussprache über die Große Anfrage anwesend gewesen ist. Das kann nicht sein, dass alle wichtige Fachgespräche führen. Der Respekt gegenüber dem Parlament muss es ermöglichen,

(Beifall bei der SPD und der FDP)

dass die Landesregierung nicht nur durch die Beauftragten – das ist keine mangelnde Wertschätzung gegenüber den Staatssekretärinnen und Staatssekretären – angemessen vertreten ist. Dass man den Zustand erst thematisieren muss, zeigt, welchen Stellenwert die Landesregierung dem Parlament zumisst.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Rudolph, wir nehmen das zur Kenntnis. Sie sehen, dass die Landesregierung durch Staatssekretärinnen und Staatssekretäre vertreten war. Mittlerweile ist auch der Kultusminister anwesend. Vielen Dank. – Herr Kollege Bellino, zur Geschäftsordnung.

Holger Bellino (CDU):

Frau Präsidentin! Wenn Sie mich freundlicher Weise aufrufen – Sie hatten es mir vorweggenommen –: Ich wollte der guten Ordnung halber zu Protokoll festhalten, dass die Landesregierung natürlich durch hoch kompetente Staatssekretäre vertreten war und mittlerweile durch den Kultusminister vertreten ist. Insofern ist die Landesregierung selbstverständlich, so wie es sich gehört, vertreten.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Bellino. – Herr Kollege Dietz, Sie haben jetzt das Wort.

Klaus Dietz (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf feststellen, dass die Beantwortung eine ausführliche und aufschlussreiche Datenmenge gebracht hat. Aus der Großen Anfrage ist eine große Antwort geworden. Auf zwölf Seiten und darüber hinaus auf 40 Seiten Anlagen sind die Informationen gegeben. Unser Dank gilt den beteiligten Ministerien, vorneweg dem Finanzministerium, der Staatskanzlei, dem Innenministerium, dem Justizministerium, dem Kultusministerium, dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst, dem Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dem Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung und dem Sozialministerium.

Aus der großen Antwort wird deutlich, dass uns in Hessen Nachhaltigkeit wichtig ist.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine verantwortungsvolle Politik hat sowohl die aktuelle Generation als auch die folgenden Generationen im Blick. Wir stehen für eine verantwortungsvolle Politik für Hessen und setzen daher auf Nachhaltigkeit sowohl bei den Finanzen als auch in der Klimapolitik. Wir senken konsequent die Nettoneuverschuldung und bremsen so wirksam die Verschuldung. So erhalten wir den Handlungsspielraum auch für die nachfolgenden Generationen, ganz im Sinne der Schuldenbremse.

Gleichzeitig engagieren wir uns für unsere Umwelt, bremsen den CO₂-Ausstoß und leisten damit einen wichtigen Beitrag für unser Klima. Uns sind die Bewahrung der Schöpfung sowie der Schutz von Umwelt und Natur wichtig; denn wir tragen Verantwortung auch für unsere Kinder und Enkel sowie deren Kinder und Kindeskinde.

Ökonomisch und ökologisch sinnvoll zu handeln, ist unser Anspruch. Wir gehen auch im IT-Bereich möglichst ressourcenschonend vor. Das spart Kosten und schützt zugleich das Klima und die Umwelt.

Auch der IT-Bereich ist in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes eingebunden. Ziel ist es, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, auch und gerade in der Verantwortung für kommende Generationen. Daher soll beispielsweise die Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 CO₂-neutral arbeiten.

Die Liegenschaften des Landes werden grundsätzlich, Universitäten nicht eingeschlossen, mit Ökostrom versorgt, so dass bereits jetzt der Stromverbrauch beim Betrieb der Geräte CO₂-neutral erfolgt. Sämtliche Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung in der Landesverwaltung haben übrigens allein von 2008 bis 2014 zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um fast 50 % geführt, ein wahrer Erfolg.

Dies zeigt eindrucksvoll, dass mit der gewählten Strategie erfolgreich wesentliche Fortschritte bei der CO₂-Reduzierung erzielt werden konnten. Zudem ist der durchschnittliche Energieverbrauch pro IT-Gerät von 2005 bis 2014 um 45 % gesunken. Bei der Wahl der IT-Geräte werden die über den Stromverbrauch ermittelten Energiekosten den Investitionskosten hinzugerechnet. Damit wird berücksichtigt, dass ein vergleichsweise etwas teureres Gerät, über die Laufzeit gesehen, aufgrund des geringeren Stromverbrauchs unterm Strich gegebenenfalls kostengünstiger ist.

Die Beschaffungsgesellschaft KOPIT – Kooperationsplattform IT öffentliche Auftraggeber – dient der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informationstechnologie zwischen dem Land Hessen, den hessischen Kommunalverwaltungen, den Universitäten sowie weiteren öffentlich-rechtlichen Institutionen. Aufgabe dieser Genossenschaft ist die gemeinsame Beschaffung von Hard- und Software sowie IT-Dienstleistungen aller Art.

Gründungsmitglieder der KOPIT sind das Land Hessen, die ekom21 – KGRZ Hessen, Dienstleister für Kommunen, und die Goethe-Universität Frankfurt am Main. Das zentrale Rechenzentrum der HZD – Hessische Zentrale für Datenverarbeitung – arbeitet nach den Grundsätzen der Green IT. Durch die weitgehende IT-Zentralisierung in der Landesverwaltung ist es entbehrlich, dass jedes Ressort ein eigenes Rechenzentrum betreibt. Durch Komprimierung und Deduplizierung wird der benötigte Speicherplatz auf ein Minimum reduziert. Das spart Investitions- und Betriebskosten und senkt den Stromverbrauch. – Es kann vielleicht sein, dass diese Information zufälligerweise übersehen wurde.

Auch bei der Entwicklung von Technologien im Bereich der Green IT ist Hessen z. B. mit der Goethe-Universität in enger Zusammenarbeit mit dem Frankfurt Institute for Advanced Studies führend. Für die Green-IT-Technologie – Rechner wie Rechenzentren – wurde eine ganze Reihe von Preisen gewonnen:

Green-IT-Award Bundesregierung „Visionäre Gesamtkonzepte“,

Deutscher Rechenzentrumspreis 2012 – Energieeffizienz,

Deutscher Rechenzentrumspreis 2013 – Visionäre RZ-Architektur,

nominiert für den Deutschen Rechenzentrumspreis 2014 – Energieeffizienz,

Datacenter Dynamics EMEA Award 2013 – Data Center Blueprint,

BroadGroup EMEA Award Special Commendation – Energy Efficiency,

„Land der Ideen“ 2012 for LOEWE-CSC,

Green Cube Project of the Month, BMBF,

fünf Nominierungen mit vier zweiten Plätzen für Datacenter Dynamics EMEA Awards 2011, 2012 und 2013,

zweiter Platz bei den Deutschen Internet Awards 2012,

Platz Datacloud Awards 2015, Monaco.

Das Land Hessen betreibt zudem insgesamt eine vorbildliche Strategie für eine CO₂-neutrale Landesverwaltung, wie dies aus einer Studie der Bertelsmann Stiftung zu Nachhaltigkeitsstrategien aus dem Jahr 2013 hervorgeht, in welcher die Vorreiterposition des Landes mit dem ehrgeizigen Projekt „CO₂-neutrale Landesverwaltung“ als Best-Practice-Beispiel gewürdigt wurde. In der Studie heißt es:

Hessen ist das einzige Land, das mit dem Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen besonders nachhaltigkeitsrelevante Investitionen misst.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, das Land Hessen ist zum Thema Green IT bestens aufgestellt. Mein Dank gilt a) der Landesregierung – das habe ich schon ge-

tan – und b) natürlich auch der SPD-Fraktion, die das mit ihrer Großen Anfrage ins Rampenlicht gerückt hat.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dietz. – Als nächster Redner spricht nun Herr Kollege Lenders von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Lenders (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, es ist schon sehr bezeichnend. Wir stecken mitten in einer Zeit, die uns massiv fordert, in der wir die Kinder und Kindeskiner auf die Herausforderungen von morgen vorbereiten müssen, und die Landesregierung ergeht sich bei der Antwort auf die Große Anfrage aus diesem Parlament als die heilsbringende Koalition. Sie schreibt uns auf, was Schwarz-Grün Tolles getan hat und Gutes macht.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kaufmann, dass Sie sich da zu Wort melden, ist klar. – Ich zitiere aus der Antwort auf die Große Anfrage:

Klima- und Umweltschutz haben in den hessischen Ministerien und nachgeordneten Behörden bereits seit einiger Zeit einen hohen und weiterhin zunehmenden Stellenwert.

Na ja, Respekt.

... wurde die Beschaffung von Strom für die Liegenschaften des Landes vollständig (mit Ausnahme der Universitäten) auf Strom aus erneuerbaren Energien ... umgestellt ...

Ich habe schon vieles erlebt, aber schauen Sie einmal auf eine Steckdose. Strom ist alles, grün ist er nicht.

Um einen Eindruck von geforderten ökologischen Kriterien an zu beschaffende IT-Hardware zu geben, ist nachfolgend ein Auszug aus der aktuellen Ausschreibung zur landesweiten Beschaffung von IT-Hardware wiedergegeben: ...

Dass das Frau Löber ein bisschen ärgert und dass sie das hier zu Recht anmahnt, dafür habe ich großes Verständnis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass wir als Land und die nachgeordneten Behörden nachhaltig einkaufen, dass wir uns selbst gesteckte Ziele geben. Aber das, was Sie beschrieben haben, ist reines administratives Handeln. Ich würde einfach unterstellen, dass Sie es so machen.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Aber das, was Sie eben nicht tun, meine Damen und Herren, ist, ein Stück weit einen Ausblick zu geben. Ich vermisse das Engagement bei Ihnen. Wo ist die Leidenschaft? Man muss nicht immer jede Leidenschaft von Frau Löber teilen. Aber an dieser Stelle wäre von Ihnen ein bisschen mehr Engagement angebracht gewesen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir stehen vor einer Herausforderung. selbst fahrende Autos, wir haben Fabriken, die sich zukünftig selbst steuern können, Industrie 4.0. Wir haben Ärzte, die über Tausende Kilometer hinweg eine Operation durchführen können. Das wird bald Wirklichkeit sein.

Meine Damen und Herren, der digitale Fortschritt verändert unser Privatleben, aber er verändert eben auch Arbeitswelten und unsere Wirtschaft wie unsere Verwaltung sehr nachhaltig. Dazu muss die Landesregierung einen Ausblick geben, wie sich das zukünftig gestalten soll.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Welche Voraussetzungen wollen Sie dafür schaffen? Ist das die digitale Infrastruktur mittels Glasfasertechnik? Ist das ein diskriminierungsfreier Internetzugang durch Netzneutralität? Wie steht eine Landesregierung zu Herausforderungen wie z. B. dem Vectoring?

Meine Damen und Herren, wir setzen auf bessere rechtliche Rahmenbedingungen für eine digitale Ökonomie, flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie die Herstellung der informationellen Selbstbestimmtheit der Bürger. Dazu gehören der Abbau von bürokratischen Barrieren für Start-ups und Innovationen, mehr Offenheit gegenüber neuen Technologien und Geschäftsmodellen wie z. B. die sogenannte Share-Economy. Welche Position hat die Landesregierung zu solchen neuen Geschäftsmodellen? Hier ist eine Landesregierung auch Auftraggeber. Denkt die Landesregierung über solche Dinge nach, oder bleibt sie bei dem verhaftet, was es immer schon gegeben hat?

Frau Löber, was Sie eben angesprochen haben, habe ich tatsächlich nicht gelesen. Ich finde es durchaus spannend, dass die Leasinggeber, wenn sie die Geräte zurückbekommen, dann erst die Daten löschen.

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt, was Herr Ronellenfisch dazu sagt. Ich glaube, bei dem, was Frau Löber da ausgegraben hat, müsste hier jeder Parlamentarier ein bisschen wach werden und sagen: Den Dingen gehen wir nach. – Die Landesregierung muss hierauf eine Antwort geben.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Da bin ich gespannt, was kommt, wie der Datenschutz auf den Geräten der Landesverwaltung beachtet wird.

Meine Damen und Herren, ich will es nicht in die Länge ziehen, aber soziale Gerechtigkeit fängt eben nicht bei den Sozialleistungen an, die verteilt werden. Soziale Gerechtigkeit fängt schon bei unseren Kindern an. Unsere Kinder müssen von Anfang an mit digitaler Kompetenz ausgestattet werden, und zwar unabhängig davon, aus welchem Elternhaus sie kommen. Das endet eben nicht mit der Beschaffung des Ökostroms, der europaweit ohnehin preislich seinesgleichen sucht.

Man muss hier etwas mehr ausholen. Das, was die Landesregierung an Antworten gegeben hat, ist deutlich zu wenig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der Abg. René Rock und Wolfgang Greilich (FDP))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Lenders, vielen Dank. – Als nächste Rednerin spricht Frau Kollegin Dorn für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, bitte schön, Sie haben das Wort.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich herzlich für die Antwort auf die Große Anfrage, weil sie einen speziellen Teil des sehr wichtigen Themas Ressourcenschutz aufgreift. Natürlich hat das Land Hessen eine Vorbildfunktion, wenn es um das Thema Umweltmanagement und hier speziell um die Informationstechnologie geht. Green IT ist ein wichtiges Thema. Sie hat viele Chancen und auch viele Herausforderungen. Es ist gut, dass wir uns hier dem einmal widmen.

Umweltmanagement ist wirklich etwas sehr Ganzheitliches. Da bin ich bei der Kollegin Löber. Natürlich bezieht sich das nicht nur auf das Thema Strom. Genau das Gegenteil ist der Fall. Es umfasst auch nicht nur den kompletten Betrieb. Das reicht von der Beschaffung durch den Lieferanten bis hin zum Recycling. Es geht um das Thema Energie, und es geht um das Thema Material. Das ist also wirklich ein sehr ganzheitliches Thema.

Anders als meine Vorredner finde ich die Bilanz des Umweltmanagements durchaus passabel. Es gibt nämlich eine ganze Menge Punkte, die im Rahmen dessen angegangen werden, in dem sich eine Landesregierung bewegen kann. Darauf möchte ich gerne am Ende meiner Rede noch einmal zurückkommen. Natürlich muss eine ganze Menge mehr gerade bei der Informationstechnologie geschehen.

(Beifall der Abg. Sigrid Erfurth und Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was tun wir im Einzelnen? Ich glaube, es war Herr Lenders, Sie haben sich gewundert, warum jetzt noch einmal die CO₂-neutrale Landesverwaltung nach vorne gebracht wird. Das ist doch ganz klar. Green IT ist ein Baustein bei der CO₂-neutralen Landesverwaltung. Die CO₂-neutrale Landesverwaltung hat gerade einen großen Vorteil. Das darf ich als diejenige sagen, die das Programm nicht mit entworfen hat. Das machte die Vorgängerregierung. Ich habe das aus der Opposition heraus schon immer unterstützt.

Der große Vorteil der CO₂-neutralen Landesverwaltung ist, dass das ein großes ganzheitliches Spektrum umfasst. Das fängt bei den Gebäuden an und reicht bis hin zu den einzelnen Computern und Druckern. Ich finde, das ist sehr richtig. Deswegen ist es gut, dass dieser Zusammenhang auch in der Antwort auf die Große Anfrage dargestellt wird.

Die Bilanz der CO₂-neutralen Landesverwaltung ist beachtlich. Wir haben gerade die Bilanz der letzten sechs Jahre bekommen. 234.000 t CO₂ wurden eingespart. Natürlich hat keiner ein echtes Gefühl dafür, was das bedeutet. Man kann das einmal in Mittelklasse-Pkw übersetzen. Den Ausstoß wie vieler Pkw haben wir durch die CO₂-neutrale Landesverwaltung in den letzten sechs Jahren eingespart? Das ist der Ausstoß von 65.000 Pkw bei einem durchschnittlichen Verbrauch pro Jahr. Ich finde, das ist für ein Land wie Hessen einmal ein Wort. Das zeigt, was wir in unserem Bereich tun können. Ich glaube, da haben wir eine

echte Vorbildfunktion. Das können wir durchaus stolz nach außen tragen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Jetzt komme ich zur IT. Was können wir alles tun? Zum einen geht es um die Nutzung der erneuerbaren Energien. Das ist für die CO₂-Bilanz sehr wichtig. Wir haben für das Land Hessen eine Nutzung des Ökostroms in Höhe von 100 %. Das ist sehr gut so. Herr Lenders, dass gerade Sie das kritisieren, finde ich interessant. Sie sagten, das sei nicht konsequent genug.

Auch ich würde mir wünschen, dass wir nicht so viel Strom aus Norwegen haben, sondern schönen heimischen Ökostrom. Aber warum dann gerade die Mitglieder der FDP gegen die Nutzung der Windenergie sind, das müssten Sie mir noch einmal genauer erklären.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Jürgen Lenders (FDP): Das haben wir schon so oft gemacht!)

Man kann sich nicht gleichzeitig beschweren, dass zu wenig heimischer Strom mit drinnen ist. Herr Lenders, das passt nicht ganz zusammen.

Das nächste große Thema ist Stromsparen. Da wurde eine Menge gemacht. Die Server sind sehr stromfressend. Sie wurden sehr stark effizienter gemacht. Der Geräteaus-tausch wurde konsequent angegangen. Da wurde nicht nur der Stromverbrauch in den Blick genommen, sondern da wurde ganzheitlich der Zyklus betrachtet.

Es ist auch klar, dass Drucker und solche Geräte eine Menge Material haben. Man muss sich genau überlegen, ab wann es sinnvoll ist, ein energieeffizientes Gerät zu kaufen. All das wird in den Blick genommen.

Das wurde schon von Herrn Dietz angesprochen. Unsere Landesverwaltung besteht nicht nur aus uns, sondern auch aus den ganzen Universitäten. Dass sich da gerade die Johann Wolfgang Goethe-Universität und ihre Institute bei der Green IT richtig hervortun und richtig nach vorne gehen und bundesweit und europaweit Preise einheimen, zeigt, dass sie bei dem Thema wirklich gut dabei sind. Ich hoffe, dass sich ganz viele Hochschulen anschauen, was die Universität in Frankfurt macht. Denn da kann man nicht nur etwas für die Umwelt tun, sondern auch wirklich Kosten einsparen. Ich glaube, das ist für unsere Hochschulen von ganz großer Bedeutung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Frau Löber, es ist nicht so, dass nur der Strom angeschaut wird. Genau das Gegenteil ist der Fall. Es gibt in der Antwort auf die Große Anfrage eine ganze Menge Bereiche, bei denen man sieht, dass der gesamte Lebenszyklus betrachtet wird. Über unser neues Vergabegesetz haben wir heute Morgen diskutiert. Man kann da eine ganze Menge sozialer Kriterien, aber auch ökologischer Kriterien ansetzen. Bei der IT gibt es auch eine Menge Normen, die man heranziehen kann. Eine davon ist die EU-Öko-Audit-Norm. Da wird eine Gesamtbilanz gezogen, welche Geräte gut sind und was man da tun kann. Daran wird sich hier orientiert.

Ich finde auch einen anderen Bereich ganz spannend. Er betrifft die Frage der Zusammenarbeit. Öffentliche Auftraggeber können sich bei der Beschaffung der Informati-

onstechnik zusammenschließen und dadurch einfach weniger Geld ausgeben, weil sie Geräte sparen, weil sie Prozesse sparen und weil sie insgesamt weniger verbrauchen.

Dann gibt es Standards. Das ist beispielsweise der Blaue Engel, oder das sind die Energiestandards. Das ist alles in unseren Verordnungen mit drin.

Die Druckertechnologie ist auch sehr materialintensiv. Da wird auf Umweltfreundlichkeit geachtet. Das betrifft auch das Recyclingpapier. All das sind Bereiche, anhand derer Sie sehen, dass das eigentlich sehr umfassend ist.

Jetzt komme ich auf die Grenzen zu sprechen. Die Landesregierung hat noch nicht alle Potenziale, die es bei der IT insgesamt gibt, genutzt. Ehrlicherweise muss man aber sagen, dass sie das auch nur schwer kann. Denn in dem ganzen Bereich bestehen einfach Defizite. In dem ganzen Bereich gibt es unglaublich viele Potenziale. Das reicht von der Entwicklung bis hin zum Recycling. Das gilt gerade für die Informationstechnologie. Sie werden nicht genutzt.

Frau Löber, ich frage Sie jetzt etwas. Sie gehören zur SPD-Fraktion. Ihre Partei stellt die Bundesumweltministerin. Warum setzen Sie bei dem Thema in der Bundesregierung keinen Schwerpunkt?

Meine Fraktion hat im Bundestag das Thema schon ganz oft auf das Tableau gebracht. Denn es ist wirklich ein Bereich, in dem viel mehr Potenzial steckt, als allgemein vermutet wird.

Ich rede jetzt einmal allein von den Dingen, die ganz viele Menschen betreffen. Da geht es um die Lebensdauer der Geräte, die man sich anschafft. Da werden immer sehr billige Kleinteile eingebaut. Man streitet sich teilweise darüber, ob das absichtlich oder nicht absichtlich geschieht. Aber zumindest aufgrund des Drucks durch den Wettbewerb sind in guten Geräten leider schlecht verarbeitete Teile. Dadurch gehen sie viel schneller kaputt, als man es gerne haben möchte. Da könnte man natürlich mit Gewährleistung, Garantien usw. vorankommen. Aus meiner Sicht wäre das alles ein gutes Thema für die Bundesumweltministerin.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Das betrifft auch das Recycling. Natürlich könnte das Land Hessen beim Thema Green IT hinsichtlich des Recyclings noch mehr machen. Aber auch da fehlen leider die Rahmenbedingungen.

Die Quoten bei dem Elektroschrott sind leider viel zu gering. Da bestehen Möglichkeiten. Ich glaube, dass wir auf Landesebene die Bundesregierung gerne dabei unterstützen würden, in dem Bereich voranzukommen. Was ich aber nicht akzeptiere, ist, dass man immer nur auf das eigene Land zeigt. Da, wo man eigene Möglichkeiten hat, die viel weitergehend sind und die wirklich weiterhelfen könnten, werden sie einfach negiert.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Nicht zuletzt möchte ich noch auf die Frage eingehen, die Frau Löber aufgeworfen hat. Vielen Dank dafür. Das habe ich nicht gesehen. Das betrifft die Antwort auf die Frage 19. Da geht es um die Frage, dass der Leasinggeber die Daten auf den Geräten löscht. Ich habe mich mit meinen Kolleginnen darüber unterhalten, wie der Satz genau zu verstehen ist. Vielleicht kann man das heute oder gerne

auch später noch einmal klären. Denn das ist in der Tat erst einmal irritierend. Vielleicht können wir den Inhalt der Antwort auf Frage 19 später noch einmal miteinander besprechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin Dorn, vielen Dank. – Als nächster Redner spricht Herr Kollege Schaus für die Fraktion DIE LINKE. Herr Kollege, bitte schön, Sie haben das Wort.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich die Antwort auf die Große Anfrage las, habe ich mich daran erinnert, dass ich mir vor wenigen Jahren einen neuen PC mit einem neuen Betriebssystem angeschafft habe und dann wochenlang versucht habe, meinen Drucker anzuschließen. Nach vielen Versuchen und Herumprobieren musste ich dann feststellen, dass das Problem darin bestand, dass es für meinen sieben Jahre alten Drucker keine Software mehr gab.

Das Thema der Lebens- und Nutzungsdauer von EDV-Geräten ist in der Tat durch die sehr schnellelebigen Veränderungen und den häufigen Austausch der Geräte durchaus ein Thema von ökologischer Bedeutung. Ich glaube, dass das auch hierhin gehört.

Wenn wir erleben, dass Laptops und Smartphones eine Betriebsdauer von zwei oder drei Jahren haben, aber innerhalb der Verwaltung des Hessischen Landtags unsere Geräte nun nach vier statt nach drei Jahren ausgetauscht werden, dann ist diese Erhöhung unter ökologischen Gesichtspunkten durchaus positiv zu sehen. Aber das ist nur ein kleiner Teil eines sehr umfangreichen Problems.

Ich finde, dass es auch auf so etwas wie eine ökologische Gesamtbilanz und -betrachtung ankommt. Das Problem ist die Kurzlebigkeit im IT-Bereich sowohl bei der Hardware als auch bei der Software. Im Übrigen ist das auch so gestrickt, dass große Unternehmen wie Microsoft oder andere mit der Kurzlebigkeit ihrer Produkte besonders hohe Gewinne erzielen.

Als ich die Große Anfrage weiter las, fiel mir schon bei der Beantwortung der Fragen 1 bis 3 auf, dass hier sehr blumig über Klima- und Umweltschutz, Klimaneutralität bis 2050, die CO₂-neutrale Landesverwaltung und vieles mehr gesprochen wurde, aber wenig Konkretes zu erkennen war. Konkret war die Antwort auf die Anfrage zu Green IT, dass die HZD das schon alles macht und im Griff hat.

Ich finde es durchaus positiv, dass es gelungen ist, den Energieverbrauch bei Neugeräten fast um die Hälfte zu senken, so wie das in der Antwort auf Frage 7 zum Ausdruck gebracht wird. Aber auch das ist nur ein kleiner Aspekt. Ich frage mich allerdings doch, welchen Zweck die Antwort auf die Große Anfrage hier verfolgt, und vor allen Dingen, wie wir damit umgehen sollen. Welche praktischen Empfehlungen können wir daraus ableiten? Welchen Einfluss haben wir als Landtag darauf? Ist das Thema Green IT für eine solche Debatte im Hessischen Landtag geeignet oder ähnlich ungeeignet wie die Debatte zu einem Aktenführungsersatz der Ministerien? Diese Fragen will ich hier in den Raum stellen. Kann hier von Abgeordneten

ohne das notwendige Spezialwissen überhaupt angemessen und sachkundig beraten werden?

Da ich beim Lesen der Antwort auf die Frage zu den Beschaffungskriterien und der darunter aufgeführten Liste an meine Grenzen gekommen bin, habe ich mich dann bemüht, Experten zu befragen. Ich habe auch jemanden gefunden, der sich innerhalb der Kommunalverwaltung beruflich damit beschäftigt und der mir einige Fragen beantworten konnte.

Ich finde, dass das Thema Green IT nur einen Teil der gesamten Digitalisierung umfasst, wie z. B. auch die Digitalisierungsoffensive des Wirtschaftsministeriums oder des E-Governments und des dazugehörigen Masterplans. Man muss meiner Ansicht nach – das ist in der Tat ein Mangel in der Debatte – die Gesamtheit der Debatte und nicht nur einen Ausschnitt betrachten, vor allen Dingen aber die Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt.

Gleichwohl können wir durch neue Technologien auch und gerade im öffentlichen Dienst ökologische Einsparungen erzielen, z. B. durch Videokonferenzen anstelle von Dienstreisen oder die Antragstellung von Bürgerinnen und Bürgern auf eine Dienstleistung der Stadt vom heimischen Rechner aus. Einsparungen bei Reisekosten, Benzin, Druckkosten und vieles mehr – auch das ist alles in einer ökologischen Bilanz zu berücksichtigen. Aber wie wird das gemessen? Wie kann das Ergebnis letztendlich beurteilt werden?

Es macht nur begrenzt Sinn, Green IT losgelöst von anderen Entwicklungen zu betrachten. Wenn die Behörden in der nahen Zukunft verstärkt elektronische Dienstleistungen anbieten sollen, brauchen sie mit Sicherheit neue Hardware, insbesondere neue Server und Computer. Diese wiederum werden anfangs wahrscheinlich mehr Strom verbrauchen, weil die Menge und Größe der Geräte zunimmt. Gleichwohl kann man bei der Beschaffung aber schon auf die Strombilanz der neuen Geräte achten, wie das hier offensichtlich auch dargestellt wurde.

Ich will auch darauf aufmerksam machen, dass bei kleineren Kommunen das Thema Green IT wahrscheinlich eher als nachrangig angesehen werden dürfte. Am Ende werden für sie eher die Anschaffungskosten von großer Bedeutung sein, sofern es keine rechtlichen Verpflichtungen zur Beschaffung gibt. Ökologische Geräte sind bekanntermaßen auch teurer als Billigware.

Green IT kostet meiner Ansicht nach – das ist auch die Meinung von Experten – insbesondere während der Umstellungsphase auf ein verstärktes E-Government zunächst einmal mehr. Ob sich das dann auch wirtschaftlich rechnet und in einer ökologischen Bilanz ausdrückt, kann aber erst nach längeren Erfahrungszeiträumen beurteilt werden. Das ist und bleibt die Schwierigkeit dabei.

Mein Vorschlag – sofern so etwas nicht schon ins Auge gefasst wurde –: Es wäre wichtig, insbesondere für kleinere Kommunen eine Serviceleistung bei der Ausstattung, dem Umstieg und dem verstärkten Einsatz von IT anzubieten. Was die Beschaffung angeht, sollte z. B. über ekom21 oder andere Anbieter Know-how zentral zur Verfügung gestellt werden, damit wir das Thema breit und unter ökologischen und vielleicht auch unter Kostengesichtspunkten umsetzen können.

Insofern finde ich – und das haben mir Experten bestätigt –, dass die Beschaffungskriterien, die in der Antwort

auf Frage 7 genannt wurden, nach derzeitigem Stand ein guter Ansatz sind und fortlaufend nach dem Stand der Technik weiterentwickelt werden sollten.

Meine Bitte ist, dass wir uns diesem Thema ganzheitlich nähern. Das ist eine ökologische Betrachtungsweise, die weit über den Technikeinsatz hinausgehen muss und sollte, so schwierig eine Bilanz und Erfassung auch ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. – Als nächste Rednerin spricht die Frau Staatssekretärin. Bitte schön, Frau Dr. Weyland.

Dr. Bernadette Weyland, Staatssekretärin im Ministerium der Finanzen:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Nachdem wir heute gedanklich über Panama in die weite Welt hinausgereist sind, haben wir heute Abend ein Thema, das alle Ressorts der Hessischen Landesregierung betrifft. Ich habe jetzt das kleine Problem, dass ich zwischen Ihnen und dem Feierabend stehe. Ich versuche deshalb, mich kurzzufassen.

Ich darf der SPD von dieser Stelle aus ganz herzlich für ihre Anfrage danken. Auch wenn wir dieses Thema jetzt zu später Stunde behandeln, glaube ich – Frau Löber, da gebe ich Ihnen völlig recht –, dass es sehr wichtig ist. Es ist ein Thema, das wir nicht umsonst auf die Agenda gesetzt haben, nämlich die CO₂-neutrale Landesverwaltung bis 2030.

Warum haben wir den Zeitrahmen so groß gewählt? – Weil wir zahlreiche Einzelmaßnahmen haben, die wir unter dieses Thema fassen.

Frau Dorn hatte es richtig benannt. Green IT ist eines dieser Themen. Dazu zählen natürlich Beschaffungsvarianten. Ressortübergreifend – alle Ressorts haben Antwort gegeben – ist das, Herr Schaus hat es gesagt, unter den Leitfäden beantwortet worden. Es sind zahlreiche Maßnahmen, die wir gemeinsam umsetzen. Herr Dietz hat auch davon gesprochen, dass wir nicht nur auf hessischer Ebene, für uns, im kleinen Stübchen, an diesem Thema arbeiten, sondern dass wir mit diesen Standards mit der Goethe-Universität national, aber auch international an dieses Thema herangehen.

Frau Löber, Sie haben gesagt, es sei schön und gut, aber unter dem Deckmantel CO₂-neutrale Landesverwaltung passiere nichts Wirkliches. Doch die einzelnen Ressorts mit ihren Antworten und die Beiträge, die wir hier gehört haben, haben gezeigt, wie viel auf diesem Gebiet passiert. Dass man überhaupt einen Vergleich zur Entwicklung der Emissionen anstellen konnte, war nur deshalb möglich, weil es seit dem Jahr 2008 eine Energiebilanz gibt. Dort finden Sie sämtliche Einzelmaßnahmen wieder. Man darf mit Stolz und Recht behaupten, dass es ein Erfolg ist, wenn wir sagen können, dass sich die Emissionen seit dem Jahr 2008 fast halbiert haben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann man natürlich nur dann feststellen, wenn man mit einer Bilanz arbeitet, wie wir es getan haben.

Dass man nicht nur mit Standards und Leitfäden an dieses Thema herangehen und daran arbeiten kann, sondern dass auch ein erhebliches Maß an Mitwirkung erforderlich ist, das haben wir alle erkannt. Deshalb gibt es so etwas wie den Energie-Cup. Dabei arbeiten die einzelnen Behörden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter daran, den Energieverbrauch zu minimieren. Dafür erhalten sie Auszeichnungen. Das hat sich bewährt.

Herr Schaus, mit Verlaub, wenn ich das so formuliere: Sie sagten, das sei eigentlich ein theoretisches Thema, und man müsse Experten befragen. Mit Verlaub, ich glaube, das nur eingeschränkt bejahen zu können. Natürlich ist das auch ein theoretisches Thema – da haben Sie völlig recht –, aber es ist auch ein Thema, bei dem alle Bürgerinnen und Bürger entscheidend mitarbeiten müssen. Darum geht es eigentlich. Wenn diese Mitarbeiter nicht erfolgt, dann können wir so viele Leitfäden und Standards entwickeln, wie wir wollen.

Deshalb ist es auch wichtig, das hier zu diskutieren – vielleicht beim nächsten Mal an anderer Stelle, sodass ich dann auch etwas ausführlicher sprechen darf und auch Sie, Frau Löber, sich bei diesem Thema hier noch etwas mehr mit uns befassen können. Ich bin Ihnen, der SPD-Fraktion, dankbar dafür, dass Sie es hier auf die Tagesordnung gesetzt haben. Ich glaube, wir haben noch ein Stück Arbeit vor uns. Speziell wenn ich an das Unterthema Green IT denke, so wird dabei weniger auf die Software als auf die Hardware geachtet. Bei der Software – der Entwicklung sowie der Umsetzung und der Einstellung – muss noch viel getan werden.

Ich bin Ihnen also dankbar, wenn Sie uns nicht nur hier im Hessischen Landtag mit diesem Thema begleiten, sondern auch in unseren Einrichtungen, unseren Häusern. Dann tun wir etwas für die nächste Generation, für unsere Zukunft. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Dr. Weyland. – Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Ende dieser Aussprache. Die Große Anfrage gilt hiermit als besprochen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 51** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 19/3274 –

Wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, werden die Petitionen Nr. 2061/19 und 2236/19 als Setzpunkt der Fraktion der FDP am morgigen Donnerstag nach den Aktuellen Stunden aufgerufen und nach dieser Aussprache abgestimmt.

Nach Mitteilung der Fraktion DIE LINKE sollen folgende Petitionen getrennt abgestimmt werden: die Petitionen Nr. 1986/19 und 2596/19. Ich lasse nun zuerst über diese beiden Petitionen abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung zur Petition Nr. 1986/19 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich? – Frau Öztürk.

Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Ich rufe auf zur Abstimmung über die Petition Nr. 2596/19. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich? – Kollegin Öztürk. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Dann lasse ich jetzt über die restlichen Petitionen insgesamt abstimmen. Wer stimmt ihnen zu? Den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und auch DIE LINKE sowie Frau Kollegin Öztürk. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Jetzt kommen wir zu den übrigen Beschlussempfehlungen. Kann ich wieder die Kurzform wählen?

(Zurufe: Ja!)

– Vielen Dank.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 35** auf: Beschlussempfehlung, Drucks. 19/3167 zu Drucks. 19/2304 zu Drucks. 19/1809.

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – SPD, DIE LINKE und Frau Kollegin Öztürk. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 44: Beschlussempfehlung, Drucks. 19/3223 zu Drucks. 19/3175.

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – FDP und DIE LINKE. Wer enthält sich? – Die Fraktion der SPD. – Frau Kollegin, jetzt konnte ich leider nicht Ihr Abstimmungsverhalten verfolgen.

(Mürvet Öztürk (fraktionslos): Ich habe dagegen gestimmt!)

– Frau Öztürk hat dagegen gestimmt. – Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 45: Beschlussempfehlung, Drucks. 19/3229 zu Drucks. 19/3165.

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – SPD, FDP und DIE LINKE sowie Frau Kollegin Öztürk. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 46: Beschlussempfehlung, Drucks. 19/3230 zu Drucks. 19/3181.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer

stimmt dagegen? – SPD, FDP, DIE LINKE und Frau Kollegin Öztürk. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 47: Beschlussempfehlung, Drucks. 19/3231 zu Drucks. 19/3206.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – SPD, FDP, DIE LINKE und Frau Kollegin Öztürk. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 48: Beschlussempfehlung, Drucks. 19/3232 zu Drucks. 19/2818.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

(Günter Rudolph (SPD): Uiuuiui!)

Wer stimmt dagegen? – SPD und FDP. – Frau Kollegin Öztürk hat zugestimmt. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 49: Beschlussempfehlung, Drucks. 19/3233 zu Drucks. 19/2903.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Fraktion DIE LINKE und Frau Kollegin Öztürk. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 50: Beschlussempfehlung, Drucks. 19/3234 zu Drucks. 19/2988.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – SPD, FDP, DIE LINKE und Frau Kollegin Öztürk. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Damit sind wir am Ende der Beschlussempfehlungen. – Moment, noch bitte ein Hinweis an Sie alle: Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz kommt nun im Sitzungsraum 501 A zusammen.

Außerdem möchte ich Sie auf den parlamentarischen Abend der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungs- und Immobilienverbände in Hessen hinweisen, der nun im Anschluss an die Plenarsitzung im Restaurant des Hessischen Landtags stattfindet.

Vielen Dank. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

(Schluss: 17:59 Uhr)